

## PROTOKOLL

### Begrüßung

#### Körper

Es sind nur viermal 24 Stunden, seit die Deutschen ihre lange entbehrte Einheit wiedergewonnen haben; diese Einheit verbindet sich mit Freiheit und guter Nachbarschaft. Der Dank dafür geht an die Perestroika im Osten Europas, an die Politik der Integration im Westen Europas und an die sanfte Revolution des Herbstes 1989.

Vor genau einem Jahr hat Präsident Michail Gorbatschow den Ostteil von Berlin besucht. Anlaß war der 40. Jahrestag der Gründung der DDR, die es nun nicht mehr gibt. Sein Wort "Wer zu spät kommt, den straft das Leben" wurde überall gehört. Am besten verstanden wurde es im östlichen Teil Deutschlands. Es lag darin die Absage an Stalinismus und Intervention, aber auch der Ausdruck von Wagemut und die Zuversicht, daß die Zeit reif sei für Perestroika und Glasnost zwischen Elbe und Oder.

Der Begriff Europäisches Haus, den Staatspräsident Gorbatschow zu dem seinen gemacht hat, wurde in der Mitte des Kontinents sehr ernst genommen. Die Teilung Europas, der kalte Krieg, die alte Bipolarität: alles das hatte seinen Brennpunkt 40 Jahre lang in der Teilung Deutschlands. Heute ist eine neue europäische Ordnung im Werden, ohne Sieger und Besiegte, gegründet auf die Einsicht, daß das, was uns verbindet, stärker ist als das, was uns trennt.

Es war ein langer Weg vom Moskauer Vertrag 1970 zum Zwei-plus-vier-Prozeß 1990 und zur deutschen Einheit. Damals, vor 20 Jahren, hat der Deutsche Bundestag einmütig den Brief zur deutschen Einheit dem Moskauer Vertrag hinzugefügt und darin den Begriff der "europäischen Friedensordnung" geprägt. Sie sollte die Bedingung sein, unter der das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangen würde. Der Moskauer Vertrag hat entscheidend zu dieser Entwicklung beigetragen, die heute zur Reife kommt.

Auf der Westpolitik Kanzler Adenauers baute Kanzler Brandt die Ostpolitik auf. Die seit 1945 bestehenden Grenzen wurden für unverletzlich erklärt, die Entspannung hatte eine Chance. Der Helsinki-Prozeß folgte.

Heute, nach 20 Jahren, weiß man, was daraus geworden ist. Der Deutsche Bundestag hatte noch erwartet, daß die europäische Friedensordnung der deutschen Einheit vorausgehen müsse. Tatsächlich aber ist es anders gekommen: die deutsche Einheit hat die Europäer dieser Friedensordnung entscheidend nähergebracht. Aber die Voraussetzungen dafür liegen weiter zurück als im Jahre 1989. Sie finden sich in Westbindung und Integration der Deutschen in der Europäischen Gemeinschaft und in der Atlantischen Allianz. Sie finden sich aber auch in Perestroika und im demokratischen Wandel Osteuropas. Der Rahmen der europäischen Friedensordnung ist seit Jahren und Jahrzehnten entstanden. Er ist das Produkt der Staatskunst und der zähen Arbeit an der Entspannung.

Die Entspannung war anfangs nur Management des Konflikts. Mehr konnte daraus erst werden, als der Konflikt sich überlebt hatte und die innere Agenda der Staaten mit wachsendem gegenseitigen Vertrauen eine andere wurde. Was am Anfang eine Hoffnung war, ist heute eine Aufgabe, nämlich den Frieden zu stiften. Die Maßstäbe, worauf der Friede zu gründen ist, sind nicht zuletzt

- äußere Selbstbestimmung der Völker, die von der inneren Demokratie nicht zu trennen ist;
- Wohlfahrt und Wohlstand, ohne die der innere Frieden in Gefahr bleibt;
- maßvolle Befriedigung vernünftiger Sicherheitsinteressen. Dabei ist Sicherheit in unserem zerbrechlichen und zugleich engverfugten Europa nicht gegeneinander definierbar, sondern muß miteinander verhandelt, abgestimmt und abgesichert werden.

Bei alledem dürfen wir die Vergangenheit nicht vergessen - wer könnte das wohl in Europa?

Die Leiden und kollektiven Erinnerungen der Völker sind für die Sicherung der Zukunft eine starke Kraft. Aber wir dürfen uns auch nicht zu Gefangenen der Vergangenheit machen. Sonst können wir sie nicht überwinden und bleiben dazu verurteilt, sie neu zu durchleben.

Was jetzt in den Verhandlungen der Deutschen mit den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges zur Entscheidung kommt, ist nicht allein das, was auf der Tagesordnung steht:

- Abbau der alliierten Rechte über Deutschland als Ganzes; polnische Westgrenze.
- Entwurf der künftigen Sicherheitsstrukturen und das Programm breiter Zusammenarbeit im Generalvertrag.

In den Zwei-plus-vier-Verhandlungen und in den parallelen Verhandlungen in Wien und Genf über Rüstungskontrolle, aber auch in der Eröffnung einer neuen Dimension wirtschaftlicher Kooperation ging es mit dem deutschen Schicksal ebenso um das Schicksal des alten Kontinents. Dieses Unternehmen war und ist nach Art und Reichweite nur zu vergleichen mit dem, was auf dem Wiener Kongreß vor 175 Jahren geschah, wo die europäische Ordnung für ein ganzes Jahrhundert stabilisiert wurde.

Wir kommen nicht mit fertigen Antworten nach Moskau, sondern mit Fragen:

- Wie definiert die Sowjetunion ihre Sicherheit im neuen Europa im allgemeinen und im Blick auf Deutschland im besonderen?
- Wie will die sowjetische Seite ihre wirtschaftliche Rekonstruktion einleiten, und welche Rolle soll dabei Deutschland und darüber hinaus der gesamte Westen spielen?
- Wie stellt sich die Sowjetunion die Rolle der Nordamerikaner, insbesondere der Vereinigten Staaten von Amerika in Europa vor?
- Welche Beruhigung können wir für Osteuropa schaffen, wo die Demokratie auf schwachen wirtschaftlichen Füßen steht und manche alte Gespenster aus der Kälte kommen oder kommen können?

Wir kommen mit vielen Fragen, und wir erwarten nicht, daß in Moskau schon alle Antworten bereitliegen und abschließende Worte formuliert sind. Alles ist im Fluß, hat Präsident Gorbatschow am Anfang der Perestroika weit voraussehend gesagt. Ströme kann man aufstauen, aber nicht aufhalten.

In diesen Monaten, in diesem Jahr, wo sich Europa im Aufbruch befindet, haben wir, belehrt und gemahnt durch die Kräfte der Schöpfung und Zerstörung, die Chance, mehr als je zuvor den Weg für eine neue europäische Friedensordnung freizulegen.

Am Ende werden wir nicht gemessen an dem Wohlstand, den wir erlangt haben und an der Technik, die wir meistern, sondern wir werden gemessen an der Frage, ob wir unserem zu Ende gehenden Jahrhundert der Kriege und Katastrophen, der Krisen und Konfrontationen eine vernünftige Welt abgewonnen haben.

In diesem Sinne begrüße ich Sie alle sehr herzlich zu unserem 91. Gesprächskreis in Moskau. Ich danke besonders Herrn Sagladin und Herrn Teltschik, daß sie uns mit ihren Referaten in die Tagungsthematik einführen werden, und Herrn Meyer-Landrut, daß er bereit ist, die Diskussionsleitung zu übernehmen.

## Sagladin

Wir könnten unser Gespräch von verschiedenen Ansätzen her beginnen, und zwar sowohl von den überkommenen Prinzipien und Ideen, von denen wir bis heute ausgegangen und die im Prinzip aktuell geblieben sind, als auch von den außerordentlich dynamischen Ereignissen der letzten Zeit, um daraus dann neue Ansätze abzuleiten. Weder das eine noch das andere reicht für sich genommen aus. Vielmehr sollten wir unsere Vorstellungen von einer europäischen Friedensordnung, die seit der Helsinki-Konferenz von vor 15 Jahren entstanden sind, mit den tiefgreifenden Veränderungen verbinden, die wir zur Zeit beobachten. Wir erleben zweifellos das Entstehen einer neuen Friedensordnung in Europa, und das ist gut so.

Dieser Prozeß wurde beschleunigt durch Ereignisse, die viele herbeigesehnt haben, sich aber nur wenige haben in dieser Schnelligkeit träumen lassen. Alles, was wir vorhergesehen haben, wurde von den Ereignissen übertroffen, so daß wir uns einer völlig unerwarteten Situation gegenübersehen. Das hat uns alle zum schnelleren Denken veranlaßt und die Politiker zum schnelleren Handeln gezwungen. Ich glaube nicht, daß eine derartige Dynamik lange andauern wird, aber wir können nicht ausschließen, daß die Geschehnisse unsere Prognosen auch zukünftig übertreffen werden.

Es ist deshalb wichtig, die Tendenzen unter die Lupe zu nehmen, die jetzt sichtbar werden und die die Entwicklung zu einer neuen Friedensordnung entweder behindern oder beschleunigen können. Dabei brauche ich auf die Veränderungen, die sich in Europa abgespielt haben, sicher nicht näher einzugehen, weil diese allen hier bekannt sind.

Drei Tatbestände möchte ich hervorheben: Erstens die 45 Jahre lange Konfrontation zwischen Ost und West ist zu Ende gegangen. Von daher haben auch die Begriffe Ost und West, die Ausdruck dieser Konfrontation waren, ihren bisherigen Sinn verloren, obwohl sie als geographische Bezeichnungen natürlich weiterbestehen. Das bedeutet nicht, daß alle Probleme gelöst sind, aber die Hauptschwierigkeiten haben wir bewältigt.

Zweitens: 45 Jahre zwischenstaatlicher Beziehungen in Europa waren durch eine zunehmende Militarisierung geprägt. Heute bemühen wir uns gemeinsam um eine Entmilitarisierung. Das gilt sowohl für die einzelnen Länder als auch für die beiden Militärbündnisse, die sich ebenfalls zu verändern beginnen. Das trifft besonders für den Warschauer Vertrag zu, der offenbar in seiner jetzigen Form als Militärbündnis nicht mehr lange existieren wird.

Drittens war Europa 45 Jahre lang geteilt, nicht nur militärpolitisch, sondern praktisch in jeder Beziehung. Das Symbol dieser Teilung war die Teilung Deutschlands. Vor vier Tagen ist Deutschland zu einem einheitlichen Staat geworden. Wir begrüßen unsere Freunde aus dem vereinigten Deutschland, und wir wünschen ihnen viel Erfolg. Ich füge hinzu, daß die deutsche Vereinigung auch die Wiederherstellung der Einheit unseres Kontinents beschleunigen wird.

Das sind drei der wichtigsten Ereignisse, die nicht nur für die Europäer bedeutsam sind, sondern auch für die Amerikaner, die sich an diesem Prozeß gemeinsam mit Europa beteiligt haben. Im Grunde gilt dies für die ganze Welt. Der Geist, in dem heute die UNO-Vollversammlungen stattfinden, gibt ein eindrucksvolles Zeugnis davon, wie sich die Veränderungen in Europa auswirken. Dieser Prozeß ist keineswegs abgeschlossen, sondern wird sich dynamisch weiterentwickeln. Auf diese Weise erhalten die alten Ideen einen größeren Spielraum, während sich zugleich neue Ideen entfalten. Diese Verbindung von alten und den neuen Tendenzen prägt die ganze gegenwärtige Entwicklung.

Herr Körber hat zu Recht auf den Helsinki-Vertrag hingewiesen, der bisher nur eine eingeschränkte Bedeutung hatte und dessen Tendenz zur Intensivierung der Kontakte und der Zusammenarbeit in Europa sich nunmehr voll zu entfalten beginnt. Früher war das nur ein Mittel zur Konfliktlösung; jetzt eröffnen sich ganz neue Möglichkeiten. Das hat verschiedene Gründe. Während bis in die jüngste Vergangenheit beim politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Instrumentarium grundsätzliche Unterschiede zwischen West und Ost bestanden, hat die Perestroika in unserem Lande und in Ost- und Mitteleuropa diese Differenzen weitgehend überwunden. Heute bekennen sich praktisch alle Länder des Kontinents zu verschiedenen Eigentumsformen, politischem Pluralismus, Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit und Bildung einer bürgerlichen Gesellschaft, wengleich die Entwicklung dahin bei uns - im Gegensatz zum Westen, der diese Prinzipien schon längst realisiert hat - erst noch auf einem langen Wege vervollkommnet werden muß. Dennoch wird unser gegenseitiges Verständnis und unsere Zusammenarbeit durch diese Übereinstimmung in den Prinzipien wesentlich erleichtert.

Ein weiteres Element, das wir überwunden haben, ist die Ideologisierung der Politik auf beiden Seiten, die uns sehr behindert hat. Mit der Entideologisierung der Außenpolitik und der eindeutigen Erklärung von unserer Seite, daß wir das Monopol auf die Wahrheit aufgegeben haben, wollen wir mit allen in einen Dialog eintreten, weil wir nur auf diese Weise der Wahrheit näher kommen können. Wenn man auch im Westen dazu bereit ist, dürfte zumindest der Dialog zwischen uns fruchtbarer und Annäherungen unserer Standpunkte eher möglich werden. Beide Tendenzen fördern jedenfalls die Zusammenarbeit und das gegenseitige Verständnis zwischen Ost und West.

Es gibt auch andere Momente, die weniger positiv zu sehen sind. Ich verweise vor allem auf die unterschiedlichen Integrationsprozesse in Ost und West. Während die Integration im Westen immer dynamischer voranschreitet, zum Beispiel in der EG obwohl auch dort noch schwierige Probleme zu bewältigen sind-, haben wir im Osten die bisherigen Integrationsbestrebungen weitgehend aufgegeben. Das heißt nicht, daß die Beziehungen völlig zerbrochen sind, aber sie befinden sich in einer totalen Umgestaltung hin zu Gleichberechtigung im Sinne gegenseitigen Nutzens. Dies ist eine Abkehr von jenen Grundlagen, die bis in die jüngste Zeit verbindlich waren. Die Umgestaltung kommt nur langsam voran, nicht zuletzt deshalb, weil die binnenwirtschaftlichen Prozesse in den Staaten Mittel-Osteuropas ebenfalls nur sehr langsam verlaufen.

Gegenwärtig verfolgen wir also in Ost und West unterschiedliche Integrationsziele, und es ist unverkennbar, daß sich viele osteuropäische Staaten um eine Annäherung an den Westen, besonders an die EG bemühen. Hier sind sicher keine kurzfristigen Lösungen zu erwarten, aber die Bestrebungen in diese Richtung werden fortgesetzt. Das gilt auch für die Sowjetunion, die ebenfalls eine aktive Zusammenarbeit mit der EG und allen anderen Staaten Westeuropas anstrebt. Je weiter wir auf diesem Wege kommen, desto besser wird es für uns alle sein.

Solange Ost und West noch verschiedene Wege gehen, wird man sich im Osten bemühen, überregionale Organisationen zu schaffen. Dazu gehört etwa die Annäherung zwischen Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn oder eine intensivere Zusammenarbeit auf dem Balkan. Ich meine nicht, daß solche regionalen Formen der Zusammenarbeit den gesamteuropäischen Prozeß hemmen, in jedem Fall schaffen sie jedoch eine neue Situation, die man aufmerksam untersuchen sollte. Vielleicht ergeben sich aus regionaler und überregionaler Zusammenarbeit neue Kooperationsformen, zumal die beteiligten Staaten verschiedenen Bündnissen angehören, beziehungsweise neutrale Staaten sind.

Die gegenwärtigen Beziehungen zwischen Ost und West sind also durchaus widersprüchlich. Während sie auf der einen Seite die Entwicklung gesamteuropäischer Prozesse fördern, bringen sie andererseits auch große Schwierigkeiten mit sich. Hinzu kommt, daß es Tatbestände gibt, die die Weiterentwicklung erheblich behindern können. Das Ende der Konfrontation hat uns gewissermaßen ein Paradoxon beschert. In der Zeit der Konfrontation wurden in den Einzelstaaten bestimmte Tendenzen zurückgedrängt, etwa jene feindseligen nationalistischen Bestrebungen, die aus der Vergangenheit herrühren. Mit dem Ende der Konfrontation kehren alle diese alten historischen Probleme wieder zurück und entwickeln eine gewisse Eigendynamik.

So treten in bestimmten Ländern, aber auch in den Beziehungen zwischen einzelnen Ländern nationale Spannungen auf, die durch die ökonomischen Probleme und zum Teil durch politische Intoleranz verstärkt werden. Es gibt Kräfte, die früher für eine Demokratisierung eintraten und die jetzt, nachdem sie an die Macht gekommen sind, eine Politik verfolgen, die der früheren Politik sehr ähnlich ist und vom Kampf gegen andere Ideen, von Hexenjagden gegen Andersdenkende bestimmt wird. Diese Schwierigkeiten können mit der Zeit sicher überwunden werden, ohne daß heute jemand sagen kann, wann und wie das der Fall sein wird.

Neben positiven Elementen, die uns die Annäherung erleichtern, gibt es also widersprüchliche und auch eindeutig negative Tendenzen. Dennoch scheint mir das Ziel einer neuen Friedensordnung heute sehr viel leichter realisierbar zu sein als früher. Projekte, die eine europäische Zusammenarbeit voraussetzen, haben heute sehr viel mehr Aussicht auf Verwirklichung als in der Vergangenheit, und sie erreichen auch qualitativ ein anderes Niveau. Wie Herr Körber sagte, war Europa vordem von Konflikten geprägt, und die Helsinki-Konferenz hatte das Ziel, die Konfrontation zu beenden. Es war zwar viel von Zusammenarbeit die Rede, ohne daß dies der Praxis entsprach. Heute geht es primär um konkrete Fragen der Zusammenarbeit. Die Realisierung einer neuen Friedensordnung oder das gemeinsame europäische Haus oder eine gesamteuropäische Konföderation, wie sie von Präsident Mitterrand vorgeschlagen wurde, alle diese Begriffe drücken meiner Meinung nach dasselbe aus. Solche Überlegungen sollten in unserem Denken Vorrang haben.

Am 19. November und in den darauffolgenden Tagen stehen in Paris Entscheidungen an, die uns weiterbringen werden. Dabei geht es sowohl um prinzipielle Erwägungen als auch um die Bildung von

Strukturen, beispielsweise um die Einrichtung regelmäßiger Treffen auf Ministerebene. Aber das ist im Grunde nur eine Bestätigung dessen, was bereits erreicht wurde, ohne daß dadurch die Zusammenarbeit schon weiter intensiviert wird. Damit werden zwar die Instrumentarien für diese Zusammenarbeit entwickelt, aber die praktische Ausgestaltung läßt noch viel zu wünschen übrig. Darauf sollten wir jetzt unser Hauptaugenmerk richten.

Zuvor möchte ich jedoch noch auf drei wichtige Kriterien für diese Zusammenarbeit eingehen.

Erstens müssen sämtliche Kooperationsprojekte prinzipiell friedlichen Beziehungen zwischen allen 35 Ländern des KSZE-Prozesses dienen. Sie dürfen nichts enthalten, was diesen Prozeß behindern und beispielsweise der weiteren Abrüstung entgegenstehen könnte.

Zweitens müssen die Kooperationsprojekte und ihre Strukturen den positiven Tendenzen förderlich sein, das heißt Festigung der Demokratie, Stabilisierung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse, besonders dort, wo sie gestört sind. Sie sollten keine Elemente enthalten, die die Stabilität gefährden und die bestehenden Widersprüche noch vertiefen würden.

Drittens: Alle Projekte auf den verschiedensten Gebieten, die für eine Annäherung zwischen Ost und West geeignet sind und Tendenzen entgegenwirken, die eine Annäherung behindern könnten, sollten gefördert werden.

Ausgehend von diesen drei Kriterien sehe ich folgende Schwerpunkte unserer künftigen Aktivitäten:

Erstens müssen wir die Verhandlungen über Abrüstung und vertrauensbildende Maßnahmen weiterführen. Die Anstrengungen, die in der letzten Zeit in Wien und in New York unternommen wurden, zeigen, daß dies auch realistisch ist und man durchaus auf eine positive Entscheidung in Paris und auf eine Fortsetzung der Gespräche hoffen kann. In der nächsten Etappe geht es darum, die Seestreitkräfte in die Verhandlungen mit einzubeziehen. Das Augenmerk sollte auch nicht nur auf eine Verringerung der Streitkräfte gerichtet sein, sondern gleichzeitig die Sicherheitsstrategien berücksichtigen. Diese Arbeiten wurden bereits begonnen. Die Entscheidungen, die Ost und West in diesem Jahr getroffen haben, vor allem über Deutschland, schaffen eine gute Basis für weitere Fortschritte. Angesichts der veränderten Situation in Europa und der sich wandelnden Beziehungen zwischen NATO und Warschauer Vertrag, einschließlich der Veränderungen innerhalb der Bündnisse selbst, sollte jetzt über neue europäische Sicherheitsstrukturen nachgedacht werden.

Ein zweiter Ansatz, der bisher noch nicht so vorangebracht wurde, betrifft die Schaffung gesamteuropäischer Strukturen und Mechanismen der Zusammenarbeit auf allen Gebieten, die für ganz Europa wichtig sind und die man nur gemeinsam angehen kann. Ich nenne in diesem Zusammenhang nur: Ökologie, Energieversorgung, gesamteuropäische Kommunikation, Kampf gegen Terrorismus und organisiertes Verbrechen, wie die Drogenmafia, Kampf gegen bisher unheilbare Krankheiten. Zu jedem dieser Punkte gibt es bereits Kooperationsmechanismen im Westen wie im Osten. Es gibt bilaterale Verträge, aber bisher keine gesamteuropäische Zusammenarbeit, die aber gerade auf diesen Gebieten besonders nötig ist.

Ein dritter Ansatz betrifft die Ökonomie. Die Entwicklung der Zusammenarbeit bis hin zu einem gesamteuropäischen Markt ist ein Thema, über das im Westen und im Osten gesprochen wird, nur versteht man jeweils etwas anderes darunter. Die EG wird dabei zweifellos eine große Rolle spielen; sie ist ja bereits jetzt ein Magnet, der viele europäische Länder anzieht. Wir halten die Zusammenarbeit mit der EG für sehr wichtig, und zwar nicht nur auf ökonomischem Gebiet. Natürlich braucht eine funktionsfähige gesamteuropäische Zusammenarbeit viel Zeit angesichts des unterschiedlichen Integrationsniveaus und im Hinblick auf das wirtschaftliche Gefälle zwischen den europäischen Staaten.

Einige Beschlüsse können jedoch schon jetzt gefaßt werden. In den bilateralen Beziehungen zwischen den europäischen Ländern erwägen wir bereits Vereinbarungen, die nicht nur den Handelsaustausch und die Bildung von Joint-ventures zum Inhalt haben, sondern die Integrationscharakter haben, das heißt Strukturen für eine stabile Zusammenarbeit in der Zukunft ausbilden. Uns ist bewußt, daß sich dabei für uns viele Probleme stellen, insbesondere aufgrund der derzeitigen Wirtschaftslage. Wie Sie wissen, befinden wir uns zur Zeit in einer einschneidenden Umbruchsphase. Vieles ist uns selbst noch nicht klar. Aber unsere Reformen sind darauf gerichtet, die Zusammenarbeit mit den westlichen Partnern, mit allen unseren ausländischen Partnern zu aktivieren und uns vollständig an das Weltwirtschaftssystem anzuschließen.

Ich möchte aber darüber hinaus noch einige weitere Punkte erwähnen.

Erstens die gesamteuropäische Diskussion über zentrale Probleme der Friedenssicherung, wobei es darum geht, zu einigen dieser Probleme gemeinsame europäische Positionen zu erarbeiten. Daß dies

durchaus realistisch ist, zeigt die gemeinsame Position, auf die sich die 35 KSZE-Staaten bei der Einigung Deutschlands geeinigt haben. Das gleiche gilt für die Ereignisse am Persischen Golf, wo wir der gemeinsamen sowjetisch-amerikanischen Erklärung große Bedeutung beimessen, genauso wie der Erklärung der Sowjetunion und der EG-Staaten. Das ist eine neue Qualität in den politischen Beziehungen, nicht nur in Europa. Darüber hinaus gibt es Möglichkeiten des gesamteuropäischen Meinungsaustausches über internationale Probleme. Die sich dafür herausbildenden Mechanismen dürften sich als hilfreich erweisen.

Der zweite Punkt betrifft die gesamteuropäische parlamentarische Zusammenarbeit. Es gibt schon Vorschläge, eine gesamteuropäische Versammlung zu bilden. Unser Oberster Sowjet hat bereits Beziehungen zum Europäischen Parlament aufgenommen, und auch die Verbindungen zum Europäischen Rat und zur NATO werden immer wichtiger. Angesichts der wachsenden Bedeutung der Parlamente in unseren Ländern halte ich dies für die Zukunft für eine wichtige Aufgabe.

Drittens geht es mir um die Zusammenarbeit in Rechtsfragen. Je weiter wir in den militärischen, wirtschaftlichen und anderen Bereichen vorankommen, um so bedeutsamer wird die Ausarbeitung einheitlicher juristischer Kriterien. Darüber hinaus sollte man zum Beispiel an die Ausarbeitung gesamteuropäischer Konventionen über Menschenrechte denken. Jedenfalls kommt der Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Rechts große Bedeutung zu, was sich nicht nur auf die zwischenstaatlichen Beziehungen, sondern auch auf die innerstaatlichen Probleme vieler europäischer Länder positiv auswirken kann.

Die Entwicklung einer gesamteuropäischen Friedensordnung schließt allerdings die bilateralen Beziehungen zwischen den europäischen Staaten keineswegs aus. Zwischen der Sowjetunion und Deutschland ist schon ein Vertrag über die Zusammenarbeit, Verständigung und Partnerschaft paraphiert worden. Ähnliche Verträge werden mit Frankreich und Italien erarbeitet. Wir werden auch unsere Beziehungen zu unseren Nachbarn in Mittel- und Osteuropa festigen. Ich bin sicher, daß auch der Dialog zwischen den Politikern und den Vertretern verschiedener gesellschaftlicher Gruppen dazu beitragen wird, die neue Friedensordnung in Europa zu festigen. Dazu gehört zweifellos auch die langjährige Arbeit des Bergedorfer Gesprächskreises.

### **Teltschik**

Im Juni 1984 hatte ich zum ersten Mal Gelegenheit, in diesem Raum zu sprechen. Viele der deutschen und sowjetischen Teilnehmer von heute waren damals auch dabei, und Sie werden sich alle an eine sehr lebhafte Diskussion erinnern können. Manche der deutschen Kollegen hatten seinerzeit Bedenken, ob man einige Fragen so offen ansprechen sollte, und einige sowjetische Kollegen waren sichtlich verärgert. Wenn ich jetzt sechs Jahre danach wieder hier rede, ist die Versuchung groß, an meine Ausführungen von damals anzuknüpfen und zu überlegen, was sich seitdem alles verändert hat. Ich will dieser Versuchung widerstehen und nur auf die ungeheuren Entwicklungen hinweisen, die sich besonders im letzten Jahr vollzogen haben. Und lassen Sie mich hinzufügen: Welche Woche liegt gerade für uns Deutsche hinter uns, in der wir in Berlin die deutsche Einigung vollzogen und gefeiert haben!

Ich will nur ein kleines Beispiel erwähnen: Für mich ist es immer noch sensationell, daß auf dem Alexanderplatz in Berlin eine sowjetische Militärkapelle und in Moskau die Big Band der Bundeswehr zur deutschen Einheit aufspielten, wie das in dieser Woche geschehen ist.

Jetzt sind wichtige Grundlagen dafür gelegt worden, daß eine neue gesamteuropäische Friedensordnung dauerhaft sein kann. Eben darauf wird es ja zukünftig ankommen: eine Ordnung zu schaffen, die von Dauer ist.

Lassen Sie mich kurz auf diese Grundlagen eingehen. Deutschland ist geeint. Nach 57 Jahren ist Deutschland als Ganzes wieder ein freiheitlich demokratischer Rechtsstaat. Die Grenzen dieses geeinten Deutschlands sind endgültig und werden in Kürze völkerrechtlich vertraglich geregelt. Dabei ist aus meiner Sicht die Tatsache entscheidend, daß sich diese Einigung friedlich vollzogen hat, ohne Androhungen oder Anwendungen von Gewalt nach innen oder nach außen. Ich halte es für ein besonders wichtiges Kapital für die Zukunft der Deutschen und sämtlicher Europäer, daß wir von allen unseren Nachbarn im Westen wie im Osten die Zustimmung zur Einigung Deutschlands erhalten haben. Wenn Sie die Glückwünsche von Präsident Gorbatschow und Präsident Bush, von Präsident Mitterrand oder Premierminister Thatcher und vielen anderen lesen, werden Sie verstehen, daß gerade wir Deutsche solche Äußerungen als beglückend und ermutigend empfinden.

Deutschland verfügt heute und für die Zukunft wieder über seine volle Souveränität in allen inneren und äußeren Angelegenheiten. Dieses Deutschland ist zudem, was seine innere Situation betrifft,

demokratisch stabil, wirtschaftlich stark und sozial gefestigt. Außenpolitisch gibt es für Deutschland klare und unzweideutige Rahmenbedingungen. Ich verweise dazu nur auf den Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland, der alle äußeren Aspekte der deutschen Einigung festlegt.

Eine zweite Rahmenbedingung ist die unauflösliche Integration Deutschlands in den Westen und in die Europäische Gemeinschaft. Nach Osten wurden mit den Verträgen, die wir mit der Sowjetunion ausgehandelt haben, die Grundlagen für eine neue Qualität der Beziehungen zwischen Deutschland und der UdSSR geschaffen. Diese neue Qualität findet ihren Ausdruck in dem Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit, der für die Entwicklung zukunftsgerichteter und umfassender Beziehungen zwischen unseren beiden Staaten grundlegend ist. Wir haben einen weiteren Vertrag geschlossen über die Entwicklung einer umfassenden Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wirtschaft, Industrie, Wissenschaft und Technik, der die Voraussetzungen für eine intensive Kooperation in allen diesen Bereichen schafft. Ich nenne drittens den sogenannten Überleitungsvertrag, der die finanziellen Fragen des Aufenthalts und des Abzugs der sowjetischen Truppen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR regelt. Wir haben viertens einen Vertrag über die Bedingungen des befristeten Aufenthalts und die Modalitäten des planmäßigen Abzugs sowjetischer Truppen geschlossen.

Dieses Vertragswerk, das in Kürze unterzeichnet wird, schafft auch klare sicherheitspolitische Rahmenbedingungen. Denn sowohl in dem sogenannten Zwei-plus-vier-Vertrag als auch in den bilateralen Verträgen mit der Sowjetunion gehen wir im Rahmen der Abrüstungsverhandlungen besondere Verpflichtungen ein. Ich verweise vor allem auf die Wiener Verhandlungen im Rahmen der VKSE und der vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen. In diesen Verträgen, Konferenzen und Verhandlungsrunden wird der sicherheitspolitische Status Deutschlands bestimmt. Hinzu kommt, daß Deutschland Mitglied in der Atlantischen Allianz und der Westeuropäischen Union bleibt.

Außenminister Schewardnadse hat am 20. September 1990 in seiner Einbringungsrede im Komitee des Obersten Sowjets der UdSSR für auswärtige Angelegenheiten gesagt, daß diese Verträge die Stellung des neuen Deutschlands in Europa unter gebührender Berücksichtigung der "Interessen aller Seiten" festlegen, also auch der sowjetischen Interessen. Sie öffnen den Weg für eine besonders aktive Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern für einen überschaubaren Zeitraum. In der gleichen Rede hat Schewardnadse betont, daß die vorliegenden Dokumente in vollem Maße den Interessen der Sowjetunion, aller Völker und aller Republiken entsprechen. Wir teilen diese Bewertung der abgeschlossenen Verträge.

Angesichts dieser Grundlagen stimme ich dem britischen Journalisten David March von der Financial Times zu, der mir in der vergangenen Woche sagte: Alle diese Ereignisse des letzten Jahres kann man unter der Generalüberschrift zusammenfassen: Deutschland ist wieder ein normaler Staat geworden.

Deshalb erübrigt sich eine Diskussion darüber, die selbst die Grünen bei uns angestoßen haben, ob Deutschland zukünftig eine Weltmacht sein werde. Genausowenig war die Aussage zutreffend, die in der Vergangenheit oft zitiert wurde, wir seien ökonomisch ein Riese, aber politisch ein Zwerg. Gerade ein Marxist hätte natürlich wissen müssen, daß dies falsch sein mußte. Umgekehrt haben wir jetzt keinen Anlaß, darüber nachzudenken, ob wir in der Zukunft eine Weltmacht sein sollten. Was zweifellos - zutrifft, ist, daß wir größer und stärker, vor allem aber souverän geworden sind und daß damit mehr Verantwortung auf uns zukommt. Das ist das eigentliche Kriterium der deutschen Außen- und Innenpolitik.

Deutschland ist geeint und voll souverän; nach innen und nach außen handlungsfähig; nicht länger abhängig von Rechten und Verantwortlichkeiten anderer. Damit ist Deutschland auch nicht mehr erpreßbar. Wie sehr sich die Lage normalisiert hat, geht aus den Worten von Außenminister Schewardnadse hervor, als er daran erinnerte: "Nicht nur einmal entstanden hier sehr zugespitzte Situationen, die die Welt an den Rand des Krieges brachten. Diese Gefahr war real und bedeutend, solange im Zentrum Europas eine massive militärische Konfrontation weiterbestand."

Das heißt zusammengefaßt erstens: Wir haben einen Schlußstrich unter die deutsche, unter die europäische Nachkriegsgeschichte gezogen. Die deutsche Einheit ist im Rahmen der Selbstbestimmung und nicht der Fremdbestimmung vollendet. Es hat, und das ist besonders wichtig, kein neues Jalta über Deutschland gegeben.

Zweitens. Der Ost-West-Konflikt und die Teilung Europas werden überwunden.

Drittens. Die deutsch-sowjetischen Beziehungen gestalten sich neu und bleiben von zentraler Bedeutung.

Damit eröffnen sich viertens neue Perspektiven für eine gesamteuropäische Friedensordnung.

Wenn wir hier gemeinsam darüber diskutieren, wie sich eine gesamteuropäische Friedensordnung gestalten, wie ein gemeinsames europäisches Haus zukünftig aussehen soll, dann ist es wichtig, sich klarzumachen, welche Entwicklungsprozesse in Europa bereits im Gange sind, die über die künftige Gestalt Gesamteuropas und einer gesamteuropäischen Friedensordnung mitentscheiden werden.

Ich nenne in diesem Zusammenhang vier Prozesse.

Erstens. Der Integrationsprozeß in der Europäischen Gemeinschaft wird sich weiter beschleunigen. Ich erwähne dafür nur zwei Tatbestände. Wir haben immer gesagt, die deutsche Einigung werde die europäische Einigung nicht behindern oder in Frage stellen, sondern umgekehrt, die deutsche Einigung werde die europäische Einigung beschleunigen. Dafür ist bereits die deutsch-französische Initiative vom April 1990 in Richtung einer politischen Union ein wichtiges Indiz. Im Dezember soll in Rom die Regierungskonferenz über eine politische Union und über eine Wirtschafts- und Währungsunion eröffnet werden. Das zweite Beispiel ist die Erklärung Großbritanniens vom Freitag letzter Woche, daß es dem Europäischen Währungssystem beitreten werde.

Wir werden bis Ende 1992 den Binnenmarkt verwirklichen in der Größenordnung von rund 340 Millionen Menschen. Bis zu diesem Zeitpunkt wollen wir die Verträge über eine Wirtschafts- und Währungsunion und über eine politische Union erarbeiten und ratifizieren. Zweifellos bleibt die deutsch-französische Zusammenarbeit der Motor der europäischen Integration.

Dieser Integrationsprozeß wird auch die gesamteuropäische Entwicklung maßgeblich mitbestimmen. Denn es ist eine Tatsache - Herr Sagladin hat darauf hingewiesen-, daß das Interesse derjenigen europäischen Staaten an der EG, die bisher keine Mitglieder sind, erheblich zugenommen hat. Wir gehen davon aus, daß die EFTA-Staaten - Österreich hat bereits einen Antrag auf Mitgliedschaft gestellt - spätestens 1993 darüber entscheiden werden, ob sie der EG beitreten wollen oder nicht. Wir erleben heute schon eine Diskussion in den mittel- und südosteuropäischen Ländern, ob sie sich der EG assoziieren oder ihr beitreten sollen. Hier ist also ein europäischer Einigungsprozeß im Gange, der seine eigene Dynamik entwickelt.

Ein zweiter entscheidender Faktor aus meiner Sicht, der die Gestaltung Gesamteuropas beeinflussen wird, ist die zukünftige Entwicklung und Politik der Sowjetunion. Welchen Kurs wird sie nach innen und nach außen steuern? Der zukünftige Weg bleibt angesichts der Größe und des militärischen Potentials der Sowjetunion für ganz Europa entscheidend. Für uns ist es deshalb eine Schlüsselfrage, ob sich der eingeleitete Reformkurs in der Sowjetunion fortsetzt oder ob alternative Möglichkeiten erwogen werden. Aus unserer Sicht besteht für eine gesamteuropäische Friedensordnung nach wie vor eine Wechselwirkung zwischen dem inneren Reformprozeß in der Sowjetunion und den Möglichkeiten der internationalen Zusammenarbeit. Wir sind der Meinung, daß sich mit dem Fortschreiten der Reformen in der Sowjetunion die Möglichkeiten der internationalen Zusammenarbeit nicht nur verbessern, sondern ausweiten und intensivieren lassen.

Dieser Reformprozeß - lassen Sie mich das offen hinzufügen - darf sich nicht nur auf die wirtschaftlichen Reformen beschränken, sondern es besteht eine eindeutige Wechselwirkung zwischen dem politischen und wirtschaftlichen Reformprozeß in der Sowjetunion. Mit anderen Worten: Für uns ist eine funktionsfähige Marktwirtschaft nicht vorstellbar, wenn nicht Rechtsstaatlichkeit und die Verwirklichung von Menschenrechten hinzukommen. Wir wissen, daß das auch der Ansatz des Reformprozesses von Präsident Gorbatschow ist. Wir halten diesen Ansatz für die Zukunft der Sowjetunion für entscheidend.

Weiter bleibt wichtig, daß sich die Öffnung der Sowjetunion, das neue Denken in ihrer Außenpolitik, fortsetzt. Sie fördert die Zusammenarbeit mit dem Westen, nicht nur politisch, wirtschaftlich und finanziell. Ich will in dem Zusammenhang auch sagen - darüber wurde im Bergedorfer Gesprächskreis bei anderer Gelegenheit bereits lebhaft diskutiert-, daß es dabei nicht um "Hilfe" für die Sowjetunion geht, sondern um Zusammenarbeit in allen Bereichen.

Der dritte Prozeß, der für die Gestaltung des zukünftigen Europas entscheidend bleibt, betrifft die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion. Präsident Gorbatschow spricht seit der Begegnung mit dem Bundeskanzler im Herbst 1988 von der "Schlüsselrolle" Deutschlands in Europa, während der Bundeskanzler und die Bundesregierung immer wieder die "zentrale Bedeutung" der deutsch-sowjetischen Beziehungen herausgestellt haben. Ich sehe es in der Tat für Gesamteuropa als entscheidend an, wie sich die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern entwickeln werden.

Wir haben jetzt die vertraglichen Grundlagen gelegt. Nunmehr wird es darauf ankommen, wie wir diese Verträge ausfüllen. Das wechselseitige Vertrauen zwischen beiden Führungen ist gewachsen, insbesondere das Vertrauen zwischen Bundeskanzler Kohl und Präsident Gorbatschow. Darauf wurde schon in der TASS-Erklärung vom 10. Februar 1990 nach der Begegnung beider in Moskau ausdrücklich hingewiesen. Das sogenannte Wunder vom Kaukasus ist letztlich auch darauf zurückzuführen. Ebenso gibt es ein Vertrauensverhältnis zwischen den beiden Außenministern Genscher und Schewardnadse und auch auf anderen Ebenen.

Deutschland versteht sich für die Zukunft als zentraler Partner und guter Nachbar für die Sowjetunion in allen Bereichen der Politik. Das wird heute auch in der Sowjetunion so gesehen. Ich stimme Außenminister Schewardnadse zu, wenn er sagt, die Deutschen verdienen es, daß man ihnen vertraut. Er hat von einem qualitativ neuen Niveau der Beziehungen und des Zusammenwirkens mit diesem nach der UdSSR zweitgrößten und zweitwichtigsten europäischen Staat gesprochen und dabei betont, daß wir die Beziehungen zu Deutschland jetzt auf eine langfristige, keinen konjunkturellen Schwankungen unterliegende Grundlage gestellt haben. Und wenn er zusammenfassend feststellt: "Wir haben ein optimales Ergebnis erzielt", dann werden beide Seiten dieser Bewertung zustimmen können. Herr Körber hat einleitend zu Recht unterstrichen, wichtig sei, daß es zwischen uns weder Sieger noch Besiegte gegeben hat.

Ich möchte in diesem Zusammenhang aber auch deutlich sagen, daß wir damit von deutscher Seite kein Sonderverhältnis mit der Sowjetunion begründet haben. Wir haben mit dieser Vertragspolitik kein Mißtrauen bei unseren westlichen Partnern geweckt, wie es noch mit dem Schlagwort "Rapallo" in früheren Zeiten der Fall gewesen ist. Das liegt nicht zuletzt daran, daß Deutschland unabänderlich in den Westen eingebunden ist und bleibt. Diese Westintegration ist gewissermaßen das Widerlager für jene Brückenfunktion, in der sich Deutschland jetzt sieht. Wir begrüßen deshalb ausdrücklich - Herr Sagladin hat dies erwähnt;-, daß die Sowjetunion nun auch ähnliche Verträge mit Frankreich und Italien verhandelt und ebenfalls in Gespräche mit Großbritannien eingetreten ist.

Sie werden mir sicher zustimmen, wenn ich sage: Gute und friedfertige Beziehungen zwischen Deutschen und Russen tragen erheblich zur Stabilität in Europa bei, aber sie dürfen in beiderseitigem Interesse nicht isoliert gesehen werden. Auch das geeinte Deutschland kann nicht der politische oder Wirtschafts- und Finanzpartner der Sowjetunion schlechthin sein. Dazu reichen unsere Möglichkeiten bei weitem nicht aus. Wollte sich die UdSSR alleine auf Deutschland abstützen, würde sie uns hoffnungslos überfordern.

Ich sage das deshalb, weil ich bei dem einen oder anderen sowjetischen Gesprächspartner gelegentlich den Eindruck gewonnen habe, daß man sich jetzt gerade im ökonomisch-finanziellen Bereich vor allem von Deutschland Hilfe erhofft. Was wir aber leisten können, ist, der Sowjetunion den Zugang zu jenem europäischen Binnenmarkt zu erleichtern, dem wir zukünftig angehören werden. Ebenso wollen wir helfen, daß die Sowjetunion Zugang zu den internationalen Institutionen für Wirtschaft, Handel und Währung wie GATT, Weltbank und IMF erhält.

Der vierte Prozeß, den ich für die Gestaltung Gesamteuropas für unverzichtbar halte, ist die Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden Weltmächten selbst. Wir haben besonders in den letzten fünf Jahren erlebt, welche Wechselwirkung die Beziehungen der beiden Weltmächte für die Europäer hatte. Das wird auch in Zukunft so sein. Je besser die Beziehungen zwischen den beiden "großen Elefanten", desto größer sind die Möglichkeiten, die Beziehungen zwischen den Europäern selbst positiv zu gestalten. Von daher bleibt für uns die amerikanisch-sowjetische Gipfeldiplomatie unverzichtbar. Denn - dies haben wir in den letzten Jahren mehrfach erlebt - allein durch das Instrument dieser Begegnungen waren beide Seiten gezwungen, über Ergebnisse und Kompromisse nachzudenken, die entscheidend zu den Veränderungen in Europa beigetragen haben. Es ist die Aufgabe nicht nur der Bundesrepublik Deutschland, sondern aller Europäer, diesen Prozeß zwischen den beiden Weltmächten zu unterstützen und nach Möglichkeit mitzugestalten.

### **Meyer-Landrut**

Ich meine, aus beiden Referaten ist deutlich geworden, daß der Bergedorfer Kreis genau zum richtigen Zeitpunkt nach Moskau gekommen ist. Ursprünglich sollte diese Tagung ja bereits im Juli stattfinden. Es ist sicher von Vorteil, daß wir jetzt hier sind, nur wenige Tage nach der Vollendung der Einheit Deutschlands.

Beide Referenten haben zum Ausdruck gebracht, welche Bedeutung in dem vor uns liegenden Prozeß auf dem Wege zu einer neuen europäischen Friedensordnung unseren beiden Staaten zukommt. Unter diesem Aspekt ist es wichtig, daß wir auch Vertreter aus anderen europäischen Ländern und den Vereinigten Staaten unter uns haben.

An dieser Wasserscheide der Weltpolitik wurde uns eine Reihe von Elementen vorgetragen, die uns ermutigen können, während andere eher besorgniserregend sind. Herr Sagladin unterschied zwischen integrierenden und desintegrierenden Entwicklungen, die einander gegenüberstehen, und es kommt darauf an, alles zu tun, um Wege zu finden, wie man mit den negativen Tendenzen fertig wird und die positiven optimieren kann.

Für den Beginn der Diskussion hat mich Herr Falin gebeten, zunächst noch einen kurzen Überblick aus seiner Sicht zu unserem Thema zu geben.

### **Falin**

Die sowjetischen Teilnehmer an dieser Konferenz haben, so meine ich, allen Grund, die Vertreter des nunmehr vereinigten Deutschlands zu beglückwünschen. Wir sind gerade Zeuge der Ereignisse in der Nacht vom 2. zum 3. Oktober gewesen, die sicherlich nicht nur das Ende einer Entwicklung, sondern zugleich den Anfang eines neuen Kapitels darstellen, und zwar in jeder Beziehung. Für Deutschland, Europa und die Welt hat eine neue Zukunft begonnen, die fruchtbarer und menschlicher sein soll als das, was wir in der Vergangenheit jeder für sich und gemeinsam durchlebt haben.

Es wird sicher auch keine einfache Zeit werden. Zumal für die Deutschen selbst, die erst wieder lernen müssen, in einer einheitlichen Gesellschaftsordnung zu leben. Viele Unterschiede müssen überwunden werden, die nicht nur in den letzten 40 Jahren entstanden sind; denn die deutsche Gesellschaft war auch in den Jahren nach 1933 und 1939 nicht homogen - übrigens ebensowenig wie nach 1918. Zusammenleben zu lernen ist immer problematisch und nicht allein wegen der unterschiedlichen Bedingungen, wie sie im Westen und im Osten Deutschlands vorhanden sind. Nach Wegfall der Feindbilder im Westen wie im Osten, die so lange dazu herhalten mußten, Pläne, Doktrinen und Handlungen zu rechtfertigen, braucht man eine neue Qualität der geistigen und intellektuellen Einstellung. Und dies ist kaum weniger wichtig als noch nie dagewesene massive Kapitalinvestitionen, um die Wirtschaften von zwei so unterschiedlichen Staatswesen anzugleichen.

Vielleicht können Sie von daher eher verstehen, welche ungeheuren Aufgaben wir heute in unserem Land zu bewältigen haben. Im Kern handelt es sich im Falle der Sowjetunion um die grundlegende Veränderung nicht nur des ökonomischen Systems, sondern auch der gesellschaftlichen und Rechtsgrundlagen.

Die Ausführungen von Herrn Sagladin und Herrn Teltschik geben reichlich Anlaß zum Nachdenken, wobei sie uns beide auffordern, nicht in traditionellen Bahnen, sondern frei und konstruktiv nach vorne zu denken. Darauf kommt es, meiner Meinung nach, entscheidend an. Denn die Zukunft ist für uns in jeder Hinsicht wichtiger als die wiederholte Beschäftigung mit der Vergangenheit. Mit den Methoden und der Philosophie von gestern werden wir nicht in der Lage sein, die Fragen zu beantworten, vor die die Völker heute gestellt sind. Die Welt, in der wir leben, hat sich gegenüber der Zeit von vor 10 Jahren - von einem halben Jahrhundert nicht zu sprechen - so grundlegend verändert, daß die gespeicherten Erfahrungen wahrscheinlich zwar ausreichen, um die einmal gemachten Fehler nicht zu wiederholen, aber sie sind kaum geeignet, jene Probleme zu lösen, mit denen wir jetzt konfrontiert sind.

Ja, die Geschichte soll unser strenger Lehrmeister sein. Wir haben das Privileg, jetzt offen darüber zu diskutieren, wer welche Sünden begangen hat, warum nach 1945 ein falscher Weg eingeschlagen wurde. Wie war es überhaupt möglich, daß wir nach dem schrecklichen Zweiten Weltkrieg uns in einen dritten Weltkrieg eingelassen hatten? Präsident Truman hat seinerzeit gesagt, der kalte Krieg unterscheidet sich von den klassischen Kriegen nur dadurch, daß er auf andere Weise geführt wird. Doch dieser Krieg mit anderen Mitteln hat die Völker immerhin 25 bis 30 Millionen Menschenleben gekostet unter Einsatz von gigantischen materiellen Ressourcen, die unwiederbringlich verloren sind und die so notwendig gewesen wären, um der Menschheit jenen Grad von Zivilisation zu ermöglichen, den zu erreichen sie sich zu Beginn dieses "goldenen" Jahrhunderts zum Ziel gesetzt hatte. Das war womöglich die sinnloseste Verirrung in unserer konfliktreichen Geschichte. Diese Lehre sollten wir beherzigen.

Ich kann Herrn Sagladin allerdings nicht voll zustimmen, wenn er meint, 45 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg habe die Konfrontation zwischen Ost und West aufgehört. Sie geht erst allmählich zu Ende; denn solche Auseinandersetzungen lassen sich nicht von heute auf morgen überwinden. Es bedarf viel guten Willens und gegenseitigen Vertrauens, bevor das Instrumentarium des kalten Krieges vollständig abgelegt wird und Politik, Diplomatie, Kultur ohne Militarismus allein das Feld beherrschen. Dann werden wir die Modalitäten mit anderen Augen sehen und verstehen als in den letzten fünfzig Jahren. Die internationale Gemeinschaft ist gerade dabei, neue Regeln und Prinzipien des Zusammenlebens zu lernen und von einer durch Ideologie übermäßig geprägten Lebensperspektive

abzurücken. Wir beginnen, gut und böse, Bedürfnisse und Notwendigkeiten, mit denen alle in jahrzehntelanger Erwartung der Apokalypse fest verwachsen waren, neu zu definieren.

Ich kann heute nur mit Entsetzen daran denken, daß man Ende der vierziger Jahre den Ausbruch eines Krieges aus ideologischen Gründen durchaus für möglich hielt, ohne daß es wirklich Gründe gab, jemanden zu bedrohen oder anzugreifen. Unterschiedliche Weltanschauungen schienen ein hinreichender Grund zu sein, die Massenvernichtungswaffen einzusetzen.

Ich möchte nur daran erinnern, um diese Erfahrung lebendig zu halten. Die Anwendung von Gewalt hat sich in diesem Jahrhundert nie ausgezahlt, obwohl es immer einflußreiche Schichten gibt, die Gewaltanwendung rechtfertigen. Aber ohne diese Einsicht waren jene Veränderungen kaum erreichbar, die wir begrüßen.

Es gibt natürlich gewisse Kreise, die sich im Augenblick auf dem hohen Roß fühlen und meinen, sie dürften sich Dinge leisten, zu denen andere nicht in der Lage zu sein scheinen. Das betrifft beispielsweise auch bestimmte Vorstellungen über die Zukunft der NATO, die schwer in die schon vorhandene Landschaft passen. Wollen wir die Aussagen hochgestellter Politiker, zum Beispiel aus den USA, nicht überbewerten, aber auch nicht verniedlichen, denen zufolge die NATO ihre Machtposition beizubehalten hat, obwohl die Sowjetunion nicht mehr als Gegner betrachtet wird. Zumindest wurde in der Londoner Erklärung der NATO die Sowjetunion nicht mehr als Feind angesprochen.

Es gibt Pläne zur Ausdehnung des NATO-Gebietes, vor allem in Richtung Osten und Südosten, die nicht von der Idee inspiriert sind, daß die Sowjetunion, die USA und die europäischen Länder gemeinsam die Grundlage für eine künftige gesamteuropäische Sicherheitsstruktur schaffen. Jene Pläne, die eine Erweiterung des Einflußbereiches der NATO vorsehen, weisen jedenfalls in eine andere Richtung.

Natürlich bleiben wir Gefangene alter Gewohnheiten, die unser Denken und Handeln bestimmen. Das gilt für uns wie für Sie. Wir haben in diesen Jahren der Perestroika feststellen müssen, daß am schwierigsten die Umgestaltung des Bewußtseins ist, auch das der Parteien und der gesellschaftlichen Gruppen, also das öffentliche Bewußtsein. Im Westen ist das nicht anders; die Menschen sind überall aus dem gleichen Holz. Doch diesen Tatbestand zur Kenntnis zu nehmen, darf nicht heißen, daß wir den Maßstab für die Realität verlieren. Denn die Geschichte besteht aus Tatsachen, nicht aus Meinungen. Sie bestimmt sich durch Handlungen, nicht durch Absichtserklärungen. Das gilt für die Bewertung der Vergangenheit genauso wie im Hinblick auf die Zukunftsgestaltung.

In diesem Kontext noch eine Überlegung. Die Sowjetunion hat die Teilung Deutschlands nicht gewollt und ausgelöst. Diese Spaltung hat den Deutschen, den Europäern und auch den Nichteuropäern sicher mehr geschadet als genützt. Dennoch hat unter den herrschenden Umständen die Existenz zweier deutscher Staaten möglicherweise mehr dazu beigetragen, den Ausbruch eines dritten Weltkrieges zu verhindern, als die ganze atomare Überrüstung. Diese Grenze im Zentrum Europas als Folge der Teilung Deutschlands hat zugleich die Konfrontation in ihrem Kern begrenzt, obwohl sie selbst wiederum Krisen provoziert hat. Das heißt, die Deutschen sollten sich bei der Bewertung der Vergangenheit nicht nur als Objekte irgendeiner Politik verstehen, die ihnen von außen aufgezwungen wurde, sondern sie sollten erkennen, daß sie ihre eigene objektive Funktion ausgeübt haben. Außerdem läßt sich das, was gewesen ist, sowieso nicht mehr ändern. Es kommt mehr darauf an, die richtigen Schlüsse zu ziehen.

Was die ehemalige DDR betrifft, will ich einen Punkt nicht unerwähnt lassen. Die DDR hat auf den Gebieten der Kultur, der Kunst, des Sports, bei der Überwindung von Stereotypen und Vorurteilen zwischen der Sowjetunion und Europa, zwischen Ost und West eine konstruktive Rolle gespielt. Hier hat sich ein starkes Potential von Menschen mit Russischkenntnissen gebildet, was sich unter anderem in zahlreichen Übersetzungen von belletristischer, politischer und Sachliteratur niedergeschlagen hat. Über diese Brücke hat es einen Informationsstrom nach Westdeutschland, Österreich, in die Schweiz und in viele europäische Länder gegeben. So etwas sollte nicht verlorengehen.

Meiner Meinung nach lehren uns die 45 Nachkriegsjahre, daß es besser ist, etwas nicht zu tun, als etwas zu begehen, das man später korrigieren oder wieder aufheben muß. Denn es ist oft am kompliziertesten, einen Ausweg gerade aus einer Lage zu finden, die man selbst herbeigeführt hat. Die arabische Weisheit besagt: Alles, was sein muß, wird geschehen, wenn es auch anders geschieht. Unsere gemeinsame Sorge sollte sein, wenn die Dinge sich "anders" entwickeln, daß dadurch niemand zu Schaden kommt. Entweder wird jeder glücklich auf seine Art, oder wir alle

steuern ins gleiche Unglück. Nach allem, was in Deutschland, in Europa und in der Welt geschehen ist, bleibt uns gar nichts anderes übrig, als erwachsen zu werden und uns verantwortungsbewußter als bisher zu zeigen.

Es sollte uns immerhin optimistisch stimmen, daß die dramatischen Ereignisse am Ende des 20. Jahrhunderts einen Weg in das neue Jahrtausend zu mehr Menschlichkeit weisen. Vielleicht stehen wir am Beginn einer Epoche, die Michail Gorbatschow als friedliche Periode in der Entwicklung der Zivilisation bezeichnet hat. Ob sie wirklich dazu wird, hängt von uns allen ab. Nicht zuletzt wird die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Sowjetunion eine Antwort auf die Frage geben, ob unser aller politisches Denken noch zeitgemäß ist, inwieweit es den Herausforderungen der Zeit entspricht. Dieses Denken und die von ihm geleitete Politik darf nicht nur die Kunst des Möglichen sein, sondern sie muß zu einer Kunst der Verwandlung des Möglichen in die Realitäten werden.

### **Meyer-Landrut**

Herr Falin hat hier seine Sicht der historischen Entwicklung bis zur Gegenwart dargestellt und zu verantwortungsvollem Denken und Handeln aufgerufen. Es ist sicher richtig, daß wir Deutschen in Ost und West einen nicht unkomplizierten Prozeß zu durchlaufen haben, der durch die Einigung erst seinen Anfang genommen hat. Aber ich meine, wir können da guter Hoffnung sein, insbesondere wenn sich nach den Landtagswahlen am 14. Oktober die regionalen Strukturen in der ehemaligen DDR wieder herauszubilden beginnen. Der Prozeß des seelischen Zusammenwachsens wird zweifellos schwieriger. Daß wir uns da alle sehr bemühen müssen, darauf hat ja der Bundespräsident in seiner Rede am 3. Oktober deutlich hingewiesen.

Sie haben dann die notwendigen Veränderungen in der NATO angesprochen, die Sie als bisher inadäquat bezeichnen. Sie sprechen von neuen Aktionsfeldern, die sich die NATO eröffnen will, eventuell neue Mitgliedschaften. Mir ist hiervon nichts bekannt.

Was schließlich die historische Beurteilung anbetrifft, Herr Falin; Sie sagen mit Recht, nicht Meinungen, sondern Fakten bestimmen die Geschichte. Aber dabei kommt es natürlich auf die Auswahl der Fakten an, die man seiner Beurteilung zugrunde legt. Und wenn Sie hier von einer Brückenfunktion sprechen, die die bisherige DDR wahrgenommen habe, dann bin ich doch sehr im Zweifel, ob das so zutrifft. Aus der DDR hat es wohl Übersetzungen von russischer Literatur gegeben, die dann bei uns übernommen wurden und ähnliches. Aber die gesamte politische Struktur der DDR war doch stark auf Konfrontation ausgerichtet, so daß ich diese Brückenfunktion oder das friedentiftende Element nicht recht zu sehen vermag. Das friedentiftende Element in der Zeit der Konfrontation lag vielmehr in der Atombombe und der Unmöglichkeit, Konflikte militärisch auszutragen. Aber das stelle ich natürlich gerne zur Diskussion.

### **Weidenfeld**

Ich habe die beiden einführenden Referate als eine Art intellektuelles Feuerwerk der Harmonie verstanden, was bei mir durchaus gemischte Gefühle auslöst. Herr Falin hat uns dann jedoch daran erinnert, daß Geschichte nicht nur aus Tatsachen, sondern auch aus Interpretationen besteht. Und ich frage mich, ob wir, wenn wir uns jetzt in diesem "Schaubad europäischer Harmonie" wohlfühlen, die nötige politische und intellektuelle Präzision aufbringen, um die anstehenden drängenden Probleme beim Namen zu nennen.

Mein Eindruck ist, daß wir bisher eine gewisse analytische Präzision nur bei jenen Themen aufgebracht haben, die man unter die Überschrift "Abschied von der alten Ordnung" subsumieren könnte: das Ende der Teilung; das Ende eines ideologischen Konflikts, der nicht mehr rekonstruierbar ist; das Ende nationalstaatlicher Souveränität. Dagegen sind wir sehr viel weniger präzise in der Bezeichnung der dringend zu lösenden Aufgaben. In solchen Schwierigkeiten helfen wir uns häufig mit intellektuellen Überbrückungsversuchen. Wir haben früher einmal von der europäischen Friedensordnung gesprochen, dann vom europäischen Haus, jetzt sprechen wir von der neuen Friedensordnung. Ich frage mich, wie man gewissermaßen diese Form der Lyrik der internationalen Politik in die Prosa der europäischen Tagesordnung übersetzen kann.

Vor dem Hintergrund erledigter Themen stellen sich zwei drängende Fragen. Die eine ist, ob die Sowjetunion in der Lage ist, ihre politischen und ökonomischen Reformen erfolgreich umzusetzen. Die zweite Frage, ob es gelingen kann, die aufkommenden Konflikte in Osteuropa friedlich zu regeln.

Bei beiden historischen Aufgaben meine ich, daß der bisher dazu benutzte Schlüsselbegriff der Zusammenarbeit zu kurz greift. Der Moderne der internationalen Politik entspricht die Integration, also die Bereitschaft, gemeinsame Aufgaben in gemeinsamer Souveränität zu lösen. Von daher frage ich

mich, ob nicht eine Antwort auf die großen Probleme der Sowjetunion weniger in der Zusammenarbeit liegen könnte als vielmehr in einer radikalen, vorbehaltlosen Öffnung und Internationalisierung der Sowjetunion, die zweifellos auch mit Souveränitätsverzicht verbunden wäre.

So wie es ein bißchen Freiheit nicht geben kann, kann es auch nicht ein bißchen Moderne geben. Und die beiden zentralen Konflikte, die uns in den nächsten Jahren beschäftigen werden, die Reform in der Sowjetunion und die Reform in den osteuropäischen Ländern, werden nur als Gemeinschaftsaufgabe Europas zu lösen sein. Ob dieser Integrationsvorgang dann irgendwann einmal Europäische Gemeinschaft heißt oder KSZE oder wie auch immer, ist zweitrangig. Entscheidend ist, ob wir es schaffen, internationale Organisationen so auszustatten, daß sie diese Aufgaben erledigen können.

### **Meurice**

Obwohl es sich hier vorzugsweise um ein deutsch-russisches Treffen handelt, zu dem einige befreundete Partner hinzugebeten wurden, fühle ich mich nicht als Beobachter einer Art neuer Rapallo-Konferenz. Als Franzose füge ich hinzu, daß wir im Verlauf der letzten Monate zu keinem Zeitpunkt den Eindruck hatten, es mit einer Neuauflage von Rapallo zu tun zu haben. Das entspricht weder der Politik der gegenwärtigen noch irgendeiner künftigen deutschen Regierung. Ich bin auch nicht der Meinung, daß eine solche Politik im Interesse der Sowjetunion läge.

Ich möchte betonen, daß wir in Frankreich den Prozeß der deutschen Wiedervereinigung begrüßt haben. Wir setzen volles Vertrauen in die gegenwärtige und in die künftige Regierung Deutschlands, daß sie weiterhin zu den Grundlagen der westlichen Politik der letzten vierzig Jahre steht. Das betrifft vor allem die deutsch-französische Freundschaft und Zusammenarbeit, eingebunden in den Rahmen der Europäischen Gemeinschaft, deren Herzstück sie ist, und die Atlantische Allianz mit der Präsenz der Amerikaner in Europa. Diese drei Elemente der westlichen Politik sollte man beibehalten und vertiefen.

Ich beschränke mich im folgenden auf einige gesamteuropäische Aspekte unserer Diskussion. Ich bin der Meinung, daß jede gesamteuropäische Struktur sowohl die Sowjetunion als auch die Vereinigten Staaten von Amerika mit einbeziehen muß. Ich fand es bemerkenswert, daß weder Herr Sagladin noch Herr Teltschik das berühmte Wort "vom Atlantik bis zum Ural" erwähnt haben, das heute häufig benutzt wird. Für mich heißt das, der Atlantik beginnt in San Francisco und der Ural endet in Wladiwostok. In diesem umfassenden Sinne stelle ich mir die Entwicklung gesamteuropäischer Strukturen vor.

Was die Fragen der Sicherheit angeht, so könnten die mit der KSZE begonnenen Ansätze vertieft werden. Dabei sehen wir uns zwei Problembereichen gegenüber. Der eine betrifft die innere, der andere die äußere Sicherheit Europas. Die innereuropäische Sicherheit ist eine Frage weiterer Abrüstungsvereinbarungen. Dabei sind wir, offen gesagt, vielleicht etwas zu weit gegangen. Ich bin nicht so sicher, ob wir trotz der verminderten Spannungen in Europa mit den künftigen Schwierigkeiten, insbesondere im Hinblick auf die Herausforderungen, die Europa möglicherweise von außen zu erwarten hat, so ohne weiteres fertig werden.

Wir sollten jedenfalls darauf bedacht sein, in Europa ein bestimmtes Rüstungsniveau beizubehalten, um in der Lage zu sein, nicht nur Krisen in Europa, sondern auch außerhalb Europas zu begegnen. Vor allem darf in Europa kein militärisches Vakuum entstehen. Nach wie vor ist es unerlässlich, in Europa ein militärisches Kräftegleichgewicht aufrechtzuerhalten, wie immer die Entwicklung in der Sowjetunion verlaufen mag.

Aus westlicher und speziell aus französischer Sicht sehe ich die Grundlage eines Gleichgewichts der Kräfte auf niedrigerem Niveau weiterhin in der NATO, allerdings mit einer sehr starken europäischen Komponente unter Beibehaltung der nuklearen Abschreckung und mit einem Gleichgewicht bei der konventionellen Rüstung.

Nur ein kurzes Wort zum Thema Waffenverkauf, wo möglicherweise die Notwendigkeit besteht, uns in Zukunft stärker abzustimmen. Was zur Zeit im Nahen Osten geschieht, ist letztlich das Ergebnis unserer eigenen Exporte an strategischer Technologie und Rüstung in diese Länder. Ich meine, wir alle tragen eine schwere Verantwortung für das, was sich dort jetzt abspielt.

Eine Bemerkung zur Ökonomie. Es wurde schon gesagt, daß die wirtschaftliche Dimension ungeheuer wichtig ist. Ich fürchte, daß wir die derzeitigen wirtschaftlichen Nöte der osteuropäischen Länder herunterspielen. Wenn der Weg dieser Länder zu Demokratie und Marktwirtschaft, auf dem sich diese Länder jetzt befinden, scheitert, wird das Europa in eine ernste Krise bringen. Deshalb fällt der EG hier eine Schlüsselrolle zu.

Ich meine, wir unterschätzen die Bedeutung ihrer Nöte und den Ernst der Situation. Unsere sowjetischen Freunde können sicher nicht sehr viel tun, zumindest aber könnten sie den anderen osteuropäischen Ländern mit Energie aushelfen. Wie Herr Sagladin denke auch ich, daß wir europäische Agenturen für Energie, Umwelt, Verkehr und für andere Probleme schaffen sollten.

Zum Abschluß ein Wort zu den bilateralen Verträgen, die zur Zeit zwischen westeuropäischen Ländern und der Sowjetunion abgeschlossen werden. Vielleicht sind solche Verträge notwendig, aber im Grunde sind sie überholt. Die Zukunft gehört der politischen Union. Ich wünschte mir jedenfalls in den nächsten Jahren, daß ein Vertrag zwischen der Sowjetunion und der europäischen politischen Union möglich wird.

### **Arbatow**

Auf diesem ersten Treffen nach der Wiedervereinigung Deutschlands ist mehrfach das Stichwort Rapallo gefallen. Wir sind hier gewissermaßen als Zeugen geladen, um uns davon zu überzeugen, daß das, was heute geschieht, mit Rapallo nichts zu tun hat. Das möchte ich auch unseren Freunden aus den anderen europäischen Ländern sagen.

Die stattgefundenen Ereignisse führen zu Schlußfolgerungen von wahrhaft historischer Tragweite, wie dies Valentin Falin dargelegt hat. Zum dritten Mal in ihrer Geschichte, nach 1871 und nach den 30er Jahren dieses Jahrhunderts, können die Deutschen über ihr Schicksal selbständig bestimmen. Welchen Weg sie dabei wählen, ist nicht nur für die Deutschen, sondern für ganz Europa und auch für die Sowjetunion von großer Bedeutung. Allerdings sollten wir den Lehren aus der Geschichte nicht einen allzu großen Wert beimessen, eingedenk der Erkenntnis, die schon bei Hegel nachzulesen ist: daß die Geschichte lehrt, niemand lernt wirklich aus der Geschichte. Ich denke dabei an einige aktuelle Ereignisse, die vielleicht noch nicht brennen, aber immerhin glimmen, und die einer schnellen und konsequenten Lösung bedürfen.

Ich muß in diesem Zusammenhang ehrlich zugeben, daß noch nicht alle Menschen in unserem Lande die Veränderungen der letzten Zeit so richtig verdaut haben. Das zeigt sich auch bei den Diskussionen im Obersten Sowjet. Es fällt vielen Menschen schwer, sich an Veränderungen zu gewöhnen, die so schnell vor sich gehen, wobei die außenpolitischen Wandlungen auch Teil der innenpolitischen Auseinandersetzungen geworden sind. Dabei wird natürlich sehr aufmerksam verfolgt, was in Deutschland und in Europa insgesamt vor sich geht. Die Art, wie die alten Strukturen des kalten Krieges überwunden werden, führt zu harten, teilweise auch polemischen Auseinandersetzungen. Das gilt besonders für die Ereignisse in Deutschland. Hier gewinnen bestimmte Aussagen und Erklärungen unter Umständen eine unerwartet große Bedeutung. Dem sollte man Rechnung tragen.

So haben wir anfangs den harten, aber nicht sehr realistischen Standpunkt vertreten, daß Deutschland nicht in der NATO bleiben dürfe. Von dieser Position sind wir dann schnell abgerückt, was bei unseren Abgeordneten, aber auch in der breiten Öffentlichkeit heftige Diskussionen ausgelöst hat. Außenminister Schewardnadse hat dazu in einem Vortrag im Außenministerium gesagt, es gehe nicht an, in einer solchen Frage sofort eine Position zu beziehen, ohne sie zuvor gründlich überprüft zu haben. Sie dann wieder aufzugeben, ist schwer klarzumachen.

Dies zeigt einmal mehr, daß wir weniger aus der Geschichte, als vielmehr aus dem, was in der Gegenwart vor sich geht, lernen müssen. Vielleicht hat gerade unsere starre Haltung die andere Seite dazu veranlaßt, auf der NATO-Mitgliedschaft Deutschlands zu bestehen. Dabei glaube ich nicht, daß die beiden Militärbündnisse auf Dauer lebensfähig sind. Und wenn sich der Warschauer Vertrag auflöst, der Gegner also nicht mehr vorhanden ist, hat auch die NATO ihre Existenzberechtigung verloren; es sei denn, man behält lediglich den Namen bei, verbindet damit aber ganz andere Inhalte.

Die Reformen in der Sowjetunion und die Lage in Osteuropa gehören wohl zu den schwierigsten aktuellen Problemen. Diesen Ländern steht offenbar ein sehr harter Winter bevor. Herr Teltschik erwähnte, daß die Sowjetunion ihre Energielieferungen an das Ausland reduziert habe. Nun, der Grund liegt in unserer eigenen äußerst angespannten Lage. Große Teile unserer Ernte verderben auch deshalb, weil es an Energie mangelt. Die Hauptursache liegt allerdings in unseren veralteten Wirtschaftsstrukturen. Aber unsere Bevölkerung ist durch diese Dinge doch stark beunruhigt. Ich bin, ehrlich gesagt, nicht sicher, ob wir diese Probleme allein lösen können.

Ich weiß nicht, ob Sie sich das Ausmaß unserer Probleme wirklich vorstellen können. Das betrifft nicht nur die Energieversorgung. In unseren Wirtschaftsbeziehungen finden drastische Veränderungen statt, und ich würde es für dringend geboten halten, eine europäische Wirtschaftskonferenz auf höchster Ebene einzuberufen, und zwar unter Beteiligung Westeuropas und der Europäischen

Gemeinschaft. Dies könnte für unser ganzes Reformprogramm und auch für die Entwicklung in Osteuropa entscheidend sein und sich auf Europa insgesamt auswirken.

Ich möchte betonen, daß ich hier nur meine persönliche Meinung äußere, die ich mit niemandem abgestimmt habe. Aber ich rechne fest mit einer positiven Reaktion in meinem Lande. Denn es stehen jetzt eine Reihe von Fragen auf der Tagesordnung, die in den nächsten Monaten entschieden werden müssen, während eine grundsätzliche Reform unserer Wirtschaft mit Einführung der Marktwirtschaft durchaus einige Jahre in Anspruch nehmen kann. Eine Reihe von Wirtschaftsproblemen sollte im September gelöst werden. Jetzt sind die Entscheidungen auf Oktober oder November vertagt worden, ohne daß ich sicher bin, daß wir dann die angemessene Lösung gefunden haben.

Was wir unmittelbar benötigen, ist Unterstützung bei unseren internationalen Verpflichtungen, insbesondere, was unsere außenwirtschaftlichen Beziehungen zu Osteuropa angeht. Deutschland ist, wie Sie wissen, wenn wir beide Teile zusammennehmen, unser weitaus größter Handelspartner. Auch über die Fortsetzung dieser Beziehungen müßte jetzt möglichst auf Regierungsebene entschieden werden. Nicht zuletzt davon hängen die weiteren Gestaltungsmöglichkeiten auf unserem Kontinent ab.

### **Meyer-Landrut**

Was die Fortgeltung von Verträgen der DDR mit der Sowjetunion angeht, so wurden darüber ja bereits Regierungsverhandlungen geführt mit durchaus positivem Ergebnis, wie ich meine. Trotzdem bleibt natürlich Ihre Forderung bestehen im Hinblick auf das gesamte Gebiet des früheren RGW, das heute so nicht mehr existiert.

### **Karaganow**

Ich möchte mit einer vielleicht nicht unstrittigen Feststellung beginnen. Eines der Probleme, denen sich die Sowjetunion in Europa gegenüber sieht, ist die Tatsache, daß wir wissen, was sich verändert hat und was wir verloren haben, ohne wirklich zu erkennen, in welche Richtung sich Europa entwickeln wird. Diese Frage war bereits im Frühjahr letzten Jahres aktuell und hat sich in meinen Augen jetzt dramatisch zugespitzt. Die NATO-Erklärung verschafft uns da zwar ein wenig mehr an Sicherheit, aber nicht unbedingt an Klarheit.

Gleichzeitig kompliziert sich die außenpolitische Lage der Sowjetunion immer mehr. Ich spreche jetzt nicht von der militärischen Seite, die ist ja bekannt. Aber in Osteuropa haben wir es nicht nur mit potentieller Instabilität zu tun, sondern müssen mit der Möglichkeit rechnen, daß die Stimmung dort in offene Feindschaft umschlägt. Das heißt nicht, daß von dorther unsere Sicherheit bedroht ist, obwohl das eine oder andere Land versucht sein könnte, auf die Situation in grenznahen Gebieten Einfluß zu nehmen. Aber die Entstehung eines Gürtels von Staaten, die uns nicht freundlich gesonnen sind, könnte sich auf die Sowjetunion psychologisch negativ auswirken, zumal bisher unklar ist, wie sich das europäische Sicherheitssystem weiterentwickeln wird, trotz einiger Pläne, die existieren.

Unklar ist zum Beispiel auch, wie sich die Situation in einzelnen Republiken der Sowjetunion zukünftig darstellen wird. Mit anderen Worten: Wir sehen uns einer durchaus paradoxen Situation gegenüber: Während wir uns von der Außenwelt nicht mehr bedroht fühlen, können die internen Spannungen in unserem Lande eine starke Beunruhigung auslösen, die dann wiederum auch nach außen strahlt.

Wir brauchen jetzt vor allem eine neue Europapolitik und eine neue Deutschlandpolitik, da sich die Situation dort grundlegend geändert hat. Ich selbst freue mich über die deutsche Einigung und meine, die Deutschen haben sie durchaus verdient. Aber wir müssen sehen, was da auf uns zukommt.

Lassen Sie mich zu Deutschland zunächst einige Fragen stellen, die mich bewegen. Das ist kein Zeichen von Mißtrauen, sondern ich vermag die Situation noch nicht deutlich zu übersehen. Wie sehen die Deutschen zum Beispiel ihre Politik gegenüber Osteuropa? Wir wissen, daß es NATO-Pläne gibt, die darauf hinauslaufen, den Einfluß der NATO auf osteuropäische Länder auszudehnen. Ähnliche Überlegungen werden auch von osteuropäischen Politikern unterstützt. Auch in Deutschland werden Ideen diskutiert, die einen verstärkten militärischen Einfluß Deutschlands zum Inhalt haben. Ich will diese Dinge nicht überbetonen; denn die Leute, die solche Vorstellungen äußern, sind nicht so überaus ernst zu nehmen. Dennoch würden wir gern wissen, wieweit Deutschland auf die Stabilisierung Osteuropas Einfluß nehmen will und wie die Deutschen die Rolle der NATO und anderer europäischer Organisationen bei diesem Prozeß sehen.

Eine weitere Frage betrifft die Schwerpunkte der künftigen deutschen Politik nach Osten und nach Westen, auch angesichts der Tatsache, daß jetzt eine neue Generation herangewachsen ist, die sich - im Gegensatz zu den hier Anwesenden - kaum noch an den kalten Krieg erinnern kann, vom heißen

Krieg ganz zu schweigen. Welche Auffassungen wird diese Generation der heute Dreißigjährigen in fünf Jahren vertreten? Wir müssen ja unsere Politik langfristig planen und deshalb wissen, wie die Fundamente aussehen, auf denen wir diese Politik aufbauen. Wie wird also die deutsche Politik in fünf Jahren aussehen? Natürlich sind Sie hier keine Hellseher, dennoch würde uns Ihre Antwort interessieren.

Wird beispielsweise das Interesse der deutschen Politik an der Fortführung des KSZE-Prozesses in Europa abnehmen, weil Deutschland ja inzwischen viele wichtige Ziele seiner Außen- und Innenpolitik erreicht hat? Wird sich das deutsche Interesse auf rein innerdeutsche Fragen beschränken und das Interesse am Bau eines gemeinsamen Europas erlahmen? Wie würde sich das auf andere westliche Länder auswirken? Ich glaube nicht, daß die USA, die wenig Zutrauen zum KSZE-Prozeß haben, über die Vorschläge, die in der NATO-Deklaration stehen, wesentlich hinausgehen werden.

Schließlich: Wie sehen unsere deutschen Kollegen die militärische Zukunft Deutschlands? Diesem Problem kommt im Augenblick keine große Bedeutung zu, aber ist nach wie vor ein Faktor in der europäischen Politik, zumal Deutschland mit der Zeit auch militärisch an Gewicht gewinnen wird. Zumindest verfolgen wir aufmerksam die Debatten, die in Deutschland zu diesem Thema geführt werden.

Wird die bisherige Defensivdoktrin beibehalten, oder strebt Deutschland danach, seinerseits mehr mobile Waffensysteme zu entwickeln, die auch in anderen Ländern eingesetzt werden können? Es gibt durchaus Gründe für diese Richtung; denn auch die Sowjetunion ist dabei, ihre Militärdoktrin in dieser Hinsicht zu ändern. Die Reformen werden wahrscheinlich zu einer starken Reduzierung unserer Streitkräfte führen, die aber qualitativ gleichermaßen für Angriff und Verteidigung ausgerüstet sein werden. Wenn Deutschland diesen Weg beschreitet, wird dies zweifellos Befürchtungen bei den Nachbarn auslösen. Deshalb müßte der Dialog darüber schon heute begonnen werden, um solche Sorgen gar nicht erst aufkommen zu lassen. Das heißt, die Militärreformen, die in unserem Land und in den NATO-Ländern durchgeführt werden, müssen aufeinander abgestimmt werden, damit sie Bestandteil einer gemeinsamen europäischen Sicherheitspolitik werden können.

Vor dem Hintergrund dessen, was sich in unserem Lande derzeit abspielt, wobei wir davon ausgehen, daß sich die Krise in den nächsten Monaten und Jahren noch verschärfen wird, beunruhigt meine Kollegen und mich eine historische Parallele. Wir bewegen uns in eine Richtung, in der sich Deutschland vor 1933 befunden hat abgesehen einmal von jenem ungerechten Versailler Vertrag. Wenn auch die Diskussion über die Außenpolitik in unserem Lande nicht so viel Gewicht hat wie die über die Innenpolitik, so ist es für uns doch sehr wichtig, eine Vorstellung davon zu haben, welchen Weg Europa in seiner Beziehung zur Sowjetunion gehen und welche Entwicklung das europäische Sicherheitssystem nehmen wird. Wenn wir die neue Rolle Deutschlands im europäischen Sicherheitssystem bedenken, dann scheint mir, daß Deutschland den Schlüssel dafür in der Hand hält, ob es für die Sowjetunion zu einem System à la Versailles kommen wird oder nicht.

### **Eekelen**

Wir haben bereits einiges über Geschichte gehört. Mir erscheint Geschichte mitunter als die Darstellung von Ereignissen, die nicht stattgefunden haben, durch Personen, die nicht dabei waren. Doch hier haben wir zumindest einige Personen, die bei den jüngsten Ereignissen zugegen waren.

Herrn Falin möchte ich sagen, daß historisch gesehen der Ausbruch eines dritten Weltkrieges nie wirklich gedroht hat. Deshalb sollte man auch nicht darüber reden. Wie Herr Meyer-Landrut bin ich ebenfalls der Auffassung, daß es vornehmlich die Existenz der Atomwaffen war, die beide Supermächte veranlaßte, in ihren gegenseitigen Beziehungen äußerst vorsichtig zu agieren. Von daher bin ich der Ansicht, daß die Atomwaffen auch in Zukunft eine gewisse Rolle als letzte Abschreckungsmöglichkeit spielen sollten. Auch in der Sowjetunion kommen einige Leute zu dem Schluß insbesondere angesichts der Tatsache, daß die Sowjetunion dabei ist, alle ihre Streitkräfte auf ihr eigenes Territorium zurückzuziehen-, daß man einige Atomwaffen als eine Art Rückversicherung behalten sollte, natürlich auf einem wesentlich niedrigeren Niveau und mit entsprechenden Übereinkünften.

Bei der gegenwärtigen Diskussion in der Sowjetunion habe ich manchmal den Eindruck, daß Gorbatschow im Ausland populärer ist als in seinem eigenen Land. Bei uns gibt es zweifellos sehr viel Sympathie für das, was er zu erreichen versucht. Aber wenn Sie über den bevorstehenden harten Winter sprechen, dann können Sie kaum auf rechtzeitige westliche Hilfe rechnen, ungeachtet der Tatsache, daß die grundlegenden Reformfragen von Ihnen selbst entschieden werden müssen.

Damit komme ich zu dem Begriff des gemeinsamen europäischen Hauses. Wie Herr Froment Meurice bin auch ich der Meinung, daß ein Konzept, das lediglich "vom Atlantik bis zum Ural" reicht, zu beschränkt ist. "Wladiwostok bis San Francisco" ist zweifellos eine bessere Perspektive. Aber ist diese Perspektive mit der Vorstellung eines gemeinsamen europäischen Hauses vereinbar? Das scheint mir doch ein wenig widersprüchlich. Doch welches Modell bietet sich dann für das gemeinsame europäische Haus an? Bislang ist sich ja die Sowjetunion nicht einmal über ihren eigenen Reformkurs im klaren, was beispielsweise die Stellung der einzelnen sowjetischen Republiken anbetrifft. Welche Position sollen denn etwa die baltischen Republiken oder auch andere sowjetische Republiken in dem gemeinsamen europäischen Haus einnehmen?

Ungeachtet dessen, was im gesamteuropäischen Kontext geschieht, hoffe ich, daß die westeuropäische Integration weitergeht. Ich setze auf einen Annäherungsprozeß, bei dem die wirtschaftliche Dimension, mit der wir in den fünfziger Jahren begannen und der die außenpolitische Dimension in den siebziger Jahren hinzugefügt wurde, nun durch weitere Bereiche ergänzt wird: Umwelt, Währung und hoffentlich auch Sicherheit. Im Hinblick auf die europäische Sicherheit könnte zum Beispiel die Westeuropäische Union (WEU) den europäischen Pfeiler der NATO ergänzen. Ich trete dafür ein, daß die WEU in den Prozeß der Europäischen Union eingepaßt und nicht der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) zugeordnet wird. Das wäre ein Schritt zurück; denn mittlerweile spielen unsere Verteidigungsminister eine bedeutende Rolle in diesem Prozeß.

Eine abschließende Bemerkung zur Frage der europäischen Sicherheit im allgemeinen. Herr Teltschik hat hier ein umfassendes Bild von einer möglichen Institutionalisierung der KSZE gegeben. Das ergibt dann so eine Art Regenschirmfunktion, bei der die bestehenden Organisationen eine wichtige Rolle spielen können und sollten. Dazu gehören eine Art von Sekretariat und regelmäßige Konferenzen auf verschiedenen Ebenen, so daß jeder die Dinge zur Sprache bringen kann, die ihm wirklich wichtig sind.

Ich bin auch der Auffassung, daß der Europarat in Straßburg im dritten Korb des Helsinki-Prozesses seinen Part spielen sollte. Ebenso gilt, daß die Europäische Gemeinschaft Hauptadressat für den Wirtschaftskorb ist. Theoretisch wäre es wohl möglich, daß die Genfer UN-Wirtschaftskommission für Europa für den Wirtschaftskorb in Europa zuständig ist, ich meine aber, daß sie dafür angesichts der Aufgaben für die Europäische Gemeinschaft überfordert ist. Die Europäische Kommission der EG kann jedoch eine wichtige Koordinationsrolle im Hinblick auf die Gruppe der 24 spielen.

Nun zur eigentlichen Sicherheit. Wir werden im November den CFE-Vertrag unterzeichnen. Das ist sicher die Grundlage für alles, was danach kommt. Ich bin sehr froh, daß bei den New Yorker Treffen wichtige Abmachungen erreicht wurden. CFE wird auch die Voraussetzung für die Verifikation schaffen. Das gibt der Sicherheit in Europa eine größere Transparenz. Hinzu kommen die vertrauensbildenden Maßnahmen. All dies wird die Vorwarnzeiten erheblich verlängern, wenn Gefahr im Verzuge ist.

Dennoch haben wir es hier noch nicht mit einem System kollektiver Sicherheit zu tun. Die entscheidende Frage bleibt: Wie verhalten wir uns in einer Situation, in der trotz all dieser Abmachungen irgendein Land aus diesem Netz von Beziehungen ausbricht? Wie gehen wir damit im KSZE-Zusammenhang um? Das dürfte recht schwierig sein, weil die KSZE so eine Art von Mini-UNO darstellt, die auf Konsens aufbaut. Wie geht man also mit einem oder mehreren Ländern um, die Abmachungen brechen? Sie werden sich sicher dem Konsens entziehen, wenn man dann versucht, die Situation in den Griff zu bekommen.

Deshalb plädiere ich dafür, daß wir im Westen auf jeden Fall an der NATO als Basis für unsere Sicherheit festhalten. Ich bin aber sicher, Herr Karaganow, daß wir die NATO nicht ausweiten werden. Ich glaube, das will niemand. Ich bin auch nicht der Meinung, daß die NATO eine Rolle außerhalb des NATO-Bereichs spielen sollte. Dies nicht nur wegen unserer eigenen Schwierigkeiten, sondern auch weil die Länder der dritten Welt nicht sehr davon angetan wären, wenn die NATO in ihrem Gebiet operieren würde.

In der Irak-Kuwait-Krise leisten wir einen europäischen Beitrag über die Westeuropäische Union, natürlich abgestimmt mit den Vereinigten Staaten und den arabischen Ländern - und mit allen anderen Ländern, die an den Aktionen beteiligt sind. Das ist wahrscheinlich auch in Zukunft der beste Weg. Wir müssen uns jedoch bewußt sein, daß die Sowjetunion oder Rußland auf jeden Fall die größte Militärmacht auf unserem Kontinent bleiben wird. Von daher besteht die objektive Notwendigkeit, dieses militärische Potential, insbesondere seine atomare Schlagkraft, auszugleichen. Ich betrachte also die KSZE als den Schirm; aber unter diesem Schirm werden die bestehenden Organisationen auch in Zukunft eine wichtige Rolle spielen.

## **Blagovolin**

Der 3. Oktober ist nicht nur ein Festtag und ein großes Ereignis für das deutsche Volk, sondern er ist vor allem ein Sieg der Vernunft. Daß in der Sowjetunion nicht alle Menschen diese Gefühle teilen, ist aus historischem Grunde sicher verständlich. Hinzu kommt, daß wir leider in einem Land leben, in dem es die Vernunft nicht immer leicht hat - ob es nun um die Einführung des Mehrparteiensystems geht oder um den Übergang zur Marktwirtschaft oder um die Entwicklung zu einer normalen zivilisierten Gesellschaft. Das ist der Preis, den wir für unsere Vergangenheit zu zahlen haben. Damit müssen wir leben.

Herr Weidenfeld hat zu Recht darauf hingewiesen, daß für die Zukunft in Europa eine Zusammenarbeit in den traditionellen Formen nicht mehr genügt. Vielmehr brauchen wir tief ergehende gegenseitige Bindungen. Deshalb müssen wir auf beiden Seiten bestrebt sein, eine Zusammenarbeit auf höherem Niveau zu erreichen. Das stellt besonders die Sowjetunion vor große Probleme. Aber wenn wir Teil der zivilisierten Welt werden wollen, müssen wir gemeinsam versuchen, uns den Weg zur Integration in Europa zu öffnen.

Was die Beziehungen auf militärischem Gebiet betrifft, so geht es auch da um eine neue Qualität der Zusammenarbeit mit Europa und den USA. Erreichen wir in dieser Hinsicht keine Übereinstimmung, dürfte sich das auch auf alle anderen Bereiche negativ auswirken und eine Erweiterung und Vertiefung der Zusammenarbeit ernsthaft behindern. Deshalb müssen wir über die herkömmlichen Verhandlungen hinaus zu neuen Formen der militärischen Kooperation gelangen. So sind viele Prinzipien der Rüstungskontrolle unter den heutigen Bedingungen völlig veraltet, so daß wir neue Methoden finden müssen, auch im Hinblick auf die in Kürze zum Abschluß kommenden Wiener Verhandlungen. Dies ist ein unumgänglicher Schritt, ohne daß damit schon alle unsere Probleme gelöst sind.

Das wichtigste Ziel bleibt indes die Veränderung der Strukturen unserer Streitkräfte und die damit verbundene Strategie. Mit einem Wort: Es bedarf einer totalen Wandlung unserer Beziehungen im militärischen Bereich.

Von besonderer Bedeutung in diesem Zusammenhang ist die wachsende Bedrohung von außerhalb Europas. Der Konflikt am Persischen Golf ist nur der Anfang. Wir sehen uns einer ganz neuen globalen Situation gegenüber, in der regionale Konflikte zu einer weltweiten Bedrohung werden können. Von solchen regionalen Konflikten hängen nicht nur unsere gegenwärtigen Abrüstungs- und Entspannungsbemühungen ab, sondern womöglich das Schicksal der gesamten Zivilisation. Darauf müssen wir vorbereitet sein, und ich stimme Herrn Froment Meurice zu, daß wir angesichts dieser Entwicklung nicht ohne Waffen dastehen dürfen.

Wie paßt es also zusammen, daß wir einerseits flexible, mit allem Notwendigen ausgerüstete Streitkräfte brauchen, andererseits aber die Abrüstung voranbringen wollen, um ein niedrigeres Rüstungsniveau zu erreichen? Ich sehe hier nur den Weg einer tiefgreifenden Zusammenarbeit, vielleicht sogar einer Integration auf militärischem Gebiet. Es gibt auch keinen Grund anzunehmen, daß sich die NATO überlebt hat. Im Gegenteil, sie wird noch lange Bestand haben. Deshalb müssen wir nach Möglichkeiten gemeinsamen Handelns mit der NATO suchen.

Für die zukünftige europäische Sicherheitsstruktur werden die NATO und die sicher um politische und militärische Funktionen erweiterte Europäische Gemeinschaft wichtige Faktoren sein. Auch die Institutionen der KSZE werden an Gewicht gewinnen. Alle diese komplexen Sicherheitsmechanismen müssen miteinander in Einklang gebracht werden, ein Thema, das zweifellos noch die nach uns kommende Generation beschäftigen wird.

Ich glaube, daß die Konfrontation zwischen Ost und West in der Tat beendet ist. Das einzige, was diesen Prozeß noch gefährden könnte, wäre, wenn sich in unserem Lande Dinge ereignen, die bei uns zu einem tragischen Rückschlag führen würden. Darin könnte ein ernsthaftes Hindernis auf dem Weg zu qualitativ neuen Beziehungen liegen. Ich meine, wir selbst und unsere westlichen Partner sollten alles tun, damit das nicht geschieht; denn das liegt in unser aller Interesse. Natürlich müssen wir dabei die Hauptlast tragen. Aber es bedarf gemeinsamer Anstrengungen, um diese Aufgabe zu lösen.

## **Senghaas**

Herr Teltschik sprach von der Chance eines dauerhaften Friedens. Er betonte das Dauerhafte und setzte diese Kategorie ab von den wechselnden Phasen der Entspannung und der Konfrontation. Die Frage ist: Wenn man dieses neue Europa nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes unter diesem Aspekt analysiert, was sind dann eigentlich die Bausteine einer solchen dauerhaften Friedensstruktur?

Ich nenne dazu vier Bausteine. Der erste Baustein ist mit dem Stichwort Rechtsstaatlichkeit, konstitutionelle Demokratie, liberale Demokratie zu bezeichnen: Wenn es in Europa vom Atlantik bis zum Ural nur noch Rechtsstaaten geben wird, dann ist das eine einmalige Situation, die es so noch nie in der europäischen Geschichte gegeben hat.

Ich erinnere nur daran, daß die Lage in den zwanziger Jahren in Europa eine ganz andere war. Da gab es gleichzeitig konstitutionelle Demokratien, Militärdiktaturen, faschistische Regime, profaschistische Regime, sozialdemokratische Regierungen, Volksfrontregierungen und so weiter. Angesichts der Fülle dieser unterschiedlichen politischen Orientierungen war es seinerzeit unmöglich, einen gemeinsamen politischen Nenner für eine europäische Ordnung zu finden. In dem neuen Europa jenseits des Ost-West-Konfliktes dagegen ist dieser gemeinsame Nenner, was die innere politische Ordnung angeht, den ich mit Rechtsstaatlichkeit umschreiben möchte, vorstellbar und, was noch wichtiger ist, durchaus realisierbar.

Zweitens. Nun übersetzt sich die Rechtsstaatlichkeit allein keineswegs immer und schon gar nicht automatisch in eine Friedensstruktur. Auch Rechtsstaaten können die ihnen zugrunde liegenden Prinzipien mißachten und zu gewalttätiger Außenpolitik Zuflucht nehmen. Um das zu verhindern - das ist unsere westeuropäische Erfahrung-, müssen sich diese Rechtsstaaten verklammern und institutionell vernetzen. Derartige Netze der Kooperation können heute in Europa etwa durch eine Ausweitung des Europarates, durch die Institutionalisierung der KSZE, durch die Europäisierung der EG und durch viele andere Organisationen entstehen, wobei die Vernetzung nicht nur auf der diplomatisch-staatlichen Ebene, sondern auch auf der substaatlich-gesellschaftlichen Ebene stattfinden sollte. Durch eine solche Entwicklung sich ausweitender gegenseitiger Abhängigkeiten der europäischen Staaten untereinander wird die Wahrscheinlichkeit militärischer Auseinandersetzungen praktisch gleich Null, Kriege als Mittel der Politik werden eliminiert.

Ein Vergleich der künftigen KSZE im Hinblick auf neue europäische Kooperationsstrukturen mit den Erfahrungen des Völkerbundes oder der UNO in den vergangenen vierzig Jahren scheint mir insofern für dieses entstehende Europa unzutreffend, weil dieses Europa schon in den nächsten zehn Jahren eine sehr viel stärkere politische Integration und erhebliche Interdependenzen in einem relativ homogenen Rechtsraum, möglicherweise auch in einem sich entwickelnden Wirtschaftsraum aufweisen wird, die es weder im Rahmen des Völkerbundes noch im Rahmen der UNO gegeben hat, da nun einmal die Heterogenität der dort Beteiligten extrem groß ist. Die relative Homogenität dieses künftigen Europas bietet die Chance, wesentlich mehr an gemeinsamer Plattform zu erreichen, als es im Kontext der UNO oder noch früher des Völkerbundes je möglich war.

Der dritte Baustein einer Struktur dauerhaften Friedens in Europa, der heute sicher wesentlich wichtiger ist als im neunzehnten oder frühen zwanzigsten Jahrhundert, läßt sich mit ökonomischer Ausgleich umschreiben. Herr Teltschik hat daraufhingewiesen. Nun wird es zwischen Westeuropa und Osteuropa sicher nicht zu einer ökonomischen Nivellierung kommen. Das zu unterstellen oder zu fordern wäre unrealistisch. Aber zumindest sollte sich die Kluft zwischen diesen Ländern nicht vertiefen. Denn sowohl aus historischen wie aus aktuellen Zusammenhängen wissen wir, daß dort, wo diese ökonomische Kluft zunimmt, dramatische politische Konflikte entstehen können, zumal, wenn es sich bei den Beteiligten um mobile, leicht politisierbare Gesellschaften handelt. Genau einer solchen Situation sehen wir uns jedoch in Europa gegenüber.

Von daher halte ich eine neue Entwicklungspolitik, jetzt bezogen auf Osteuropa, für dringend erforderlich: Aus den schlechten Erfahrungen mit der bisherigen Entwicklungspolitik im Nord-Süd-Zusammenhang lassen sich sicher viele positive Lehren ziehen.

Den vierten Baustein würde ich mit Empathie umschreiben, also mit der Fähigkeit, sich in die andere Seite hineinzusetzen und auch aus solcher Perspektive ein umfassendes Problemverständnis zu gewinnen. Im Amerikanischen spricht man von "responsiveness", das heißt: Es kommt darauf an, die Lage des anderen nachzuempfinden und korrekt wahrzunehmen und auf ihn zuzugehen. Das ist das Gegenteil von nationalistischer Selbstgewißheit und Arroganz oder gar chauvinistischer Abkapselung.

Diese vier Bausteine zusammen sind, so meine ich, wichtig, um das zu erreichen, was Herr Teltschik als dauerhafte Friedensstruktur bezeichnet hat und dies nicht in zwanzig, dreißig, vierzig Jahren, sondern in einem Zeitraum von einem Jahrzehnt. Ich möchte hinzufügen, daß diesem künftigen Europa weniger kriegerische Gefahren klassischer Natur drohen, als vielmehr - darauf wurde bereits hingewiesen - ethnonationalistische Konflikte, die meist im Inneren der Gesellschaften virulent sind, aber durchaus auch auf zwischenstaatliche Beziehungen überschwappen können. Ich erwähne nur beispielhaft für mindestens zwanzig potentielle und aktuelle Konfliktfelder die derzeit noch nicht virulenten Auseinandersetzungen zwischen der Slowakei und Ungarn hinsichtlich der ungarischen

Minorität in der Slowakei und die heftigen Konflikte im Kosovo zwischen serbisch- und albanischstämmiger Bevölkerung.

Diese Probleme müßten bei der Institutionalisierung der KSZE gebührend berücksichtigt werden. Das geplante Konfliktzentrum, das sich mit den klassischen militärischen Problemlagen beschäftigen soll - Abrüstung, Vertrauensbildung, Rüstungskontrolle, Verifikation, Inspektion-, ist sicher sehr wichtig; aber für genauso wichtig halte ich, daß die ethno-nationalistischen Konflikte zum Gegenstand gesamteuropäischer Politik werden, wenn sich dieses Europa nicht an vielen Stellen chronisch zerstreiten soll. Denn aus allen Konfliktanalysen wissen wir, daß dort, wo Konflikte bilateral angelegt sind, eine Eskalation fast unabwendbar ist und daß dabei die Fähigkeit, die Position des anderen zu verstehen, und die Bereitschaft zum Kompromiß verlorengehen. Und wie ungeheuer schwierig ist es, einen einmal eskalierten Konflikt wieder zu deeskalieren!

Deshalb ist eine Multilateralisierung bei der Bearbeitung ethno-nationalistischer Konflikte erforderlich, um überhaupt eine konstruktive Konfliktbearbeitung zu ermöglichen, zumindest um Konfliktlösungen von außen anzubieten. Dafür halte ich den KSZE-Rahmen oder einen institutionellen Unterrahmen innerhalb der KSZE für ganz wesentlich, damit für aktuelle und potentielle Konflikte dieser Art rechtzeitig positive Lösungen gefunden werden können.

### **Kornblum**

Ich habe mit Interesse vernommen, mit welcher Selbstverständlichkeit man in diesem Kreis davon ausgeht, daß die Vereinigten Staaten ein wesentlicher Bestandteil der neuen europäischen Sicherheitsstruktur sein werden. Das ist für uns natürlich sehr schmeichelhaft. Aber es hat uns niemand gefragt, ob wir denn überhaupt Teil dieser neuen Struktur sein wollen. Angesichts der wesentlichen Veränderungen, die stattgefunden haben, sollten nicht nur Europäer und Sowjets zu dem Schluß kommen, daß, wie man jetzt vielerorts hört, eine stabile und dauerhafte europäische Ordnung Nordamerika einschließen muß, sondern die Vereinigten Staaten müßten selbst zu dem Ergebnis kommen, daß sie Teil dieser neuen Struktur sein wollen.

Es gibt gegenwärtig in Europa eine Denkschule, die in der Tat davon ausgeht, daß eine Beteiligung der USA selbstverständlich ist. Diese Schule baut auf der historischen Erfahrung auf - obwohl wir ja, wie wir hier gehört haben, der Geschichte nicht allzusehr trauen sollten-, daß eine Großmacht wie die Vereinigten Staaten die einmal erreichten Macht- und Einflußpositionen nicht aufgibt. Deshalb hält man es für selbstverständlich, daß wir ein Hauptakteur bleiben, wie immer sich die Dinge entwickeln. Diese Grundvoraussetzung muß aber nicht unter allen Umständen zutreffen.

Die Vereinigten Staaten haben eine sehr starke Stellung in Europa - manche mögen sogar von Hegemonie sprechen-, aber daraus folgt keineswegs, daß wir das so aufrechterhalten wollen. Wenn wir uns die gegenwärtige Diskussion in meinem Land vor Augen führen und dabei die Tatsache berücksichtigen, daß die Haushaltslage besonders ernst ist, dann wird deutlich, daß die Diskussion über das auswärtige Engagement der Vereinigten Staaten nicht auf die leichte Schulter genommen werden sollte.

Ein zweiter sehr wichtiger Punkt betrifft die Veränderungen, die in Europa stattgefunden haben. Ich stimme mit Herrn Falin überein - das mag manchen hier überraschen-, daß bei einigen Leuten so etwas wie Nostalgie nach den Zeiten von Teilung und Konfrontation aufkommt. Damals wußte man wenigstens, woran man war. Heute dagegen ist alles im Wandel begriffen. Das gilt für die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen genauso wie für die EG.

Die EG gründet auf Beziehungen, die während einer Periode der Teilung entstanden. Wenn diese Teilung erst einmal überwunden und das Zentrum Europas wiedererstandene ist, dann wird es durchaus unterschiedliche Vorstellungen über Beziehungen und Machtverhältnisse geben. Eines der derzeitigen Ziele der amerikanischen Politik besteht in dem Versuch, die amerikanische Rolle in Europa den neuen Gegebenheiten anzupassen.

In diesem Zusammenhang ist zu sehen, daß die Wiederherstellung Mitteleuropas zu neuen Machtverhältnissen in ganz Europa führt. Was wir jetzt berücksichtigen müssen, ist die sich entwickelnde Dreierbeziehung zwischen den Vereinigten Staaten, der Sowjetunion und Deutschland. Wieviel wir auch immer über Integration reden, es werden diese drei Mächte sein - ich rede jetzt über Perspektiven-, die die künftige Machtstruktur bilden werden. Zumindest in den Köpfen mancher Leute hat jede dieser drei Mächte die Option, allein mit einem der beiden anderen zu gehen.

Natürlich ist es ohne weiteres vorstellbar, daß die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion eine bilaterale Schiene bilden. Dies würde unser Engagement in Europa sehr viel weniger notwendig machen. Weltweit hat sich dies bereits ausgewirkt. Wir arbeiten schon heute in Afrika, in Asien oder

wo immer besser zusammen, als das je in der Geschichte der Fall war, und es gibt keinen Grund anzunehmen, daß wir auf dieser Linie nicht fortfahren werden.

Es ist jedoch ebenso möglich - derartige Gedanken klangen hier auch an-, sich eine Situation in Europa vorzustellen, in der die Sowjetunion und Deutschland der Meinung sind, daß sie stärker von bilateralen Beziehungen profitieren können. Ich sage nicht, daß das so geschieht, aber es ist eine mögliche Konstruktion.

Schließlich ist denkbar, angesichts möglicher Ereignisse in der Sowjetunion und in Osteuropa - wir haben hier einiges darüber gehört-, daß sich Deutschland und die Vereinigten Staaten entschließen, den Versuch, die Sowjetunion in die europäische Struktur einzupassen, als zu schwierig aufzugeben und dafür lieber als Motor der westlichen Integration zu fungieren.

Jede Konstellation in diesem Dreieck ist zumindest vorstellbar, ohne daß ich damit irgendeine Prognose abgebe. Entscheidend wird sein, ob es gelingt, diese drei Seiten in eine Struktur einzufügen. Und da bin ich in der Tat der Meinung, daß die Atlantische Allianz hierbei eine wichtige Rolle spielen wird. Die Londoner Erklärung der NATO - darauf ist bereits verschiedentlich hingewiesen worden - stellt nicht nur ein Versprechen dar, sich um eine neue Strategie angesichts der Veränderungen in Europa zu bemühen. Es handelt sich vielmehr um eine grundlegende Neudefinition dessen, was die NATO ist. Aus einer Allianz von Ländern, die sich gegen etwas verteidigen, ist ein Bündnis geworden, das den früheren Gegnern die Hand reicht und versucht, neue Strukturen aufzubauen.

Einen Prüfstein für das Ganze sehe ich darin, ob sowohl die Sowjetunion als auch die Vereinigten Staaten begreifen, daß die atlantische Struktur sich wesentlich verändern wird, und zwar in der Weise, daß diese drei Komponenten des Dreiecks tatsächlich zusammenkommen. Wir haben da von unserer Seite den Vorschlag unterbreitet, der von den östlichen Ländern sofort aufgegriffen wurde, Verbindungsbüros zur NATO einzurichten. Die Sowjetunion war eines der ersten Länder, die das getan hat. Inzwischen haben alle Länder des Warschauer Paktes Botschafter bei der NATO akkreditiert. Wir nehmen das sehr ernst. Wir wollen damit eine direkte Verbindung zwischen den Vereinigten Staaten, Westeuropa und der Sowjetunion über die wesentlichen Fragen schaffen.

Auf diese Weise könnten wir sicherstellen, daß die drei Seiten dieses Dreiecks tatsächlich zusammenbleiben. Natürlich sind damit noch eine Menge Probleme verbunden, und ich will auch nicht behaupten, daß die Sache in jedem Fall erfolgreich sein wird.

Ein Hauptproblem betrifft nicht die Ost-West-, sondern die West-West-Beziehungen. In manchen Ländern wird die veränderte Rolle der NATO als Bedrohung für die politische und militärische Zusammenarbeit in Europa verstanden. Von daher wird es eine sehr offene Diskussion im Westen darüber geben, wie denn die westlichen Strukturen aussehen sollen. Und ich kann Ihnen versichern, wenn die westliche Konzeption darauf hinausläuft, daß die NATO mit amerikanischem Schutz nur so lange gut ist, bis Europa auf eigenen Füßen stehen kann, werden die Vereinigten Staaten nicht sehr lange an der NATO interessiert bleiben, zumindest dann nicht, wenn sich diese Vorstellung in den USA verbreitet.

Es wird sich also eine sehr komplexe Diskussion auf westlicher Seite ebenso wie zwischen Ost und West ergeben, wie die Rollen verteilt werden. Darauf hat Herr Senghaas bereits hingewiesen. Wir müssen uns über diese Rollen ganz klarwerden. Doch ich will zugleich feststellen, daß die NATO für die überschaubare Zukunft bevor sich irgendwelche europäischen Strukturen herausgebildet haben - der Ort sein wird, insbesondere wenn die Sowjetunion weiterhin an NATO-Kontakten interessiert bleibt, wo die USA nicht nur präsent sind, sondern auch operativ tätig werden. Denn anderenfalls würde die amerikanische Rolle zunehmend theoretisch werden. In dem Maße aber wie die militärische Konfrontation zurückgeht, wird sich der Schwerpunkt der amerikanisch-europäischen Beziehungen weniger auf diese operativen Strukturelemente richten, sondern vielmehr auf die wirtschaftliche Konkurrenzsituation. In dem Falle wird es beträchtliche Schwierigkeiten geben.

Wir befinden uns also in einer Phase, in der die Strukturen überdacht und umgebaut werden müssen. Dies geschieht innerhalb der NATO auch sehr entschieden. Aber man muß auch sehen, daß eine ständige amerikanische Beteiligung nur möglich ist, wenn die Amerikaner auf Dauer eine Rolle in der NATO spielen.

### **Citron**

Angesichts der sehr positiven Äußerungen in diesem Kreis zur deutschen Einigung möchte ich noch einmal zum Ausdruck bringen, wie groß in Deutschland die Dankbarkeit für die Partner in West und Ost ist, daß sie diesen Prozeß ermutigt und ermöglicht haben. Die Vereinigung Deutschlands mit

Zustimmung der Partner, das ist eine völlig neue Erfahrung. Herr Karaganow hat gefragt, wie die junge Generation darauf reagieren wird. Ich meine, allen politischen Kräften in beiden Teilen unseres vereinten Landes ist bewußt - das wurde auch in den Debatten im Bundestag und in der Volkskammer deutlich-, daß uns daraus eine hohe Verpflichtung für die Zukunft erwächst und wir bereit sein müssen, mehr Verantwortung zu übernehmen.

Das gilt zum Beispiel für die Europäische Gemeinschaft. Es kommt für uns darauf an, zusammen mit Frankreich die Europäische Gemeinschaft zum Stabilitätsanker für das größere Europa zu machen. Wir wollen auch den gesamteuropäischen Prozeß stärken. Das gilt besonders für die KSZE; Herr Senghaas hat die Notwendigkeit der Institutionalisierung in verschiedenen Bereichen erwähnt. Natürlich wollen wir in diesen Prozeß auf jeden Fall die Vereinigten Staaten - ebenso wie die Sowjetunion miteinbeziehen. Denn für die Stabilität und die künftige Rolle Europas sind die USA nicht nur für die NATO von größter Bedeutung, sondern gleichermaßen für die KSZE-Entwicklung und für die Lösung globaler Fragen. Diese Partnerschaft mit den USA - und ich antworte hier auf Herrn Kornblum - ist für Europa von größter Bedeutung.

Was die Verantwortung für die Lösung der globalen Probleme angeht, so wird uns immer mehr bewußt, daß sich Europa nicht darauf beschränken darf, seine internen Spannungen - etwa die Konflikte zwischen ethnischen Minderheiten - zu lösen, sondern daß es sich auch um die globalen Probleme zu sorgen hat. Das heißt, das Bewußtsein nimmt zu, daß wir alle in einem Boot sitzen und die globalen Probleme Umwelt, Seuchen, Terrorismus, Drogen, um nur einige Themen zu nennen - nur gemeinsam lösen können.

Herr Karaganow hat die zukünftige militärische Entwicklung angesprochen. Ich meine, die bewußte Entscheidung der Bundesregierung, die Streitkräfte auf 370 000 Mann zu begrenzen, verbunden mit der Bereitschaft, im Rahmen der weiteren Verhandlungen noch niedriger zu gehen, ist ein deutliches Zeichen. Außenminister Genscher spricht von einer Politik des guten Beispiels. Wir möchten dazu beitragen, die militärische Komponente in Europa insgesamt zu verringern. Wir begrüßen deshalb die Londoner Erklärung der NATO, die in der Tat eine Botschaft der ausgestreckten Hand, der Kooperation, enthält.

Ich selbst habe vor 15 Jahren in der NATO Dienst getan. Das, was wir heute erleben angefangen von den diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion und den Staaten Mittel- und Osteuropas, der kontinuierliche Dialog über Sicherheitsfragen und so weiter-, stellt uns vor eine völlig neue Situation. Herr Senghaas sprach zu Recht von einer Vernetzung Europas. West und Ost haben auf einmal gemeinsame Interessen. Von einer Konversion des Denkens ausgehend kommen wir zu einer Konversion der Rüstung, und wir wissen, daß wir auch diese Probleme nur gemeinsam lösen können. Ich stimme Botschafter Froment Meurice zu, wenn er davor warnt, die bei uns frei werdenden Rüstungskapazitäten nun für Rüstungsexporte in alle Welt zu nutzen, und daß wir gemeinsam zu einer Begrenzung der Rüstungsexporte kommen müssen.

Es gibt also eine Fülle gemeinsamer Aufgaben. Dazu gehört auch die Bereitschaft, ökonomische Hilfe für die Länder Osteuropas zu leisten. Die Gruppe der 24 hat hier bereits erste Schritte unternommen; weitere Bemühungen sind notwendig. Gerade in Deutschland ist man sich sehr bewußt, daß die Sowjetunion zu diesem Europa gehört. Deshalb sollte sie, wie Herr Teltschik gesagt hat, auch an den internationalen Wirtschaftsorganisationen teilhaben.

### **Steinbach**

Herr Karaganow fragte nach einer möglichen zukünftigen deutschen Politik gegenüber Osteuropa, insbesondere gegenüber der Sowjetunion.

Ich bin der einzige Ex-DDR-Bürger in dieser Runde und möchte von daher zwei Punkte nennen, die in der zukünftigen deutschen Politik gerade in Richtung Osteuropa und Sowjetunion eine Rolle spielen sollten.

Erstens: Ich denke, daß das vereinte Deutschland nicht nur eine erweiterte Bundesrepublik ist, sondern daß es durch die Vereinigung nördlicher, östlicher und protestantischer geworden ist. Mit den 16 Millionen Ex-DDR-Bürgern kommt eine Bevölkerung hinzu, die in 40 Jahren spezielle Erfahrungen mit Osteuropa und auch mit der Sowjetunion gesammelt hat, die sich mittel- und längerfristig positiv auswirken werden. Tausende ehemaliger DDR-Bürger haben in Osteuropa studiert, sie verfügen über entsprechende Sprachkenntnisse und wissen um die wirtschaftliche Situation und kulturelle Mentalität in Osteuropa. Zugleich steht die ostdeutsche Wirtschaft in den fünf neuen Bundesländern vor einem radikalen Wandel. Für die strategische Neuorientierung unserer Ökonomie spielen die osteuropäischen Märkte eine entscheidende Rolle.

Ich behaupte sogar, nur mit dem Blick nach Osteuropa und entsprechenden Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen werden die fünf neuen Bundesländer sich in die Weltwirtschaft integrieren können. Ein vereintes Deutschland mit dieser Ausrichtung stabilisiert auch die wirtschaftlichen Neustrukturierungen im ehemaligen COMECON-Bereich.

Zweitens: Wir sprachen über den zu Ende gehenden Ost-West-Konflikt. Zugleich werden jetzt in Ost- und Südosteuropa enorme Probleme sichtbar. Eine Art Nord-Süd-Dimension überlagert den zerbröckelnden Ost-West-Konflikt. Ich nenne nur die Nationalitätenproblematik. Des Weiteren die Migrationsprobleme, die auch für Deutschland und für Westeuropa zunehmen werden. Hinzu kommen ökologische und technologische Probleme. Ich darf daran erinnern, daß in Osteuropa noch zahlreiche Kernkraftwerke tschernobylscher Bauweise Strom produzieren.

Worum es mir geht, ist, daß die zunehmenden Probleme in Ost- und Südosteuropa grenzüberschreitend auch nach Westeuropa hineinwirken.

Das heißt: Stabilität und eine vernünftige Lösung beziehungsweise Regulierung der kurz angerissenen Problemstellungen liegen im ureigensten Interesse der Deutschen. Die Entwicklung in Osteuropa - insbesondere in der Sowjetunion - wird immer mehr zu unserer eigenen Entwicklungsbedingung. Wir sind also auch existentiell abhängig von Osteuropa. Aus dieser Logik heraus werden sich Deutschland und die Europäische Gemeinschaft für einen neuen Marshallplan Richtung Osteuropa entscheiden müssen. Dieses Eigeninteresse allein erfordert schon, ja erzwingt eine neue Politik. Ohne die schon geforderte neue Entwicklungspolitik wird es keine vernünftige Integration geben.

Auch wenn meine beiden Argumente sicherlich einleuchten, der Durchbruch im gesamteuropäischen Denken steht noch bevor. Von den Westeuropäern sind hier neues Denken und Handeln gefragt. Ich hoffe, daß deutsche Politik diesen Ansatz vorantreibt und somit auch eine neue Qualität beziehungsweise Horizonterweiterung von Sicherheitspolitik institutionalisieren hilft.

### **Milstein**

Ich möchte mich nur mit den militärischen Aspekten unseres Themas beschäftigen. Zweifellos gehört auch die Wiedervereinigung Deutschlands in die Kette jener Ereignisse, die zum Ende des kalten Krieges geführt haben. Aber dies ist nicht das einzige wichtige Ereignis, sondern in diesem Kontext ist genauso die gesamte Entwicklung, die in Osteuropa vor sich gegangen ist, zu sehen, ebenso wie die Politik zwischen der Sowjetunion und den USA.

Herr Sagladin sagte: Die Ereignisse überholen die Voraussagen; ich möchte hinzufügen: sie überholen auch die Prozesse, die früher begonnen haben und mit ihnen verbunden sind. Besonders deutlich ist das auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle, im militärischen Bereich allgemein. Was sich auf militärischem Gebiet vor allem verändert hat, ist das Feindbild. Wir sprechen jetzt nicht mehr von Gegnerschaft, sondern von Zusammenarbeit. Die militärischen Planungen gehen auch nicht mehr vom "worst case" aus. Es findet ein Meinungsaustausch auf Generalstabsebene und zwischen den Verteidigungsministerien statt. Ich erwähne nur das Treffen der Verteidigungsminister in Wien, wo ganz sachlich über die Militärdoktrinen gesprochen wird. Zu diesen Veränderungen gehören des Weiteren ein Studentenaustausch, der gegenseitige Besuch von Kriegsschiffen, die Teilnahme an Militärmanövern.

Trotz dieser erfreulichen Wandlungen sind in wichtigen Bereichen jedoch immer noch Elemente des kalten Krieges zu spüren, dessen Ende wir meiner Meinung nach noch nicht erreicht haben. Dies ist ja auch nicht ein plötzliches Ereignis, sondern ein langwieriger Prozeß, ähnlich der Situation nach dem Zweiten Weltkrieg. Wir leben sozusagen in einer Nachkriegsperiode; der Krieg ist zwar vorbei, aber es gibt noch Widerstandsherde. Es wird auch noch geschossen, und der Haß ist nach wie vor lebendig.

Wie steht das Militär zur Wiedervereinigung Deutschlands, insbesondere diejenigen, die noch am Zweiten Weltkrieg teilgenommen haben? Es wäre sicher falsch zu sagen, sie würden die Wiedervereinigung einhellig befürworten. Die meisten sehen darin zwar einen unabänderlichen Prozeß, aber sie sind gleichwohl besorgt und haben starke Vorbehalte. Es wird einige Zeit brauchen, um sie vom Gegenteil zu überzeugen. Viel wird davon abhängen, wie dieses Thema in den Medien behandelt wird aber entscheidend ist natürlich, welche Politik das vereinigte Deutschland betreiben wird.

Es gibt aber auch andere Faktoren, die eher zur Skepsis Anlaß geben. Ich denke vor allem an die NATO, deren Existenz hier von einem sowjetischen Kollegen nachdrücklich begrüßt wurde. Die NATO wurde 1949 gegründet, um einer möglichen Aggression der Sowjetunion zu begegnen. Nun, damals wollte die Sowjetunion sogar der NATO beitreten, was ihr allerdings verweigert wurde. Aber lassen wir

die Vergangenheit. Was uns schwerfällt zu verstehen, ist, daß sich die NATO anschickt, sich militärisch zu verstärken in einer Phase, wo wir bereits eine gewisse Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet praktizieren und auch kein Feindbild mehr vorhanden ist. Es geht also nicht um die politische Organisation oder um die ökonomische Struktur der NATO, sondern rein um militärische Stärke.

Das gilt insbesondere für die NATO-Zugehörigkeit Gesamtdeutschlands. Wenn die NATO ein Verteidigungsbündnis ist, das mögliche Aggressionen seitens der Sowjetunion beziehungsweise des Ostblocks abwehren soll, dann darf man doch daran erinnern, daß es den Warschauer Vertrag faktisch nicht mehr gibt. Es gab in diesem Kreis einige zarte Andeutungen, daß er aufgelöst würde - nein, er ist schon aufgelöst! Deshalb fragt man sich: Gegen wen verstärkt sich die NATO?

Ein zweiter Punkt betrifft die laufenden Verhandlungen, die sich teilweise noch mit Dingen beschäftigen, die bereits der Vergangenheit angehören. Gegenwärtig wird zum Beispiel über eine erhebliche Reduzierung der konventionellen Rüstung verhandelt, was alle begrüßen. Warum werden aber nicht gleichzeitig Verhandlungen über die Reduzierung der taktischen Atomwaffen in Europa geführt? Weshalb sollen diese Waffensysteme weiter modernisiert werden, statt sie allmählich abzubauen?

Eine weitere Frage dann zum Waffenhandel, dessen negative Aspekte besonders im Irak-Konflikt zu Tage treten, wo sowohl die Sowjetunion als auch die USA zu den Lieferanten zählen. Aber auch die Bundesrepublik ist nicht gerade ein Unschuldslamm, was die Ausstattung des Iraks mit gefährlichen Waffen angeht, auch wenn dies nicht von seilen der Bundesregierung betrieben wurde, sondern von bestimmten Wirtschaftskreisen. Aber wie wird sich die Bundesrepublik verhalten, wenn die USA und die Sowjetunion ihre Waffenlieferungen einstellen?

Was die Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet angeht, so können sich Angehörige der älteren Generation noch gut daran erinnern, wie die Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Reich und Sowjetrußland vor Hitlers Machtergreifung geklappt hat. Wollen wir zu solchen Formen der Zusammenarbeit zurückkehren? Damals hat man gemeinsame Manöver durchgeführt; die Offiziere haben gegenseitig an den Militärakademien studiert, Militärdelegationen wurden ausgetauscht und anderes mehr. Heute möchte man noch weitergehen und etwa bei der Erarbeitung von Militärdoktrinen zusammenwirken und sich über Armeestrukturen und -stärken verständigen. Da es um die Sicherheit aller geht, heißt es, können die Strukturen so mächtiger Länder wie des vereinigten Deutschlands, der Sowjetunion, der USA nicht die Angelegenheit allein dieser Staaten sein, sondern diese Fragen müssen auf der Basis gegenseitigen Vertrauens gemeinsam erörtert werden.

Abschließend möchte ich noch aufprägen der Rüstungsbegrenzung eingehen, die für die Sowjetunion an sich nicht nur wünschenswert, sondern auch notwendig ist. Wir haben dabei sogar die Initiative ergriffen. Aber es ist für uns auf der anderen Seite auch ein schwieriger Prozeß. Zum einen geht es dabei um das Schicksal der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland, die dort vereinbarungsgemäß noch drei bis vier Jahre stationiert sein sollen. Aber wie soll das über einen so langen Zeitraum gehen? Die Situation dieser Soldaten ist jedenfalls in moralischer und anderer Hinsicht nicht gerade einfach. Diese Stationierung kann die Beziehungen zwischen beiden Staaten belasten, wenn hier nicht Vorsorge getroffen wird.

Ein kompliziertes Problem im Zusammenhang mit der Truppenreduzierung um die angekündigten 500000 Mann ist die Wohnungsfrage, insbesondere für die Offiziere. Zur Zeit haben 175000 Offiziere mit ihren Familien keinen Wohnraum. Dazu kommen 25 000 Offiziere aus der Tschechoslowakei und aus Ungarn sowie etwa 50 000 aus Deutschland, also insgesamt 250 000 Offiziere, die kein Dach über dem Kopf haben. Hier stellen sich Fragen nach Arbeitsplätzen, sozialer Absicherung und so weiter für die Menschen.

Ein weiteres Problem betrifft alle Länder, uns aber ganz besonders, nämlich die Vernichtung von Militärtechnik. Wie verhindern wir, daß dabei die Umwelt belastet wird? Das gilt zum Beispiel für die Vernichtung chemischer Waffen. In der Sowjetunion gibt es keine Betriebe, die dies ohne negative Auswirkungen für die Umwelt durchführen könnten. Zum Bau solcher Betriebe werden circa zwei Milliarden Dollar benötigt. Kann man hierfür gemeinsame Unternehmen errichten, die auch von anderen Ländern mitgenutzt werden könnten? 40000 sowjetische Panzer sollen aus Europa abgezogen werden - von amerikanischer Seite nur 2000. Das ist nicht nur ein Transportproblem, sondern stellt auch Fragen nach Unterbringung und Vernichtung dieser Panzer, ebenso eine Kostenfrage. Nach amerikanischen Berechnungen fallen dabei je Panzer circa 25 000 Dollar an.

Ich will damit nicht den Eindruck erwecken, daß ich die Abrüstung negativ beurteile; ganz im Gegenteil. Aber man darf dabei auf der anderen Seite auch die damit verbundenen Schwierigkeiten und Kosten nicht übersehen.

### **Meyer-Landrut**

Drei kurze Bemerkungen zu Herrn Milsteins Ausführungen. Erstens: Was die Waffenexporte aus unserem Lande, aber auch aus Europa anbetrifft, so sind wir uns im europäischen Rahmen natürlich darüber im klaren, daß ein Verbot von Rüstungsexporten nicht auf die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion beschränkt werden kann. Die entsprechenden Voraussetzungen sind ja bereits geschaffen worden und werden noch erweitert. Ein wesentlicher Teil der höchst unerfreulichen Waffenexporte aus der Bundesrepublik ist allerdings gegen bestehende Gesetze erfolgt. Das ist ein Problem der Kriminalität, das man staatlicherseits nur schwer in den Griff bekommt, weil häufig Umgehungen der Gesetzgebung durch Teillieferungen aus verschiedenen Ländern erfolgen.

Was Sie zweitens über die damalige Kooperation zwischen der Roten Armee und der deutschen Reichswehr gesagt haben, so kann dies sicher nicht als Beispiel für die Gegenwart oder die Zukunft herangezogen werden. Das war eine Kooperation aufgrund streng geheimer Vereinbarungen zwischen den beiden Verlierern des Ersten Weltkrieges und diente der Aufrüstung und Stärkung militärischer Aktionsmöglichkeiten und nicht ihrer Reduzierung.

Das dritte betrifft die sowjetischen Truppen in Deutschland. Darüber sind bereits zwei Verträge geschlossen worden, was die Beschaffung von Wohnungen für die sowjetischen Offiziere und Berufssoldaten, die zurückgeführt werden, angeht und auch mögliche Umschulungsprogramme betrifft, um diesen Menschen die Rückkehr zu erleichtern. Im übrigen werden der sowjetische und der deutsche Außenminister in Kürze einen Besuch bei den sowjetischen Truppen in der früheren DDR machen, was sicherlich einen gewissen psychologischen Effekt haben wird.

### **Novik**

Ein Erfolg der sowjetischen Reformpolitik im Sinne einer demokratischen Umgestaltung unseres Landes ist für die Schaffung einer neuen Ordnung in Europa zweifellos sehr wichtig. Wenn wir beispielsweise den Übergang zur Marktwirtschaft nicht schaffen, wachsen bei uns die nationalen Spannungen, und es droht ein Bürgerkrieg, der den Zerfall der Sowjetunion in einzelne Staaten zur Konsequenz haben könnte. Wenn dann das Militär an die Macht kommt, um zumindest die Ordnung aufrechtzuerhalten, würden die Demokratisierungsprozesse in Frage gestellt, und die Sowjetunion könnte zu einer Quelle der Instabilität für ganz Europa werden. Deshalb brauchen wir dringend Erfolge bei den Wirtschaftsreformen und bei der Lösung der nationalen Probleme. Denn wir haben den Tiefpunkt der Krise noch nicht erreicht; in vielen Bereichen verschlechtert sich die Lage dramatisch.

Unabhängig von Sympathie oder Antipathie gegenüber der Sowjetunion müßte der Westen objektiv daran interessiert sein, daß die Reformprozesse bei uns einen positiven Verlauf nehmen. Was kann der Westen tun, um der Sowjetunion zu helfen, die Schwierigkeiten zu überwinden? Natürlich kann sich der Westen nicht die Bürde der Perestroika aufladen; diese Probleme müssen wir schon selbst lösen. Vielmehr geht es um kurzfristige Hilfsmaßnahmen, die nicht kostenlos gewährt werden, sondern dem gegenseitigen Vorteil dienen. Langfristig könnte sich eine stärkere Liberalisierung des Handels einschließlich einer Revision der COCOM-Listen, die Förderung von Investitionen und die Bildung von Joint-ventures für beide Seiten positiv auswirken. Wenn die Reformen Erfolg haben, werden sich auch Investitionen auszahlen. Der Westen könnte sich überdies an der Schaffung von Freihandelszonen beteiligen.

Ich möchte aber klar sagen, daß die wirtschaftliche Hilfe nicht an politischen Bedingungen geknüpft sein darf, so wie es beispielsweise die Amerikaner mit dem Jackson Amendment versucht haben, was dazu führte, daß die Zusammenarbeit zwischen den USA und der UdSSR für einige Zeit eingefroren war, ohne die Sowjetunion zu veranlassen, ihre Emigrationspolitik zu ändern. Eine solche Politik ist nicht konstruktiv.

Die Demokratisierung, auch im Bereich der Menschenrechte, entwickelt sich bei uns weiter, und man sollte es der Sowjetunion überlassen, selbst das Tempo, die Methoden und die Formen zu bestimmen. Denn wir müssen zahlreiche Probleme auf einmal bewältigen, die teilweise aus dem Ungewissen Verlauf der Reformen resultieren.

Der Westen sollte sich auch neutral gegenüber den separatistischen Strömungen in der Sowjetunion verhalten. Wir können nur selbst darüber entscheiden, wie diese Probleme zu lösen sind und wie sich die künftigen Beziehungen zwischen den einzelnen Republiken untereinander und zur Zentrale

gestalten sollen. Eine Lösung deutet sich inzwischen an. Wir hoffen die Situation im Griff behalten zu können. Aber man sollte nicht versuchen, von außen Druck auf die Sowjetunion auszuüben, indem man die nationalistischen separatistischen Strömungen unterstützt.

Einige Redner von westlicher Seite haben hier davon gesprochen, daß sich Funktion und Struktur der NATO verändern; insbesondere Herr Kornblum sprach von einer neuen NATO. Wir würden das sehr begrüßen. Vielleicht wird ja die NATO eines Tages ganz und gar überflüssig. Wenn die Politik des Westens in diese Richtung geht, könnte dies der Sowjetunion helfen, ihre Probleme bei der Durchsetzung der Perestroika zu lösen.

Was die deutschen Interessen an der Perestroika betrifft, so dürfte das vereinigte Deutschland, wie zuvor bereits die beiden deutschen Staaten, daran interessiert sein, daß die Sowjetunion der wichtigste Handelspartner unter den osteuropäischen Staaten bleibt. Das große Wirtschaftspotential der Sowjetunion, der Reichtum etwa ihrer Energiequellen, eröffneten Deutschland bei einem erfolgreichen Verlauf der Reformen außerordentlich verlockende Möglichkeiten auf dem sowjetischen Markt.

Schließlich noch die vielleicht etwas heikle Frage nach der neuen Großmacht Deutschland. Inwieweit ist ihr an stabilen und gutnachbarlichen Beziehungen zur Großmacht Sowjetunion gelegen? Wenn dieses vereinigte Deutschland seine Friedensliebe beweisen will und sich von Großmachtsambitionen distanziert, muß es langfristig an einer Vertiefung der sowjetisch-deutschen Beziehungen interessiert sein. Auch einige westeuropäische Länder befürchten ja, daß Deutschland wieder zu mächtig wird. Nicht zuletzt deshalb plädiert man im Westen für die Beibehaltung der NATO und für die Aufrechterhaltung der amerikanischen Präsenz in Europa, um Deutschland auch zukünftig von irgendwelchen militärischen Absichten abzuhalten, damit die anderen Länder keine Angst vor einer Militärmacht Deutschland haben müssen.

### **Meyer-Landrut**

Erlauben Sie mir, einmal aus meiner Rolle als Diskussionsleiter herauszutreten und mich als langjähriger Praktiker der deutsch-sowjetischen Beziehungen zu Ihrem Beitrag zu äußern, Frau Novik.

Erstens: Was die wirtschaftliche Zusammenarbeit anbetrifft, so kann es im Augenblick nicht um solche theoretischen Überlegungen gehen, daß sich unsere Beziehungen "zum gegenseitigen Vorteil und so fort" entwickeln müssen. Wir wissen alle, daß die Gefahr der Destabilisierung in der Sowjetunion von uns große Anstrengungen erfordert. Wir haben ja auch schon einiges getan. Daß dann große Fleischlieferungen, für die Millionen ausgegeben wurden, nicht über Brest hinaus kamen, sondern dort verfaulten, ist nun wirklich nicht uns zuzuschreiben.

Zweitens: Auch die Joint-ventures stellen eine erhebliche Problematik dar; denn die in der Sowjetunion vorhandenen Rahmenbedingungen machten es der deutschen Wirtschaft bisher praktisch unmöglich, dort einzusteigen. Daran hat sich bis heute kaum etwas geändert. Ich denke nicht nur an die fehlende Preisreform, sondern auch an verschiedene andere Rahmenbedingungen, die erforderlich sind. Dabei ist das deutsche Interesse an der wirtschaftlichen Entwicklung der Sowjetunion nach wie vor groß. Aber es ist eine Illusion zu glauben, das könne sich ohne die entsprechenden politischen Voraussetzungen gewissermaßen automatisch entwickeln. Der Anteil der Sowjetunion an unserem Außenhandel liegt immer noch bei nur etwa zwei Prozent. Wenn dies wesentlich gesteigert werden soll, muß auf Ihrer Seite noch einiges geschehen.

Drittens: Auch die von Ihnen erwähnte COCOM-Liste spielt im deutsch-sowjetischen Handel schon längst keine Rolle mehr. Unser militärisches Potential haben wir freiwillig reduziert, etwa auf die Hälfte dessen, was West- und Ostdeutschland bisher unter Waffen hatten. Wir sollten uns also nicht immer wieder an der Vergangenheit orientieren, sondern nach neuen Möglichkeiten für die Zukunft Ausschau halten.

### **Bereshkow**

Vor zwei Jahren haben wir uns zuletzt im Bergedorfer Gesprächskreis in Bonn getroffen. Welche Veränderungen haben sich in dieser kurzen Zeit vollzogen, insbesondere im Hinblick auf die Entwicklung in Deutschland mit der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten. Aber auch in Osteuropa, besonders in der Sowjetunion, hat sich sehr vieles seitdem verändert. Wenn es vor zwei Jahren noch den Anschein hatte, als würden wir nach drei Jahren Perestroika schon die wichtigsten Voraussetzungen für die in der Sowjetunion notwendigen Reformen gefunden haben, so müssen wir heute feststellen, daß immer noch keine Entscheidung darüber getroffen wurde, welchen Weg wir eigentlich gehen wollen. Vieles, was im Dezember 1988 über das gemeinsame Haus Europa gesagt

wurde, bedarf erheblicher Korrekturen hinsichtlich der Vereinbarkeit von Theorie und Praxis. Heute geht es um die konkrete Situation, in der sich Osteuropa und die Sowjetunion zur Zeit befinden.

Hier war die Rede davon, wie unsere Öffentlichkeit zu der Frage steht, ob das vereinte Deutschland der NATO angehören soll. Man hat dazu bei uns von wissenschaftlichen Instituten Untersuchungen durchgeführt und den Mann auf der Straße befragt, die Menschen, die in Schlangen nach Eiern, Brot und Tabak anstanden. Aus diesen Umfragen wird ersichtlich, daß sehr viele Sowjetmenschen den Ereignissen in Deutschland kaum Bedeutung beimessen. Sie sind eher darum besorgt, wie sie ihre Familien ernähren können, wo sie die Lebensmittel herbekommen. Das mag eine zu große Vereinfachung sein; sicher gibt es auch gewisse Besorgnisse über die NATO und die Zugehörigkeit des vereinigten Deutschlands zu diesem Militärbündnis.

Deshalb begrüßen wir alle, daß die NATO dabei ist, ihre Strategie und Konzeption zu überdenken und ihr Verhältnis zu Osteuropa neu zu bestimmen. Der Warschauer Vertrag wird vielleicht noch eine Zeitlang bestehenbleiben; aber es sieht so aus, als würde er bald auseinanderfallen. Wir brauchen in der Tat einen anderen Ansatz, der die eingetretenen Wandlungen berücksichtigt und von der Frage ausgeht, wie die Kontakte zu dem neuen Osteuropa, und damit auch zu der neuen Sowjetunion, auf eine andere Grundlage gestellt werden können.

Georgi Arbatow hat auf Debatten im Obersten Sowjet hingewiesen, wo es Äußerungen von Abgeordneten gab, wir hätten Osteuropa kampflos aufgegeben und durch die Aufgabe der DDR all das wieder verloren, was wir im Zweiten Weltkrieg errungen hatten. Das ist aber eine völlig falsche Vorstellung; denn die Sowjetunion hatte es sich nie zum Ziel gesetzt, Deutschland zu spalten und zwei deutsche Staaten zu schaffen. Vielmehr haben die Amerikaner und Engländer auf verschiedenen Konferenzen Pläne zur Aufteilung Deutschlands in mehrere Staaten vorgelegt, was von sowjetischer Seite nie mit Enthusiasmus aufgenommen und auch nicht unterstützt wurde. Wir haben sicher viele Fehler begangen, aber den nicht. Wenn wir auch am kalten Krieg beteiligt waren, die deutsche Teilung geht nicht auf unsere Initiative zurück.

Ich komme noch einmal zurück auf die aktuelle Situation in unserem Lande, die in der Tat äußerst schwierig ist und in der Bevölkerung ungeduldige, ja verzweifelte Reaktionen hervorruft. Im Großraum Moskau oder im Großraum Leningrad, wo genauso viele Menschen leben wie in der ehemaligen DDR, ist das vordringlichste Problem, ob wir genügend Kartoffeln haben, um über den Winter zu kommen. Die Kartoffeln werden bei uns das zweite Brot genannt. Sie können sich etwa ausmalen, wie es um die Stimmung in großen Teilen unserer Bevölkerung bestellt ist. Das alles ruft viel Nervosität hervor, die mit Befürchtungen vor Arbeitslosigkeit aufgrund des Übergangs zur freien Marktwirtschaft einhergeht. Diese Arbeitslosigkeit führt nicht nur zu neuen Entbehrungen, sondern auch zu verstärkter Kriminalität, die bei uns ohnehin schon hoch genug ist. Die Zahl der Eigentumsdelikte gegen Staats- und Privateigentum steigt an.

Was uns außerdem Sorge bereitet, ist ein möglicher Exodus, der uns bevorsteht, wenn das neue Ausreisegesetz in Kraft tritt. Ich erinnere nur an die Situation in der DDR, als immer mehr Menschen über Ungarn und die Tschechoslowakei nach Westdeutschland flüchteten. Wenn Sie bei uns heute an den Botschaften der USA, Belgiens, Hollands, Kanadas oder der Bundesrepublik vorbeigehen, dann sehen Sie dort riesige Ansammlungen von Menschen, die ausreisen möchten. Von Tag zu Tag werden die Schlangen länger. Ich sehe darin eine nationale Tragödie. Denn die da ausreisen wollen, sind meist junge, gebildete, aktive Menschen mit Unternehmergeist, bereit zum Risiko, zumal wir auch sehr viele begabte und talentierte Juden verlieren.

Das heißt nicht, daß wir die Ausreise verbieten sollten. Aber es macht deutlich, daß diese Menschen nicht an eine baldige Lösung unserer Probleme glauben. Sie reisen aus, in der Hoffnung, daß sie sich trotz aller Schwierigkeiten in der Fremde durchschlagen werden und es ihnen dort besser gehen wird als hier. Für uns ist es ein Verlust und für sie nicht gerade ein Fortschritt. Wenn wir jetzt die Ausreise liberalisieren, könnte sich natürlich die Visumpflicht im Ausland verstärken. Von Polen wissen wir, daß es schwer geworden ist, ein Visum zu erhalten. Mit anderen Worten: Es sieht in Europa weniger nach Vereinigung, sondern eher nach verstärkter Abschottung aus.

Wie soll es weitergehen? Vielleicht sollte unser Land gemeinsam mit Deutschland nach Möglichkeiten suchen, um solchen tatkräftigen Menschen mit Unternehmergeist für eine bestimmte Zeit ein Praktikum zu ermöglichen, damit sie Kenntnisse und Erfahrungen über neue Technologien und Produktionsabläufe im Ausland erwerben können und dann wieder in unser Land zurückkehren, um hier ihre Zukunft aufzubauen, statt hier alles aufzugeben und mit ihren Familien in die Fremde zu ziehen.

Herr Meyer-Landrut hat an den Fleischskandal erinnert, wo unsere Fachleute zwei Monate lang brauchten, um zu prüfen, ob man uns nicht möglicherweise verdorbenes Fleisch unterschieben wollte - als ob es in unseren Läden tagtäglich etwas anderes als verdorbenes Fleisch zu sehen gibt. Da es in Brest an den entsprechenden Kühlanlagen fehlte, ist die Hälfte des Fleisches in den Containern vergammelt. Jetzt ist die ehemalige DDR bereit, uns Fleisch zu verkaufen, weil die Bürger dort lieber Fleisch aus dem Westen haben wollen. Vielleicht gibt man uns ja weitere Kredite. Aber wird unser Wirtschaftssystem die Verteilung der Waren zuwege bringen? Vielleicht können Sie uns ja dabei helfen, daß diese Lieferungen auch wirklich in die Geschäfte kommen, um die Verzweiflung bei unserem Volk zu mildern.

### **Meyer-Landrut**

Es ist wirklich ein riesengroßes Problem, Herr Bereshkow, wie sich die Sowjetunion selbst organisiert. Bevor Sie das nicht geschafft haben, nützt Ihnen keine Hilfe von außen.

### **Skalski**

Ich komme aus einem Land, das im gemeinsamen europäischen Haus gewissermaßen auf der Diele einquartiert worden ist. Aber wir stehen damit nicht allein. Ganz Osteuropa wartet bislang darauf, einen besseren Platz zugewiesen zu bekommen. Das ist sicher verständlich. Was Polen betrifft, so hat sich die Grenze des reichen, demokratischen, hochentwickelten Europas uns bereits genähert, ohne daß man uns bislang eine Tür öffnete. Während wir bisher nach Ostdeutschland und Westberlin ohne Visum fahren konnten, besteht jetzt Visumpflicht, wenn wir die Oder-Neiße-Grenze überschreiten wollen. Wir hoffen natürlich, daß sich das bald wieder ändern wird. Wir blicken voller Hoffnung und Zuversicht nach dem Westen und warten darauf, daß man uns nach Europa hineinläßt, und wir wären sehr betroffen, wenn man unsere Nachbarn im Süden, also die Tschechen, Slowaken und Ungarn, früher in Europa aufnehmen würde als uns.

Mit einiger Sorge blicken wir auch nach Osten. Wir fürchten heute keine Intervention seitens der Sowjetunion; denn die einige, mächtige Sowjetunion gibt es nicht mehr. Aber wir sind auch keineswegs an Unordnung und Unruhe in der UdSSR interessiert, daß es dort womöglich zu einer Krise kommt, die weit schlimmer ist als die Situation bei uns und in einem Blutbad endet. Neben menschlichem Mitgefühl haben wir natürlich Angst, in diese Konflikte mithineingezogen zu werden, weil wir in Europa geographisch am nächsten liegen. Wir wissen nicht, wie wir uns dem entziehen können. Und wie wird die Lage in einigen Jahren aussehen? Wird es dann eine zwar andere, aber doch einheitliche Sowjetunion geben, mit der man zu rechnen hat, oder werden wir es mit verschiedenen Staaten zu tun haben, Ukraine, Weißrußland, Rußland, die uns benachbart sind? Nicht nur wir Polen, ganz Europa ist daran interessiert, daß sich diese Veränderungen friedlich vollziehen.

Die eigentlichen Ursachen für die teilweise blutigen Auseinandersetzungen liegen zweifellos in der Armut und Rückständigkeit dieser Gebiete. Die reichen Länder lösen ihre Probleme auf zivile Weise, weil sie etwas zu verlieren haben und niemand seinen Wohlstand riskieren will. Arme Menschen dagegen sind oft so verzweifelt, daß sie mitunter wegen einer Bagatelle bereit sind zu töten oder ihr Leben selbst aufs Spiel zu setzen. Man kann nur mit Entsetzen von Geschehnissen im sowjetischen Mittelasien Kenntnis nehmen, wo Dutzende von Menschen zu Tode kommen bei Auseinandersetzungen um irgendein Grundstück oder einen Platz in einer Schlange von Menschen, die für eine Wohnung anstehen.

Wenn Westeuropa daran interessiert ist, daß die Veränderungen in Osteuropa einigermaßen friedlich verlaufen, dann muß es helfen. Das betrifft ja nicht nur die Sowjetunion. Zu einem sehr gefährlichen Schauplatz ist auch Jugoslawien geworden, das zwar nicht direkt dem Ostblock angehörte, wo der Kommunismus aber ebenfalls gescheitert ist. Auch dort treten die traurigen Folgen der sozialistischen Gesellschaftsordnung zutage. Ebenfalls ein Krisenherd ist Rumänien und die rumänische Grenze, unter anderem wegen der ungarischen Minderheit in Rumänien. In Bulgarien ist es zur Zeit etwas ruhiger; aber auch dort kann es jederzeit wieder zu Unruhen kommen. Alle diese Länder brauchen Hilfe von außen. Das gilt natürlich auch für die Tschechoslowakei und Polen; aber bei uns ist es im Augenblick zumindest ruhig, und ich hoffe, daß dies auch trotz einiger bedrohlicher Anzeichen so bleiben wird.

Der Westen muß abwägen, ob es sich lohnt, dem Osten zu helfen. Denn das wird eine sehr kostspielige Angelegenheit sein, zumal in Osteuropa insgesamt mehr Menschen leben als in Westeuropa. Aber es geht nicht allein um westliche Hilfeleistungen. Wir müssen auch lernen, mit dieser Hilfe richtig umzugehen. Gegenwärtig sind wir in Polen nicht einmal imstande, die Kredite zu nutzen, die man uns gewährt hat, weil es uns an Programmen fehlt, für die wir diese Kredite erhalten

haben. Wirtschaftshilfe ist eben eine sehr komplizierte Sache, die dennoch keinen Aufschub duldet, insbesondere wenn wir an den bevorstehenden Winter denken, der sehr schwer durchzustehen sein wird und wo es zu sozialen Unruhen kommen kann.

Die Lösung der wirtschaftlichen Probleme ist in Europa zur Zeit wichtiger als die der politischen. Denn die politische Lage ist gegenwärtig einigermaßen ruhig. Um über neue Formen der Koexistenz, auch über die NATO, nachzudenken, haben wir ein wenig Zeit. Das können wir auch noch in einem Jahr erledigen; während die Wirtschaftsprobleme sofort angegangen werden müssen.

Wir sprechen hier über die Politik, über die Staaten in Europa, über das europäische Haus. Ich meine, wir müssen auch ein Wort über die Menschen in Europa verlieren. Im Westen hat man damit schon begonnen, aber für uns ist dieses Thema etwas Neues. Europa der Menschen heißt, daß sich die Bewohner eines Landes auch in fast jedem anderen europäischen Land zu Hause fühlen können, daß man ungehindert von Land zu Land fahren, Handel treiben, arbeiten und ohne große Schwierigkeiten Eigentum erwerben kann. Um das zu ermöglichen, müssen sich die Länder einander angleichen. Die Staaten Osteuropas waren sich zwar sehr ähnlich, sie sind sich aber gleichzeitig fremd geblieben. Im Augenblick läßt man uns nicht in die Tschechoslowakei hinein, weil man befürchtet, die Polen würden dort alles aufkaufen. In der letzten Zeit sind die Deutschen zu uns gekommen und haben vieles eingekauft. Durch den jetzigen Visumzwang ist uns hier eine Einnahmequelle für Devisen verlorengegangen.

Wir sollten uns hier also nicht nur über die NATO und den Warschauer Vertrag unterhalten, sondern auch darüber, wie man den Menschen in Europa Reiseerleichterungen verschaffen kann. Wie kann man das gemeinsame Europa seinen Menschen näherbringen? Wenn man das erreicht, werden die Menschen einander besser kennenlernen, und Bekannte tötet man weniger leicht als Fremde. Dann bleibt die europäische Politik auch nicht mehr so abstrakt, sondern wird von der Öffentlichkeit unterstützt. In demokratischen Staaten, die wir bereits sind oder zu denen wir uns entwickeln werden, ist die öffentliche Unterstützung der wichtigste Garant des Erfolges.

### **Kotyk**

Die ökonomischen Probleme spielen besonders in Osteuropa und in der Sowjetunion eine entscheidende Rolle. Wenn es gelingt, in der Tschechoslowakei, der Sowjetunion und in Polen den Übergang zur Marktwirtschaft zu schaffen, dann hat das für die Zukunft große Bedeutung; anderenfalls würden sich alle Überlegungen, Osteuropa im Sinne einer Anbindung an die EG zu integrieren, als Illusion erweisen. Das ist eine der Hauptvoraussetzungen dafür, nicht nur die wirtschaftlichen, sondern auch politische und ethnische Probleme zu lösen, denen ja meist auch schwerwiegende ökonomische Probleme zugrunde liegen.

Hier ist viel über westliche Hilfe für Osteuropa gesprochen worden. Unter anderem wurde vorgeschlagen, eine gesamteuropäische Konferenz zu eben diesem Thema einzuberufen. Ohne solche Hilfe ist ein Übergang zur Marktwirtschaft sicher kaum vorstellbar. Aber wenn wir unsere Probleme nicht selbst zu lösen versuchen, kann auch Hilfe von außen, ob nun aus Westeuropa oder den USA, wenig bewirken. Wir müssen die Dinge schon selber anpacken. Dies wird ein langwieriger Prozeß sein, und wir stehen erst am Anfang der Übergangsperiode. Gegenwärtig denken wir über einen Mechanismus nach, der uns zumindest die Zusammenarbeit zwischen Osteuropa und Mitteleuropa erleichtern könnte.

Dann ein Wort zur Vereinigung Deutschlands. Geht davon eine Bedrohung für uns aus, beispielsweise für die Tschechoslowakei? Ich meine, wir brauchen heute keine Furcht mehr vor Deutschland zu haben - anders als in der Vergangenheit. Die Tschechoslowakei hat ja den Wiedervereinigungsprozeß unterstützt. Auf der anderen Seite muß man ebenso sehen, daß Deutschland der stärkste Staat in Europa wird, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet. Das könnte für den einen oder anderen der kleinen europäischen Staaten durchaus Konsequenzen für ihre Unabhängigkeit und Souveränität haben und die Gefahr beinhalten, daß ein Land wie die Tschechoslowakei zu einer Art Anhängsel des großen Deutschlands wird. Vor dieser Herausforderung stehen wir in der tausendjährigen Geschichte der deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen nicht das erste Mal. Aber ich bin sicher, daß wir diese Frage gemeinsam mit dem vereinten Deutschland lösen werden.

Mitteleuropa dürfte für die künftige Entwicklung in Europa eine entscheidende Rolle spielen. Deshalb kommt der Zusammenarbeit etwa zwischen der Tschechoslowakei und Deutschland oder zwischen Polen und anderen Ländern eine so große Bedeutung zu. Dazu gehört beispielsweise auch die Frage, was denn aus der Vielzahl von Verträgen wird, die wir mit der DDR abgeschlossen hatten, und zwar auf den verschiedensten Ebenen. Denn dies hat ebenfalls erhebliche ökonomische Auswirkungen für die Entwicklung in der Tschechoslowakei.

Was die Frage der Sicherheit in Europa angeht, so haben wir es zum einen mit der NATO zu tun; zum anderen gibt es den KSZE-Prozeß. Ist es für die Zukunft Europas besser, wenn die Sicherheitsstruktur auf der NATO basiert oder eher auf dem KSZE-Prozeß? Diese Fragen dürften sich heute kaum beantworten lassen, weil wir erst am Anfang dieses Prozesses stehen und die weitere Entwicklung abwarten sollten. Der KSZE-Prozeß hat zweifellos zu einer Reihe positiver Ergebnisse geführt. Ohne ihn wäre die Revolution in den mittel- und osteuropäischen Staaten kaum möglich gewesen. Ich bestreite aber nicht, daß die Bildung einer neuen Sicherheitsstruktur im künftigen Europa schwierig ist. Auf jeden Fall möchte ein Land wie die Tschechoslowakei vermeiden, seine Politik nur im Einflußbereich der großen europäischen Staaten gestalten zu können. Das hat es schon einmal gegeben. Wir wollen vielmehr ein Europa, in dem die kleinen Staaten als gleichberechtigte, vollwertige Partner ihre Rolle in der europäischen Zusammenarbeit spielen. Deswegen haben wir ein lebenswichtiges Interesse an der Bildung eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems.

### **Seebacher-Brandt**

Zweierlei prägt die bisherige Diskussion: erstens die Zählebigkeit von Stereotypen, die sich verselbständigen und die man dann als neue Realität wieder in Rechnung stellen muß, und zweitens das unvermittelte Nebeneinander von einer eher rosigen Zukunftsschau, wie sie vor allem von deutschen Teilnehmern vertreten wird, und einer doch eher schwarzen Sicht der Dinge, wie sie von russischen, polnischen und tschechischen Kollegen dargestellt wird.

Was die Stereotypen anbelangt: Sie sind am besten am Begriff der Souveränität deutlich zu machen. Es ist von banaler Richtigkeit zu sagen, Deutschland habe jetzt nach innen und nach außen seine Souveränität wiedererlangt. Es trifft zu und sagt doch noch nicht allzuviel aus. Heute ist kein Land der Erde mehr wirklich souverän. Nicht einmal die Supermacht Vereinigte Staaten von Amerika agiert noch nach ausschließlich eigenem Ermessen und in ausschließlich eigener Verantwortung. Eine Macht, die Truppen in andere Erdwinkel schickt und hinterher mit dem Klingelbeutel durch die Welt zieht, um diese finanzieren zu können, ist nicht im klassischen Sinne souverän. Die deutsche Souveränität ist auf vielfältige - oft beschriebene - Weise eingeschränkt. Darin liegt der Hauptgrund, warum man verschiedentlich geäußerte Sorgen über ein souveränes Deutschland nicht über Gebühr ernst nehmen muß.

Es war der freie Wille nicht nur der Bundesregierung, sondern der großen Mehrheit der Bevölkerung, daß das vereinte Deutschland der NATO angehöre. Dem lag die Einsicht zugrunde, daß Deutschland eben nicht wieder aus sich allein heraus existieren will. Deshalb möchte ich die Frage nach der NATO-Zugehörigkeit Deutschlands an die sowjetischen Teilnehmer zurückgeben. Von Herrn Falin wußte man, daß er stets sehr prononciert gegen die Zugehörigkeit des geeinten Deutschlands zur NATO war, und an dieser Einschätzung hat sich bis heute offensichtlich nichts geändert. Es wäre für uns interessant zu erfahren, wieweit seine Meinung von anderen geteilt wird, wie halb- oder vierteloffiziell sie ist und ob sie noch eine Rolle spielen wird. Denn dies ist nicht nur eine Frage, die die Vergangenheit betrifft, sondern die Bedeutung für die Zukunft der deutsch-sowjetischen Beziehungen hat.

Von Souveränität ist die Normalität nicht zu trennen. Beides wird zu Recht in einem Atemzug genannt. Zu dieser Normalität aber gehört, daß in Deutschland, wie in jedem anderen Land, Menschen - sicher eine kleine Minderheit, gemessen am Konsens der überwiegenden Mehrheit - Unsinniges vertreten. Dies ist in jedem Land der Erde so und wird im vereinten Deutschland so sein, jedenfalls mehr als es in jedem der beiden deutschen Teilstaaten der Fall war. Man braucht kein Hellseher zu sein, um vorherzusagen, daß es demnächst Stimmen geben wird, die die Gebiete jenseits von Oder und Neiße fordern, und sie werden auch ein gewisses Presseecho bekommen. Man kann unsere ausländischen Freunde nur bitten, stets die Relationen im Auge zu behalten und uns die gleiche Normalität zuzubilligen wie anderen Völkern auch. Im übrigen können wir uns nicht immer wieder für unsere Größe entschuldigen, auch nicht für unsere Wirtschaftskraft und erst recht nicht für unsere geographische Lage.

Mein zweiter Punkt gilt dem Nebeneinander von schöner und schwarzer Sicht der Dinge. Es wäre fabelhaft, wenn das alles so ginge, wie Herr Teltschik es vorhin ausgemalt hat: Die EG wächst noch rascher und enger zusammen; die EFTA-Länder werden über kurz oder lang aufgenommen, was ja in der Tat kein so schwieriges Problem sein dürfte, und in einer überschaubaren Zeit werden auch die Länder OstSüdost- und Mitteleuropas an die EG herangeführt. Demgegenüber halte ich es eher für wahrscheinlich, daß sich die jetzige EG noch enger zusammenschließt und der Abstand zum übrigen Europa noch größer wird. Meine Frage an die deutsche Politik ist, wie sie dieses Problem anzupacken gedenkt.

Es kann ja nicht damit getan sein, nur auf dem Papier aufzuzeichnen, wie es ideal wäre. Hilfe wird verlangt, das verstehen wir alle, und ich kenne kaum jemanden in Deutschland und in den übrigen westlichen Ländern, der dazu nicht bereit wäre. Doch sagen wir auch, daß zunächst einmal Voraussetzungen in diesen Ländern selbst geschaffen werden müssen. Wo fängt die Hilfe an, wo hört die Selbsthilfe auf, und wer wird das entscheiden? Und wann? Die europäische Friedensordnung ist nicht nur eine Frage des guten Hilfswillens und wird deshalb auf sich warten lassen.

Das auch noch aus einem zweiten Grund. Gerade in dem Augenblick, in dem der kalte Krieg beendet wurde und die Supermächte sich zusammenfanden, betrat der irakische Aggressor die Weltbühne und holte die Welt aus ihren Träumen zurück, Träumen, daß nun der ewige Friede eingekehrt sei. Manches spricht dafür, daß wir es am Golf mit dem ersten wirklichen Nord-Süd-Konflikt zu tun haben. Ziemlich fassungslos stehen wir vor der Tatsache, daß die beiden Supermächte, die sich jetzt zusammenfinden, zusammen nicht in der Lage sind, dem Rest der Welt auf friedliche Weise ihren Willen aufzuzwingen. Auch die Nuklearwaffen erhalten jetzt, nach Ende des kalten Krieges der nuklearen Supermächte, einen ganz anderen Stellenwert.

Dieses alles muß Rückwirkungen auf Europa haben. Denn wenn sich die USA und die Sowjetunion - ich drücke es bewußt überspitzt aus - von ihrer Rolle als Supermächte verabschieden, weil sie die Welt nicht mehr unter sich aufteilen können, was sind die Folgen für ein Szenario, das die Einbindung der Supermächte in die europäische Friedensordnung vorsieht? Was sind die Folgen für das Selbstverständnis Europas? Allein diese Fragen zeigen, daß der Weg in die heile Welt weit bleibt.

### **Schmidt-Häuer**

Frau Seebacher-Brandt, daß eine Großmacht mit dem Klingelbeutel herumgeht, nachdem sie ihre Truppen in die Welt geschickt hat, ist seit dem 15. Jahrhundert normal für die ganze europäische Geschichte. Schon im 16. Jahrhundert sind Staaten wie Frankreich oder Spanien bankrott gegangen. Da sind wir bisher also nicht viel weiter gekommen.

Unsere sowjetischen Freunde sprechen hier von einer Sowjetunion, die im Grunde nur noch auf dem Papier existiert. Wir müssen doch im Kleinen wie im Großen ganz realistisch sehen, was auf uns zukommt, damit wir darauf dann gemeinsam reagieren können. Ein paar hundert Meter von hier gibt es den Rigaer Markt - ich wohne ganz in der Nähe. Dort kostete während der jüngsten Tabakkrise ein Marmeladenglas mit Zigarettenkippen drei Rubel. Da schlugen sich Frauen buchstäblich, wenn neue Waren eintreffen. Da kaufte ein junger reformorientierter Demonstrant - obwohl Bürgermeister Popow am Abend zuvor im Fernsehen verkündet hatte, daß es keine Brotprobleme mehr gäbe - zwei große Taschen voll Brot und berichtete stolz, daß er den ganzen Sonntag über dieses Brot im Gasofen zu Zwieback umgearbeitet und in vier Kopfkissen - auch eine Defizitware! - gefüllt habe.

Was ich damit sagen will: Auch Reformanhänger trauen den Reformern nicht im geringsten zu, daß sie die Wirtschaftskrise bewältigen können. Sie stimmen mit ihnen überein, sofern sie den Stalinismus oder den bürokratischen Apparat kritisieren. Wenn sie aber den Schatalin-Plan oder andere Pläne verkünden, trauen sie ihnen überhaupt nicht. Das heißt, die ganze Bevölkerung geht ohne jeden Enthusiasmus und ohne jede Hoffnung auf die Marktwirtschaft zu, weil ihr gesagt wird, daß es keinen anderen Weg gibt. Jeder kann sich ausmalen, welches explosive Potential dadurch entsteht, und natürlich gibt es Kräfte, die eine Explosion dieses Potentials nutzen können. Ich möchte mich nicht an Spekulationen über einen Militärputsch beteiligen; die bestehende Situation ist aber durchaus unwägbare.

Das aktuelle Problem ist deshalb nicht - da stimme ich Herrn Teltschik zu;- daß Deutschland eine Weltmacht wird, sondern daß die Sowjetunion keine Weltmacht mehr ist. Eine Reihe der besten sowjetischen Analytiker geht davon aus, daß dieses Land weder wirtschaftlich, noch sozial, noch national in absehbarer Zukunft ein einheitliches Staatsgebilde bleiben wird. Das ist ein Thema, mit dem wir uns auch beschäftigen müssen.

Gewiß, die Sowjetunion ist ein Teil Europas, wie es Herr Teltschik sagte, aber welche Teile dieses Staates wirklich in Europa integriert werden können und sollen, das kann heute niemand sagen. Nehmen wir als Beispiel Mittelasien und den Fundamentalismus, der dort immer stärker wird. Die Literaturnaja Gazeta hat dieser Tage geschrieben, die Wertvorstellungen Europas und die Prinzipien der Perestrojka, etwa das Privateigentum und alles, was mit dem Schatalin-Plan zusammenhängt, könnten dort nur mit der Armee durchgesetzt werden.

Ein weiterer Aspekt zu dieser Thematik ist: Wie stehen unsere sowjetischen Gesprächspartner hier eigentlich zu den Wünschen der Balten, der Ukrainer und anderer Nationalitäten, die an den

verschiedenen europäischen Konferenzen und Gremien als Beobachter oder mit einem eigenen Status teilnehmen wollen? Ich halte das für eine sehr wichtige Frage.

Wenn Herr Teltschik vorhin das gute bilaterale Verhältnis zwischen der Führung der Sowjetunion und der Führung der Bundesrepublik, zwischen Herrn Kohl und Herrn Gorbatschow, betont hat, so bleibt doch zu fragen, wie es denn mit dem Aufbau eines Vertrauensverhältnisses unserer Regierung zu der russischen oder der litauischen Regierung, also zu Herrn Jelzin oder zu Frau Prunskiene steht, die inzwischen - wie andere auch - konkrete Alternativen zu einer nicht weiter existierenden Sowjetunion vertreten. Wie sollen wir uns eigentlich ihnen gegenüber verhalten?

Entspricht der jetzt ausgehandelte deutsch-sowjetische Freundschaftsvertrag tatsächlich den Interessen aller Völker der Sowjetunion, wie Herr Schewardnadse offenbar meint? Das sehen verschiedene Republiken in diesem Lande durchaus nicht so nehmen Sie nur den Artikel 2, also die Frage der Integrität der europäischen Grenzen. Hier haben zum Beispiel die Balten eine ganz andere Auffassung.

Herr Senghaas sprach von der Chance eines homogenen europäischen Rechtsraumes. Ich bin da äußerst skeptisch. Ich stelle jedenfalls fest, daß unser westeuropäisches Verständnis für Recht, für Vertragswesen, überhaupt für die ganze Kultur des Kompromisses und der Konfliktaustragung hierzulande überhaupt noch nicht vorhanden ist und durch die furchtbaren sozialen und ökonomischen Probleme, auf die unsere osteuropäischen Freunde hingewiesen haben, wohl auf Jahre hin nicht in unserem Sinne ausdifferenziert werden kann.

### **Silin**

Herr Schmidt-Häuer hat auf konkrete Probleme in unserer Gesellschaft hingewiesen, die wir von unserer Seite nur bestätigen können. Und wenn Herr Senghaas davon spricht, daß es darauf ankomme, das Lebensniveau der in Europa lebenden Völker allmählich einander anzugleichen, dann wird deutlich, wie viel vom Schicksal der sowjetischen Reformen abhängt. Da geht es um ganz konkrete Dinge und nicht um metaphorische Begriffe wie den Bau des gemeinsamen Hauses.

Wichtig ist, daß alle Länder, die am KSZE-Prozeß beteiligt sind, sich die Schaffung einer bürgerlichen Gesellschaft zum Ziel setzen, also einer Gesellschaft, die sich weitgehend selbst reguliert, so wie dies in unterschiedlicher Form im westlichen Teil Europas bereits der Fall ist. In unseren Ländern fehlen diese Erfahrungen bisher, was die Ursache für viele unserer wirtschaftlichen und politischen Defizite ist, die hier erwähnt wurden. Schon auf lokaler und regionaler Ebene zeigt sich die Unfähigkeit unserer Behörden, eine gemeinsame Sprache zu finden. So will ein Kreissowjet keine Weisungen vom Stadtsowjet entgegennehmen und viele derartige Beispiele mehr. In Westeuropa dagegen gibt es eine langjährige Erfahrung, wie man mit derartigen Dingen umgeht. Wenn jetzt in Deutschland bei der Integration des östlichen Landesteiles ähnliche Probleme entstehen, dann können wir vielleicht alle von den Wegen, die man dort beschreitet, profitieren.

In dieser Hinsicht wäre es gut, unserer Öffentlichkeit deutlich zu machen, wie die Grundprinzipien einer sich selbst regulierenden Gesellschaft funktionieren. Entsprechende Vorhaben haben wir bereits mit Vertretern der deutschen Öffentlichkeit, zum Beispiel der Benecke-Stiftung, verabredet und sind jetzt dabei, Politiker von unserer Seite - nicht auf der Ebene des Obersten Sowjets, sondern der einzelnen Kreissowjets - für einen solchen Meinungsaustausch und die praktische Zusammenarbeit zu gewinnen. Denn von diesen Politikern hängt weitgehend die Lösung der Versorgungsfragen ab. Wenn Moskau und Leningrad weder mit Brot noch mit Kartoffeln versorgt werden, dann geht das zum großen Teil auf das Konto dieser lokalen Behörden, die häufig völlig hilflos und inkompetent sind, was aber auch auf mangelnde Erfahrung zurückzuführen ist, weil sie praktisch ohne jede Vorbereitung in ihre Positionen gelangt sind. Aber das dürfte nicht nur ein Problem in der sowjetischen Gesellschaft sein.

Was die militärpolitischen Aspekte der europäischen Sicherheit angeht, so sind jetzt im KSZE-Rahmen eine Reihe von Dokumenten für das Treffen in Paris Ende November vorbereitet worden. Unter anderem soll ein Zentrum für Konfliktmanagement gegründet werden. Allerdings verfügt die KSZE bisher kaum über nennenswerte Erfahrungen auf dem Gebiet der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa abgesehen von einigen wenigen Konferenzen zu Fragen der wirtschaftlichen und ökologischen Zusammenarbeit und der Menschenrechte. Das sind aber nur punktuelle Ereignisse gewesen; was fehlt, ist eine kontinuierliche Zusammenarbeit.

Der Europarat dagegen arbeitet seit mehr als 40 Jahren auf diesem Gebiet und hat viele Erfahrungen gesammelt. Seine Ausschüsse arbeiten effektiv. Zahlreiche Konventionen zu unterschiedlichen Fragen von europäischem Interesse sind verabschiedet worden. Deshalb meine ich, daß man die

Erfahrungen des Europarats beim Bau eines gemeinsamen Europas anwenden und sie auch für die KSZE nutzen sollte.

### **Foncillas**

Ich frage mich, ob es angesichts der dramatischen Probleme der Sowjetunion nicht angebracht wäre, auf einer internationalen Konferenz unter Einbeziehung der EG einmal eingehend die Wirtschaftsprobleme nicht nur der Sowjetunion, sondern aller osteuropäischen Staaten zu behandeln. Auf bilateraler Ebene werden die Probleme nicht zu lösen sein. Die Europäische Gemeinschaft ist jedenfalls eine Institution, die vielleicht in der Lage wäre, mit ihnen zusammen ein Programm für die Zukunft zu entwerfen, um der Entwicklung etwas mehr Vertrauen in der Bevölkerung zu verschaffen. Das würde der Stabilität in ganz Europa dienen. Denn das, was wir hier gehört haben, birgt die Gefahr, daß die hiesige Destabilität auch auf uns übertragen wird.

Wenn Herr Teltschik vorhin davon sprach, Deutschland sei zur Normalität zurückgekehrt, dann könnte man ein wenig ironisch ergänzen: Aber alle anderen europäischen Staaten sind aus der Normalität geraten. In Spanien haben wir uns über die deutsche Einheit sehr gefreut. Aber sie bringt auch eine Reihe von Sicherheits-, Wirtschafts- und politischen Problemen mit sich, die wir gemeinsam lösen müssen.

### **Grigorjew**

Als Journalist wende ich mich der Frage zu: Wie werden die Menschen in Europa über die Zustände und Ereignisse in unseren Ländern von den Massenmedien informiert? Dabei sollten wir nicht verkennen, daß Journalisten auch nur Menschen sind und es unmöglich ist, ganz objektiv über die Dinge zu berichten. Auch wir haben bestimmte Klischeevorstellungen, Präferenzen und Abneigungen. Dennoch bin ich der Meinung, daß die Massenmedien selten so eine wichtige Rolle gespielt haben wie gerade heute.

Trotz Glasnost ist es bei uns bisher nicht gelungen, die Pressefreiheit wirklich durchzusetzen, gerade wenn es darum geht, die Ereignisse in Osteuropa sachgerecht zu schildern. Da behaupten sich immer noch bestimmte Stereotypen und Klischees, die unser Denken über Jahrzehnte geprägt haben. Das, was die Bevölkerung durch unsere Medien zum Beispiel über Polen oder die Tschechoslowakei erfährt, ist vielfach nur ein Zerrbild. Das trifft in großem Maße auch für Informationen über Deutschland zu, für Berichte über die Ex-DDR und über das vereinte Deutschland.

Ähnliche Klischeevorstellungen erkenne ich auch in den Medien unserer ehemaligen sozialistischen Bruderländer und in den Ländern, die wir früher als kapitalistische Länder bezeichneten. Wir sprechen jetzt ein wenig euphemistisch nur noch von west- und osteuropäischen Ländern, was der Realität vielleicht auch besser entspricht. Seit die Presse in Osteuropa von der Bevormundung durch Partei und Staat befreit wurde, ist dort das Pendel völlig umgeschlagen. Das heißt, vieles, was vorher positiv dargestellt wurde, erscheint jetzt negativ und umgekehrt. Das ist sicher eine verständliche Reaktion auf die wenig objektive Berichterstattung vorher.

Dennoch bin ich der Meinung, daß es gerade heute auf eine ausgewogene, objektive Information ankommt. Jahrelang mußte man in der osteuropäischen Presse über die große monolithische einheitliche Sowjetunion schreiben, die den Kommunismus in ihrem Lande erfolgreich aufbaut. Jetzt besteht die Möglichkeit, über die wirkliche Lage zu berichten, also darüber, daß die Sowjetunion in einer tiefen Krise steckt. Hier besteht die Gefahr, sich an der neu erworbenen Pressefreiheit gewissermaßen zu verschlucken. Ich will es einmal so sagen: Wenn man plötzlich frei atmen darf, kann es schon passieren, daß man zuviel Luft auf einmal bekommt. Das kann auch gefährlich werden. Aber wir wollen uns nicht beklagen; schließlich hat die Perestroika bei uns, die im April 1985 eingeleitet wurde, den entscheidenden Impuls zu den anschließenden Ereignissen in ganz Europa gegeben.

Was mich besorgt macht, ist die gewisse Einseitigkeit und Klischeehaftigkeit, mit der über die Veränderungen in der Sowjetunion und in Europa berichtet wird. Diese Art der Darstellung vernebelt die wahren Sachverhalte und führt bei den Menschen zur Verwirrung, die nicht mehr erkennen, wo sie eigentlich stehen. In dieser angespannten, politischen und wirtschaftlichen Atmosphäre kann dies die Konflikte noch verschärfen und den Aufbau einer friedlichen, zivilisierten Gesellschaft in Europa erheblich erschweren. Das, was wir durch Sprache, Analysen, Auswahl der Fakten beim Leser an Reaktionen auslösen, nicht zuletzt davon hängt ab, ob die schwierige, konfliktbeladene, aber zweifellos progressive Entwicklung in der Sowjetunion und den anderen osteuropäischen Ländern erfolgreich verlaufen wird.

Was die Massenmedien in Westeuropa betrifft, so gibt es auch dort viele Vorurteile. So verwendet man beispielsweise für die Sowjetunion immer noch den Begriff Imperium. Es ist noch gar nicht so lange her, daß Rußland als das »Reich des Bösen; oder als russischer Bär, der verwundet aus seinem Winterlager gefallen ist, dargestellt wurde. Solche Klischees sollte man vermeiden; denn sie verstellen den Blick auf das, was in unserem Land tatsächlich vor sich geht. Natürlich, Herr Schmidt-Häuer, ist das von Ihnen gezeichnete Bild von der Situation auf dem Rigaer Markt mit dem Marmeladenglas voller Zigarettenkippen sehr eindrucksvoll. Aber wenn man dem westlichen Leser nur solche Tatsachen effektiv darbietet, gewinnt er den Eindruck, das ganze Land stehe unmittelbar vor dem Zusammenbruch. Niemand weiß, wie die Situation in einem Jahr aussehen wird. Aber die Lage ist nicht nur für uns, sondern für ganz Europa sehr ernst. Hier wurde zu Recht gesagt: Ob man uns mag oder nicht, wir sitzen alle in einem Boot, und unsere gemeinsame Aufgabe ist es, daß wir nicht untergehen.

## Ash

Herr Teltschik hat am Ende seines Einleitungsreferats der Vision einer europäischen Friedensordnung einiges mehr an Konturen gegeben, als das normalerweise der Fall ist, was uns in die Lage versetzt, dazu einige Fragen zu stellen.

Das von Ihnen entworfene Bild enthielt gewissermaßen zwei Europas oder zumindest zwei verschiedene Ebenen von Europa. Das eine könnte man ein festes, das andere eher ein verwässertes Europa nennen. Er sprach vom Europa der Europäischen Gemeinschaft, in dem die Integration immer weiter voranschreitet, das sich aber auch erweitert und auf mittlere Sicht einige EFTA-Länder und langfristig (wie lange?) auch osteuropäische Länder miteinbezieht. Das Ganze wird sozusagen überwölbt von einem Helsinki-Europa, an dem sowohl die Vereinigten Staaten wie auch die Sowjetunion als halbeuropäische Weltmächte beteiligt sind.

Um es anders zu sagen: Das Bild, das Sie uns darbieten, ist eine Art Triptychon. Auf dem linken Flügel die Vereinigten Staaten von Amerika, in der Mitte die Vereinigten Staaten von Europa und auf dem rechten Flügel die Vereinigten Staaten von - ja von was? - der früheren Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken? Sowohl zum Gesamtbild als auch zu jedem Flügel stellen sich Fragen. John Kornblum hat einige Fragen zum linken Flügel artikuliert. Christian Schmidt-Häuer richtete sehr beredt Fragen an den rechten Flügel. Ich würde auch gern von sowjetischen Teilnehmern wissen, wie sie sich die zukünftige UdSSR vorstellen und welche Beziehungen zu Europa sich daraus ergeben.

Ich will jetzt eine Frage an das Mittelstück richten. Kern der Argumentation von Herrn Teltschik ist die Auffassung, daß wir sowohl mit der Vertiefung als auch mit der Ausweitung der Europäischen Gemeinschaft in absehbarer Zukunft fortfahren können, sicher nicht gleichzeitig, aber doch in einem Zeitraum von, sagen wir, zehn Jahren. Ich favorisiere diese Einschätzung ebenfalls sehr; aber man kann sehr plausibel argumentieren, daß beide Ziele nicht komplementär sind, sondern sich widersprechen.

Wenn die derzeitige Europäische Gemeinschaft auf dem Wege zu den Vereinigten Staaten von Europa schnell voranschreitet, wird ein Anschluß selbst von Ost-Mittleuropa entweder erst zu einem sehr späten Zeitpunkt oder, was wahrscheinlicher ist, niemals erfolgen. Wenn sich dagegen Ost-Mittleuropa schon bald der Europäischen Gemeinschaft anschließt, dann wird die EG entweder erst sehr spät oder gar nicht zu den Vereinigten Staaten von Europa werden.

Wenn der zweite Fall eintritt, also die Thatcher-Variante Realität wird, mit anderen Worten: Ausweitung der Gemeinschaft, um sie zu verwässern, dann ist eine der möglichen Konsequenzen, zumindest der Tendenz nach, daß Deutschland in eine Situation kommt, die John Kornblum hier recht dramatisch skizziert hat. Das heißt, Deutschland wird wieder zu einer Großmacht in der Mitte.

Sofern sich aber die erste Variante realisiert, also weitere Integration auf der gegenwärtigen Grundlage ohne Erweiterung der Gemeinschaft, dann befindet sich auch Ost-Mittleuropa - vom übrigen Osteuropa ganz zu schweigen - in einer Situation, die sich nur noch graduell, aber nicht im Kern von dem Zustand der Sowjetunion, oder was immer auf sie folgt, unterscheidet. Das ist dann vielleicht kein Sarajewo-Europa, aber es ist gewiß nicht so erfreulich wie das Helsinki-Europa. Es könnte sich um ein mexikanisches oder um ein Balkan-Europa handeln.

In dem Fall stimme ich sehr mit dem überein, was Frau Seebacher-Brandt betont hat: Die große Teilung Europas hätte sich dann einfach von der Elbe zur Oder/Neiße verlagert und ihren Charakter leicht geändert. Aber der Eisernen Vorhang oder ein neuer Vorhang aus einem etwas anderen Material würde im wesentlichen dort verlaufen, wo Churchill ihn ursprünglich gesehen hat: von Stettin an der Ostsee bis nach Triest an der Adria. Bei aller Sympathie für die Grundrichtung Ihrer Argumentation,

also für die Auffassung, daß das historische Erfordernis des Augenblicks Vertiefung und Ausweitung der Gemeinschaft zugleich bedeutet, frage ich mich: Wie soll das gehen?

### **Stuth**

Ein Schlüsselbegriff unseres Themas "Wege zu einer neuen Friedensordnung" heißt Souveränität, die man bislang vornehmlich im Sinne des deutschen Philosophen Fichte verstanden hat, nämlich als Souveränität von Nationalstaaten. Jeder weiß, wie viele der Probleme, mit denen wir es zu tun haben, inzwischen die Grenzen der Nationalstaaten überschritten haben. Und der Beitritt des britischen Pfunds zum Europäischen Währungssystem zeigt nur, daß selbst hartgesottene Anhänger des Nationalstaatsdenkens mittlerweile klargeworden ist, wo seine Grenzen liegen. Eine lockere Zusammenarbeit innerhalb Europas, auch zwischen der Sowjetunion und Westeuropa, reicht für die Bewältigung vieler Probleme nicht mehr aus. Mit anderen Worten: Es geht im Grunde darum, den Begriff der Souveränität, wie er bisher verstanden wird, neu zu definieren.

Die Europäische Gemeinschaft, die sich immer mehr zum Fundament einer zukünftigen europäischen Friedensordnung entwickelt, praktiziert bereits einen teilweisen Souveränitätsverzicht, genauer: eine gemeinsame Ausübung von Souveränitäten. Schon jetzt sind viele Bereiche der nationalen Souveränität entzogen. Nach 1993 mit der Vollendung des europäischen Binnenmarktes, der Wirtschafts- und Währungsunion, der politischen Union, die auch Sicherheits- und Verteidigungsaspekte umfassen wird, wird das noch deutlicher werden.

Aus diesem Grunde halte ich auch die Bemerkung von Herrn Kotyk nicht für zutreffend, Deutschland werde eine neue Supermacht in Europa werden. Wenn man überhaupt von einer Supermacht in Europa sprechen kann, wird allenfalls die Europäische Gemeinschaft eine solche Rolle spielen können, aber nicht einzelne ihrer Mitglieder. Das heißt aber, daß die EG zur Kontrolle dieser Macht bei sich neue Mechanismen von Checks und Balances etablieren muß. Dann kommt man zu einem Souveränitätsbegriff, wie ihn eher John Locke gebraucht hat, nämlich die Souveränität der Bürger oder der Menschen, wie es hier hieß.

Eine Schlüsselfrage für die Sowjetunion, aber auch für Polen, Ungarn, die CSFR und andere Staaten lautet: Inwieweit hängen wir noch an dem alten Traum der Souveränität und legen Wert auf Nichteinmischung und andere überkommene Gedankenmuster? Das sind natürlich unbequeme Fragen, vor allem in ihren Konsequenzen. Ich bin indes der Meinung, die immer stärkere Attraktivität der Europäischen Gemeinschaft, die vor allem durch die zahlreichen Beitrittsanträge deutlich wird, zeigt: Je integrierter der Ansatz der Zusammenarbeit in Europa ist, um so attraktiver ist er auch geworden. Das hat seinen guten Grund; denn die Probleme können eben nicht mehr in den alten nationalstaatlichen Grenzen gelöst werden.

### **Weidenfeld**

Die humorvoll anregende Bemerkung von Botschafter Foncillas, wer nun der Normalste in Europa sei, läßt mich doch zweifelnd fragen, ob wir jetzt in einen Wettlauf der Normalität eintreten. Dazu ist eigentlich die Vielfarbigkeit der Europäer zu charmant, um dies gegeneinander aufzurechnen. Wenn Herr Teltschik zu Beginn davon gesprochen hat, Deutschland sei jetzt endlich zur Normalität zurückgekehrt, dann heißt das doch - und das läßt sich auch durch Umfrageergebnisse belegen;- , daß die Deutschen durch den Vereinigungsprozeß mit sich selbst ins reine kommen, also eine Art Versöhnung mit sich selbst erreichen. Es ist bei den Deutschen jedenfalls ein unverklemmteres, gelasseneres Selbstbewußtsein erkennbar, das sich auch durchaus konstruktiv für Europa erweisen wird.

Ich möchte jetzt noch auf zwei Fragestellungen eingehen, die sich aus der bisherigen Diskussion für mich ergeben. Die erste Frage hat etwas mit dem Begriff der Dialektik zu tun, wie ihn Karl Marx verstanden hat, ein Denker, der gegenwärtig nicht gerade Hochkonjunktur hat, sicher zu Recht, was den Bereich der Ökonomie angeht. Die Dialektik als eine Kategorie des politischen Denkens sagt im Gegensatz zur formalen Logik: a kann gleichzeitig a und non-a sein; also a ist gleichzeitig es selbst wie auch ein anderes. Bezogen auf die politischen Fragestellungen, die wir hier erörtern, besagt dies: So einfach ist die Festlegung von Prioritäten nicht, daß ich die Schritte 1,2,3 in dieser Reihenfolge bestimmen kann, sondern in vielen Fällen kommt es gerade darauf an, gleichzeitig ganz ungleichartige, ja sogar widersprüchliche Dinge zu betreiben und diese Spannung auszuhalten.

Nur ein Beispiel: Mit dem Grundsatz der Dialektik ist leicht zu erklären, daß beim Stichwort "Souveränität" sowohl Herr Teltschik als auch Frau Seebacher-Brandt recht haben. Das heißt, in der Teltschik-Version spielt Souveränität im Hinblick auf Selbstbewußtsein oder auf die Symbolik der Politik durchaus eine Rolle, während sie im Blick auf die Internationalisierung der Sachverhalte nur

noch sehr begrenzt gültig ist. Nach Vollendung des europäischen Binnenmarktes werden über 80 Prozent der marktrelevanten Gesetzgebung auf europäischer Ebene geregelt werden, so daß hier die Formel: "Aufgabe von Souveränität, um Souveränität zu gewinnen" durchaus ihre Berechtigung hat.

Zweiter Punkt: Alle wichtigen Fragen der internationalen Politik lassen sich im Grunde auf eine knappe Formel bringen, sie sind nämlich zu erklären aus der Relativierung der bisherigen internationalen Machtstrukturen einerseits und der Aufhebung der bisher dominanten Konfliktstrukturen der internationalen Politik andererseits. Damit wird das alles diffuser und sehr viel labiler.

Daraus leite ich einen zentralen Schlüsselbegriff für unsere Diskussion und für ein konstruktives Konzept ab, nämlich den der politischen Handlungsfähigkeit. Für mich ist für alle die Probleme, die wir jetzt international lösen sollen, die Frage entscheidend: Welche internationale Organisation, welcher internationale Zusammenschluß ist überhaupt handlungsfähig? Und wenn man dies genau prüft, bleiben sehr wenige Organisationen übrig. Natürlich ist es wichtig, die KSZE und den Europarat zu würdigen, die sicher eine große Rolle bei der Ablagerung von internationalem oder auch rechtspolitischem Konsens spielen. Aber wirklich handlungsfähig ist weder die KSZE noch der Europarat; denn beide werden, einmal hart gesprochen, die Sowjetunion oder Polen nicht über den Winter bringen.

Im Grunde bleiben, was die politische Handlungsfähigkeit angeht, nur zwei Institutionen übrig: die NATO und die Europäische Gemeinschaft. Man könnte auch noch die WEU erwähnen, die aber schwer einzuordnen ist. Sie kann punktuell durchaus handlungsfähig sein, je nachdem ob ihr die anderen Vertrauen entgegenbringen oder nicht.

Hinsichtlich der NATO nehme ich die Frage von John Kornblum sehr ernst: Wie wird langfristig das amerikanische Interesse an Europa aussehen? Wir unterstellen hier einfach ein solches Interesse; denn zum ersten Mal gibt es einen europaweiten Konsens, daß die Amerikaner in Europa sind. Und es mutet geradezu paradox an, daß gerade in diesem Augenblick die Amerikaner darüber zu diskutieren beginnen, ob es denn eigentlich in ihrem Interesse liege, sich weiterhin in Europa zu engagieren. Die Europäer sollten sich jedenfalls bewußt sein: Für die Amerikaner bedeutet die NATO mehr als eine nur sicherheitstechnologische Angelegenheit; für sie ist die NATO nahezu symbolischer Ausdruck ihres Interesses an Europa.

Die andere handlungsfähige Organisation ist die Europäische Gemeinschaft. Daraus erklärt sich im Grunde, warum die Reformen der EG jetzt unter so großem Zeitdruck durchgeführt werden. Denn alle spüren, daß die EG mit ihrem bisherigen Instrumentarium auf Dauer nicht handlungsfähig bleiben wird. Es bleibt aber nicht viel Zeit zur Vertiefung der Gemeinschaft, weil gleichzeitig die Erweiterung ansteht. Ich möchte den EG-Staat sehen, der, wenn Polen oder Ungarn einen Beitrittsantrag stellen, sagt: Nein danke. Die Deutschen werden sicher die allerletzten sein, die dann negativ reagieren. Das heißt, die Vertiefung muß vorher endgültig herbeigeführt worden sein.

Wenn man den Zeithorizont im Blick auf Osteuropa einbringt, dürfte dies auch gar kein so unlösbares Rätsel darstellen. Denken Sie beispielsweise an den Beitritt Spaniens zur EG. Das Franco-Regime trat 1975 ab, und die EG hat Spanien 1975/76 eine demokratiestabilisierende Perspektive für Europa eröffnet. Aber noch heute, 1990, befindet sich Spanien in einem Übergangsstadium seiner EG-Mitgliedschaft, an deren Substantiierung in der Zwischenzeit gearbeitet wurde. Meine Schlußfolgerung daraus ist: Wir müssen sehr frühzeitig, vielleicht eher, als wir hier andiskutiert haben, den Osteuropäern diesen demokratiestabilisierenden Horizont eröffnen. Wir haben dann immer noch Zeit, ihn später zu materialisieren.

### **Teltschik**

Im Mittelpunkt unserer bisherigen Diskussion stand die Frage: Wie löst man die wirtschaftlichen und materiellen Probleme in der Sowjetunion und in Osteuropa? Die Weltmacht Sowjetunion zeigt sich besorgt, wie sie die Kartoffel und andere landwirtschaftliche Produkte gewissermaßen in den Keller bekommt, damit sie die Versorgung in den Großräumen Moskau und Leningrad für den kommenden Winter sicherstellen kann. Auch Polen, Ungarn, die CSFR und Rumänien haben Angst vor einem kalten Winter, weil ihre Energieversorgung nicht gewährleistet ist.

Von daher verstehe ich Ihre Kritik, Frau Seebacher-Brandt, ob ich nicht insgesamt ein zu optimistisches Bild gezeichnet habe. Mir ging es darum, die neue Ausgangslage in Europa nach der Einigung Deutschlands zu beschreiben, einige Entwicklungsprozesse aufzuzeigen und mögliche Ergebnisse, so wie ich sie für wünschbar halte, wie sie aber keineswegs feststehen. Ich sehe allerdings eine große Chance, daß wir jetzt eine solche Politik in Gang setzen können.

Was die Europäische Gemeinschaft betrifft, so habe ich vor kurzem in einem Artikel die Frage gestellt, ob Frankreich nicht an dem Punkt angekommen sei, wo es sich entscheiden müsse, wie weit es sich in ein integriertes Europa einbinden wolle. Denn im Augenblick kommen wir weder bilateral noch innerhalb der EG voran. Eine der Grundvoraussetzungen für die weitere europäische Integration stellt die zukünftige Politik Frankreichs dar.

Das gleiche gilt für die Entwicklung der Sowjetunion, deren zukünftiger Weg, wie ich gesagt habe, von grundlegender Bedeutung sein wird. Ob die Sowjetunion noch eine Weltmacht ist, Herr Schmidt-Häuer, diese Frage kann ich hier in Moskau verständlicherweise nicht erörtern. Ich kann nur Fragen stellen und Probleme aufzeigen und enthalte mich persönlicher Wertungen. Aber die weitere Entwicklung der Sowjetunion ist in der Tat von entscheidender Bedeutung. Das gilt auch für die Entwicklung bei unseren anderen östlichen Nachbarn. Ich habe ja von bürgerkriegsähnlichen Situationen gesprochen, die sich - da hat Herr Senghaas völlig recht - durchaus grenzüberschreitend auswirken können.

Ich wollte hier also keineswegs ein geschöntes Bild zeichnen, sondern lediglich die Möglichkeit eines positiven Verlaufs bestimmter Entwicklungsprozesse aufzeigen. Denn ich möchte mir meinen Optimismus in dieser Hinsicht nicht nehmen lassen.

Ich sehe in diesem Zusammenhang eine zentrale Aufgabe, der sich die Bundesregierung in Westeuropa und im Westen bisher am tatkräftigsten gestellt hat: Es geht um die unmittelbare Unterstützung unserer östlichen Nachbarn. Ich verweise nur auf Ungarn, wo wir die ersten und bisher mehr oder weniger die einzigen waren, die umfassende Hilfe geleistet haben, bis in die jüngste Zeit. Ungarn hat auch unsere klare Zusage: Wenn es zu einer Krise kommt, können sie sich auf unsere Hilfe verlassen. Auch Polen gegenüber haben wir uns sehr großzügig verhalten.

Wir erkennen also unsere Verpflichtungen und verstehen uns, wie ich heute gesagt habe, gewissermaßen als Anwalt dieser Staaten. Nicht zuletzt auf Initiative der Bundesregierung wurde bei der EG-Kommission die Gruppe der G 24 geschaffen, um den gesamten Westen, soweit er bereit ist, in eine solche Zusammenarbeit einzubinden.

Was die Sowjetunion angeht, stehen wir indes vor dem zentralen Problem, daß jede Zusammenarbeit und Unterstützung im Augenblick auf größte Schwierigkeiten stößt und nur begrenzt effektiv sein kann, weil in der Sowjetunion selbst erst einmal die Grundvoraussetzungen geschaffen werden müssen. Das hat im übrigen Präsident Gorbatschow im Mai dieses Jahres genauso zum Ausdruck gebracht, als er sagte, die vom Westen erwartete Unterstützung stehe in engem Zusammenhang mit der erfolgreichen Durchführung seines Reformprogramms. Das heißt, die Entscheidungen für die sowjetische Wirtschaftsreform müssen jetzt getroffen werden, um dann in gemeinsamer Anstrengung die Möglichkeiten, Umfang, Art und Weise der Zusammenarbeit und der Unterstützung zu diskutieren und zu entwickeln.

Kredite allein, das wissen wir längst, helfen nicht. Und wenn die sowjetische Seite jetzt vom Westen Kredite in Höhe von 15 bis 20 Milliarden Dollar erwartet, dann habe ich Zweifel, ob sie in einer solchen Größenordnung überhaupt aufzubringen sind. Die Amerikaner haben bisher erklärt, sie können keine Kredite geben. Vielleicht hat sich das jetzt mit der Golfkrise geändert; sie haben das signalisiert. Von Großbritannien und Frankreich ist zu erfahren, daß sie zwar guten Willens sind, aber erwarten, daß die Deutschen zahlen. Und wir haben ja schon erhebliche Leistungen erbracht. Deshalb müssen wir in ein intensives Gespräch mit der sowjetischen Seite eintreten, um gemeinsam vernünftige Formen und Möglichkeiten der Unterstützung und Zusammenarbeit im Rahmen ihres Reformprogramms zu erörtern.

Aber ich will eines ganz deutlich sagen, und da stimme ich Herrn Senghaas zu: Das alles hat nur Aussicht auf Erfolg, wenn die Sowjetunion bereit ist, den politischen Reformprozeß weiter voranzubringen. Das betrifft vor allem die Rechtsstaatlichkeit. Wie will man die Übernahme individueller Verantwortung beispielsweise in der Wirtschaft fördern, ohne eine rechtsstaatliche Absicherung des Individuums zu gewährleisten? Das kann nicht funktionieren. Das ist im Augenblick zweifellos eine Zukunftsvision, von der wir nur hoffen können, daß sie schrittweise Realität wird.

Einem anderen Gedanken von Frau Seebacher-Brandt, der die zukünftige Weltmachtrolle der USA betrifft, stimme ich voll zu. Man kann es noch deutlicher sagen. Was würde eigentlich geschehen, wenn im Mittelmeerraum oder - wie jetzt - in der Golf region eine Krise ausbricht und die Amerikaner erklären: Unsere vitalen Interessen sind nicht betroffen, aber die der Europäer. Das französische und britische Engagement heute am Golf ist nur im Kontext mit dem militärischen Engagement der Amerikaner relevant. Für sich allein wäre es marginal.

Welche Konsequenzen hätte es also für die Europäer, wenn sich die Amerikaner in einem solchen Falle einmal nicht engagierten? Diese Frage würde sich dann auch an uns Deutsche richten. Welche Rolle gedenken wir in dem Fall zu spielen? Die Antwort kann nicht lauten: Dann müssen sich die Franzosen und Briten militärisch stärker engagieren, und wir bezahlen das. Die Frage muß heißen: Inwieweit sind die Europäer endlich bereit und in der Lage, gemeinsam operativ zu handeln, das heißt über ein Instrument zu verfügen, mit dessen Hilfe sie ihre Sicherheitsinteressen gemeinsam wahrnehmen können. Das könnte beispielsweise die WEU sein, deren Wiederbelebung wir seit 4, 5 Jahren verfolgen - bisher ohne Erfolg, was den operativen Teil betrifft. Ich sehe darin ein erhebliches Problem, das verstärkt auf die Europäer zukommt.

Nur, Herr Kornblum, was das amerikanische Engagement in Europa betrifft, würde ich es wie Herr Weidenfeld für eine Ironie der Geschichte halten, wenn die Amerikaner in dem Augenblick, wo niemand in Europa - und das schließt die Sowjetunion ein - ihre Präsenz in Frage stellt, sich entschließen würden, Europa zu verlassen. Das wäre wirklich ein Witz der Weltgeschichte.

### **Kornblum**

Sie sagen, Herr Teltschik, die Europäer müßten in der Lage sein, selbst operativ tätig zu werden. Dafür gibt es natürlich eine Struktur, nämlich die NATO.

### **Teltschik**

Völlig richtig. Wenn wir uns fragen, wie man die Präsenz der Amerikaner in Europa aufrechterhalten kann, bieten sich dafür aus meiner Sicht drei Instrumente an. Das erste und immer noch wirkungsvollste ist zweifellos die NATO. Das zweite ist die Zusammenarbeit mit der EG, und das dritte ist der KSZE-Prozeß. Der Bundeskanzler hat alle drei Ebenen gerade in seiner letzten Regierungserklärung betont.

Ich will jetzt nur noch etwas zur NATO sagen, die ja auch von sowjetischer Seite mehrfach angesprochen wurde. Man darf die NATO nicht nur unter dem Gesichtspunkt sehen, welche Auswirkungen sich für die Sowjetunion ergeben. Als in den letzten Monaten darüber debattiert wurde, ob Deutschland in der NATO bleiben solle oder nicht, habe ich immer darauf hingewiesen: Gerade im Hinblick auf ein vereintes Deutschland stellt sich für eine Reihe von europäischen Staaten die Frage ob berechtigt oder nicht: In welchem Maße berührt ein großes vereintes Deutschland ihre Sicherheitsinteressen? Länder wie Luxemburg, Belgien, die Niederlande, Dänemark haben in ihrer Geschichte erheblich unter einem aggressiven Deutschland zu leiden gehabt. Wie kann diesen Ländern ihre Sicherheit zukünftig auch gegenüber Deutschland garantiert werden, wenn dieses Deutschland nicht in eine Allianz eingebunden ist wie der NATO? Auch von daher ist klar, daß wir auf die NATO nicht so ohne weiteres verzichten können. Auch die KSZE kann die NATO nicht ersetzen.

Wenn die Amerikaner jetzt ihr militärisches Engagement in Europa reduzieren und gleichzeitig die Europäer ihr militärisches Potential abbauen, folgt daraus aus meiner Sicht zwingend, daß das verbleibende Militärpotential stärker integriert werden muß, wenn es effektiv bleiben soll. Daraus leite ich die Anfrage an die Europäer ab, die in der Europäischen Gemeinschaft integriert sind, ob wir nicht endlich den sogenannten europäischen Pfeiler innerhalb der NATO, von dem wir seit Jahr und Tag reden, Wirklichkeit werden lassen. Damit würde sich der Charakter der NATO verändern. Sie würde zu einem politischen Bündnis werden, in dem die Europäer ihre eigene Sicherheit stärker selbst wahrnehmen, jedoch nach wie vor die Amerikaner in Europa einbinden und dadurch den nuklearen Schutz aufrechterhalten.

### **Sagladin**

Ich möchte noch einmal unterstreichen, daß ich der Meinung bin, die Konfrontation zwischen Ost und West ist zu Ende. Natürlich handelt es sich hier um einen Prozeß, und in jedem Augenblick der Geschichte treffen wir gleichzeitig Gegenwart, Vergangenheit und Zukunft an. Wir haben uns noch nicht ganz von der Vergangenheit gelöst, aber das Neue dominiert. Wie sehr sich die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten verändert haben, kann wohl niemand übersehen, am wenigsten wir und unsere amerikanischen Partner. Das gleiche gilt für unsere Beziehungen zu Europa, insbesondere zu Deutschland. Oder denken Sie an den Abrüstungsprozeß, der sich heute in Europa vollzieht. Das alles sind enorme positive Veränderungen.

Neu ist auch die Art und Weise, wie wir hier miteinander diskutieren und die Probleme von gleichen Standpunkten aus angehen. Unsere westlichen Partner, insbesondere die deutschen Kollegen, betrachten die Probleme bei uns nicht mehr mit den Augen des Gegners, sondern als Menschen, die an der Überwindung dieser Schwierigkeiten interessiert sind. Würde die Konfrontation weiter

bestehen, würden sie ganz anders darüber urteilen. Worum es heute also geht, ist die Zukunft, die die ganze Welt betrifft.

Wir glauben daran, daß das Deutschland von heute ein neues, ein friedliches Land ist und dies auch bleiben wird. Diejenigen Menschen bei uns, die aufgrund ihrer Erfahrungen aus der Vergangenheit daran zweifeln, werden wir gemeinsam mit unseren deutschen Partnern durch die Realität überzeugen. Unsere gemeinsame Zukunft bindet uns aneinander und nimmt durch die wechselseitige Abhängigkeit zwischen Europa und Amerika eine neue Dimension an, die sich auch in der Politik auszuwirken beginnt. Trotz der sehr unterschiedlichen Bedingungen, die wir heute noch in Europa antreffen, werden die positiven Aspekte der gegenseitigen Abhängigkeit allmählich auf allen Seiten erkannt und man versucht, die möglichen negativen Folgen zu neutralisieren, was allen zugute käme.

Hier wurde verschiedentlich zu Recht darauf hingewiesen, daß der Begriff der Souveränität neu definiert werden müsse. Überall in Ost und West erleben wir einen Prozeß der Selbstbeschränkung der eigenen Souveränität. In gewissem Sinne entsteht so etwas wie eine gemeinsame Souveränität der 35 KSZE-Staaten, die alle etwas aufgeben, aber natürlich davon überzeugt sein müssen, daß es sich für sie lohnt.

Eine neue Interdependenz zeigt sich des weiteren in der zunehmenden Abhängigkeit Europas und Nordamerikas von den Regionen in der südlichen Hemisphäre. Während bis vor kurzem die Achse der Weltprobleme noch in Ost-West-Richtung verlief, hat sie sich jetzt in Nord-Süd-Richtung verlagert, obwohl der Norden natürlich auch genügend eigene Probleme hat.

Hier war von neuen Strukturen die Rede, die teilweise bereits im Werden sind. Aber ich warne davor, das Alte zu zerstören, bevor neue funktionsfähige Strukturen vorhanden sind. Ich meine, die positiven Erfahrungen, die mit NATO, EG, Europarat, RGW und Warschauer Vertrag, den es vorerst noch gibt, gemacht wurden, sollten für alle zum gemeinsamen Vorteil bewahrt werden. Wir werden es hier gewissermaßen mit einer mehrgeschossigen Konstruktion zu tun haben, die sich in unterschiedlichen Richtungen gleichzeitig entwickelt. Auch die Westeuropäische Union dürfte dabei eine Rolle spielen.

Es wurde wiederholt gesagt, vieles werde vom Verlauf der Ereignisse in der Sowjetunion abhängen. Nun, wir haben in der Tat mehr Schwierigkeiten, als wir brauchen können. Auf der anderen Seite ist die Situation bei uns außerordentlich widersprüchlich. Unser Land ist heute reicher an Ressourcen als je zuvor, und wir erschließen immer wieder neue Quellen. Die diesjährige Ernte ist die größte in der Geschichte unseres Landes. Was nicht klappt, ist die Verteilung dieser Güter; denn das alte System funktioniert nicht mehr, und das neue existiert noch nicht. Das ist ein großes Problem, dessen Lösung entscheidend von der weiteren politischen Entwicklung in unserem Lande abhängt: wie sich die Rechtsstaatlichkeit entwickelt, wie sich die bürgerliche Gesellschaft herausbildet, wie sich das Bewußtsein der Menschen entfaltet, die häufig noch dem alten Denken verhaftet sind.

Das zeigt sich zum Beispiel an den Vorbehalten, die in unserer Bevölkerung noch vorhanden sind in bezug auf die deutsche Vereinigung oder gegen die Einführung der Marktwirtschaft. Das ist ja auch nicht verwunderlich angesichts der Tatsache, daß wir 70 Jahre lang ein solches Schreckensbild von der freien Marktwirtschaft gezeichnet haben. Es ist unmöglich, das innerhalb eines Jahres zu ändern; dazu braucht es mehr Zeit.

Herr Schmidt-Häuer hat den Rigaer Markt erwähnt. Ich kann Ihnen ein anderes Beispiel nennen. Gestern hat es in Moskau eine sehr merkwürdige Demonstration gegeben. Mehrere Wagen beladen mit Brot, Gemüse oder Fleisch fuhren geschmückt mit Trauerkränzen durch die Stadt. Etwa 150 Menschen folgten als eine Art Trauergemeinde, um die Lebensmittel quasi zu Grabe zu tragen - statt aufs Land zu fahren, die Autos mit Lebensmitteln voll zu laden und sie nach Moskau zu bringen. Hier stoßen grundverschiedene Haltungen aufeinander, und die Situation im Lande ist auch ganz uneinheitlich. Es gibt Regionen, die an ihren Lebensmittelüberschüssen fast ersticken, denen es aber an Transport- und Verarbeitungskapazitäten fehlt, um sie in die Regionen zu schaffen, in denen großer Mangel herrscht.

Diese Probleme müssen wir natürlich selbst lösen; Hilfe von außen, die zweifellos wünschenswert ist, kann unsere eigenen Anstrengungen nicht ersetzen. Hier wäre eine neue Art von Zusammenarbeit nötig, die sowohl den politischen Bereich betrifft - beispielsweise Fragen des Aufbaus einer bürgerlichen Gesellschaft - als auch die Wirtschaft einschließlich Managementausbildung umfaßt. Darin werden wir bereits von Deutschland und anderen Ländern, auch von den USA auf vielfältige Weise unterstützt.

Früher war es allein Sache der Wissenschaftler, sich über die globalen Probleme Gedanken zu machen. Jetzt bemühen sich auch die Politiker um Lösungsmöglichkeiten. Auch das zeigt, daß wir uns in einer neuen Phase befinden.

Was wir heute erleben, ist das Ende einer langen Phase in den Beziehungen zwischen den beiden Teilen Europas und der Welt. Mehr als 70 Jahre war die Zivilisation in zwei Lager gespalten. Jetzt beginnen die Teile auf ganz neuer Grundlage wieder zusammenzuwachsen, wobei jeder Teil seine Identität bewahrt und sich dennoch ändert, was auch unsere Diskussion deutlich macht. Es bleibt zu hoffen, daß die Entwicklung in diese Richtung weitergeht. Das gilt sowohl für die Länder, die wir früher als Westen bezeichnet haben und die wir jetzt westeuropäische Staaten oder die USA nennen, als auch die Gebiete, die früher Osten hießen und die jetzt als östliche Länder in den KSZE-Prozeß eingegliedert werden. Das ist ermutigend, obwohl die Probleme dadurch nicht leichter werden - im Gegenteil, es gibt in Europa zahlreiche neue Probleme, die wir zusätzlich lösen müssen, über die offen gesprochen werden muß, damit wir gemeinsam weiterkommen.

### **Meyer-Landrut**

Nach dieser Zwischenbilanz durch Herrn Teltschik und Herrn Saglad in, möchte ich noch einmal die Fragen in Erinnerung rufen, die uns Herr Körber am Beginn gestellt hat.

Das betraf zum einen die Sicherheit in Europa. Welche Vorstellungen hat vor allem die Sowjetunion nach der Bildung eines vereinten Deutschlands in diesem europäischen Sicherheitsgeflecht?

Zweitens: Wie will die Sowjetunion mit ihren wirtschaftlichen Problemen fertig werden, und was können Deutschland und Westeuropa dazu beitragen?

Drittens: Wie sehen die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion ihre Rolle in Europa? Das betrifft auch das globale bilaterale Verhältnis der Sowjetunion und der USA. Wie ist überhaupt die Frage nach den Machtzentren für die Zukunft zu beantworten? Das heißt, wie stellen sich die Supermächte ihre künftige Rolle in der Welt vor?

Viertens schließlich: Welche Erwartungen hat die Sowjetunion an die europäische Entwicklung? Diese Frage richtet sich nicht nur in die Zukunft, sondern betrifft auch die Gespenster der Vergangenheit. Herr Karaganow hat nach der Einstellung der deutschen Jugend gefragt. Aber es ging dabei auch um militärische Überlegungen, schnelle Eingreiftruppe und so weiter, und welche Vorstellungen die Deutschen dazu haben.

Herr Sagladin sprach von integrierenden und desintegrierenden Entwicklungen, die im heutigen Europa gleichzeitig ablaufen. Wie sind etwa die desintegrierenden Tendenzen im Hinblick auf die Zukunft der Sowjetunion selbst zu beurteilen - Herr Schmidt-Häuer hat darauf verwiesen;-, und welche Bedeutung kann dies für den gesamteuropäischen Prozeß haben? Das gleiche gilt für die integrierenden Elemente, die sich durch die Vereinigung Deutschlands, aber auch in der EG und nicht zuletzt in der KSZE und anderen Gruppierungen in der letzten Zeit deutlich entwickelt haben.

Herr Senghaas hat Faktoren einer möglichen dauerhaften Friedensordnung angesprochen und dafür beispielhaft die konstitutionelle Demokratie, Vernetzung der Beziehungen, ökonomischen Ausgleich und die Fähigkeit der einzelnen Mitglieder der Gemeinschaft, auf andere einzugehen, erwähnt.

### **Schenajew**

Ich möchte auf drei Fragen eingehen: erstens die gegenwärtige Situation in Europa, zweitens die Übergangsperiode mit ihrer Zielsetzung und drittens meine Vorstellung von der Zukunft.

Was - erstens - die Gegenwart angeht, weise ich zunächst noch einmal darauf hin, daß die Begriffe Ost und West in dem Sinne, wie wir sie nach dem Zweiten Weltkrieg gebraucht haben, mit der Überwindung der Teilung Europas überholt sind. Das sind nur mehr geographische Bezeichnungen. Statt dessen sollten wir von Westeuropa und Osteuropa sprechen. Damit ändert sich der Charakter der gegenwärtigen Epoche grundlegend. Vom Wettkampf der Systeme und vom kalten Krieg sind wir zur Zusammenarbeit und zum Aufbau eines gemeinsamen europäischen Hauses übergegangen. Zu dieser Entwicklung haben West- und Osteuropa, nicht zuletzt die Sowjetunion und das vereinte Deutschland, wichtige Beiträge geleistet. Die Vereinigung Deutschlands ist geradezu ein Hauptbestandteil der tiefgreifenden Veränderungen, deren Augenzeugen wir gewesen sind.

Zweitens zur Übergangsperiode. Ihre Zielsetzung besteht im Bau des gemeinsamen europäischen Hauses. Von daher ist einsichtig: Wenn in Europa Organisationen wie die NATO im militärischen und die Europäische Gemeinschaft im wirtschaftlichen Bereich bestehenbleiben, dann sollten auch die übrigen Länder, einschließlich der Sowjetunion, ihnen beitreten können. Das klang schon in beiden Referaten an. Damit würden beide Organisationen aber prinzipielle Änderungen erfahren. Ob ein solcher Weg realistisch und zweckmäßig ist, erscheint mir zumindest fraglich. Jedenfalls erleben wir

eine Entwicklung weg von der bisherigen Bipolarität der beiden Supermächte, USA und UdSSR, und hin zu einem Pluralismus in den internationalen Beziehungen.

Ich unterstütze deshalb den Gedanken von Herrn Sagladin, daß neben den vorhandenen Wirtschafts- und Militärorganisationen neue integrative und nicht-integrative Vereinigungen entstehen sollten, als Ausdruck des vorgenannten Pluralismus, der sich ja bereits in den zwischenstaatlichen Beziehungen in Europa entwickelt. Ich verweise in dem Zusammenhang auf die Initiativen Österreichs, Rumäniens für den Balkan, der Tschechoslowakei für Osteuropa - angesichts der abnehmenden Bedeutung des RGW und des Warschauer Vertrages - sowie die Initiativen Spaniens und Italiens im Süden Europas. Ähnliche Bestrebungen gibt es auch im Norden Europas.

Eine ganz neue Erscheinung ist der Integrationsprozeß, der jetzt in der Sowjetunion beginnt. Ich weiß nicht, ob diese Integration am Ende 12 oder 15 souveräne Republiken umfassen wird. Aber es wäre falsch, von der Sowjetunion als einem Land im Zustand der Desintegration zu sprechen. In Westeuropa hatte sich der Integrationsprozeß in den 70er Jahren zwar verlangsamt, aber er konnte auf bereits vorhandenen Integrationsstrukturen aufbauen. Für die Sowjetunion hingegen ist Integration ein neues Phänomen. Wir stellten zwar eine einheitliche Wirtschaftsmacht dar, aber diese gründete nicht auf marktwirtschaftlichen Beziehungen, sondern auf einer administrativen Kommandowirtschaft. Was wir jetzt erleben, ist der Übergang von dieser Kommandowirtschaft zur Marktwirtschaft.

Dieser neue Integrationsprozeß wird sich wie in Westeuropa auf drei Ebenen vollziehen. Das erste ist die Mikroebene, das heißt, die Firmen erhalten ihre Selbständigkeit. Das zweite ist die zwischenstaatliche Ebene, die das Verhältnis der einzelnen Sowjetrepubliken untereinander betrifft. Dieser Prozeß ist bereits im Gange. Die dritte Ebene umfaßt zum Beispiel Verträge, die von der sowjetischen Zentrale geschlossen werden. Dafür müssen die Unionsrepubliken eine Reihe von Funktionen an die Zentrale abgeben. So stelle ich mir die Integration in der Sowjetunion vor, wobei die einzelnen Prozesse nicht isoliert voneinander gesehen werden dürfen.

Ich bin des weiteren der Meinung, daß die unterschiedlichen Organisationen, die gegenwärtig in Europa vorhanden sind, nebeneinander bestehen bleiben sollten. Ich bin entschieden dagegen, wenn hier die Meinung vertreten wurde, das europäische Haus könne man nur mit Hilfe von NATO und EG bauen. Diejenigen Länder, die noch nicht reif sind, diesen Organisationen beizutreten, sollten zunächst in geeigneter Form mit ihnen kooperieren. So ist ja die EG gerade dabei, ihr Verhältnis zu den EFTA-Staaten zu vertiefen.

Das heißt, während der Übergangsperiode müssen alle die verschiedenen integrativen und nicht-integrativen Organisationen nebeneinander weiter existieren. Gleichzeitig müssen wir - und das ist drittens meine Zukunftsvorstellung - mit dem Aufbau jener europäischen Institutionen beginnen, die nach Fertigstellung des europäischen Hauses die übrigen Organisationen überflüssig machen. Gerade diesen Prozeß würden wir erheblich behindern, wenn wir uns jetzt nur auf die NATO und die EG abstützen wollten.

## **Below**

Vom Beginn seines Bestehens an sind in unserem Staat zahllose ideologisch eingefärbte Stereotype in allen Lebensbereichen ausgebildet worden, die auch in der Nachkriegszeit wirksam waren. Das betrifft beispielsweise unser Verhältnis zu Deutschland. Das heißt, in unserem öffentlichen Bewußtsein ist das Bemühen der Deutschen um geistige Erneuerung nach 1945 kaum zur Kenntnis genommen worden. Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, wenn viele Menschen bei uns gegen die Vereinigung Deutschlands sind, weil sie befürchten, da bilde sich ein neuer mächtiger Wirtschaftskomplex heraus, der auf der Macht des deutschen Kapitals gegründet ist.

In der Vorstellung vieler Leute, die von der Leninschen Theorie des Imperialismus ausgehen, strebt das deutsche Kapital nach einer territorialen Umverteilung in der Welt. Sie begreifen nicht, daß eine derartige Umverteilung in Europa heute gar nicht mehr möglich ist. Was gegenwärtig stattfindet, ist eine ökonomische Umverteilung, weniger zwischen den Staaten, als vielmehr zwischen Unternehmen und Konzernen. Das trifft auf Europa besonders ab 1993 zu, wenn sich die Bildung eines gemeinsamen europäischen Binnenmarktes vollzogen hat. Dann wird die Macht einzelner Firmen, darunter auch einiger deutscher, noch deutlicher werden.

Kapital ist in erster Linie eine ökonomische Kategorie. Hier hat sich die Ideologisierung bei uns besonders hartnäckig behauptet. Erst allmählich setzt sich auf allen Ebenen, auch auf der Regierungsebene, das Bewußtsein durch, daß die Marktmechanismen und die ihnen eigenen Instrumente nicht ein Spezifikum der kapitalistischen Gesellschaft sind, sondern der Entwicklung der Zivilisation allgemein zu verdanken sind. Wenn man diese ökonomischen Kategorien nicht akzeptieren

will, hat das zur Konsequenz, daß die Durchführung von Wirtschaftsreformen, so wie das bei uns noch 1985 versucht wurde, zum Scheitern verurteilt ist. Das gleiche Schicksal werden die im September vorgelegten Regierungsprogramme erleiden.

Die Regierung versucht im Grunde, die alten Mechanismen beizubehalten und die administrative Kommandowirtschaft lediglich zu verbessern. Auch die Programme von Jelzin und Schatalin, die jetzt ergänzt werden, haben in einigen Punkten unbegründete Hoffnungen geweckt, indem sie einen schnellen Übergang zur Marktwirtschaft forderten, ohne daß die Mechanismen, nach denen die Marktwirtschaft funktioniert, schon vorhanden sind.

In dieser Hinsicht lassen sich auch aus der Vereinigung Deutschlands, vor allem was die wirtschaftlichen Reformen angeht, wichtige Erfahrungen ableiten. Dabei zeigen die erheblichen Schwierigkeiten, mit denen die beiden deutschen Staaten nach dem 1. Juli 1990 konfrontiert sind, welche Probleme entstehen, wenn man versucht, das administrative Kommandosystem abrupt durch die Marktwirtschaft zu ersetzen. Deshalb ist das einmalige Experiment in der DDR für uns von besonderer Bedeutung, obwohl die Konzeption für eine Reform in der UdSSR nur von sowjetischen Experten erarbeitet werden kann, die alle Besonderheiten und Schwierigkeiten unseres Wirtschaftssystems sehr gut kennen.

Wenn es bei uns gelingt, ein ausgewogenes marktwirtschaftliches Konzept zu entwickeln, dann - da bin ich ganz optimistisch - wird sich auch die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen unseren Staaten positiv entwickeln, für die bereits die entsprechenden vertraglichen Voraussetzungen geschaffen wurden. Die Kooperation mit dem jetzt vereinten Deutschland soll auch nicht nur eine Addition der bisherigen Beziehungen zu den beiden deutschen Staaten sein, sondern hier geht es um eine neue Qualität unserer Beziehungen. Dabei möchten wir auch die bisherige DDR als Brücke zwischen der Sowjetunion und Westeuropa nutzen.

Wichtig ist, daß wir zwischen unseren Staaten Rahmenbedingungen schaffen, die unsere Beziehungen nicht nur auf der Makroebene, sondern besonders auch auf der Mikroebene, wo es um die einzelnen Betriebe geht, voranbringen. Denn die Wirtschaftsreformen zielen gerade im Mikrobereich auf einen qualitativen Durchbruch ab, den wir alle erhoffen.

### **Meyer-Landrut**

Der von Herrn Below geäußerte Wunsch, die künftigen deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen nicht nur als Addition der bisherigen Beziehungen der Sowjetunion zur DDR und zur Bundesrepublik zu sehen, sondern auf eine qualitativ neue Grundlage zu stellen, ist ja der Kern des neuen deutsch-sowjetischen Generalvertrages, der Anfang November in Bonn durch Bundeskanzler Kohl und Präsident Gorbatschow unterzeichnet werden soll.

### **Kornblum**

Aufgrund der verschiedenen Gespräche, die ich während und am Rande dieser Konferenz hatte, auch nach unserem gestrigen Besuch bei Parlamentspräsident Anatoli Lukjanow, möchte ich meinen Eindruck dahingehend zusammenfassen: Die westlichen Teilnehmer sind sich weitgehend darin einig, daß sie von der sowjetischen Seite viele Illusionen zu hören bekamen, wie sich die Zukunft entwickeln wird - sicher auch viele bemerkenswerte Äußerungen und viel Hoffnung.

Ich möchte einige Überlegungen darüber anstellen, wie sich die Organisationsstruktur entwickeln müßte, wenn die Illusionen tatsächlich überwunden werden sollen. Denn ich glaube nicht, daß wir die Welt bereits so beschrieben haben, wie sie wirklich ist. Diese Diskussion hier ist schon sehr interessant, wenn man bedenkt, wie sich die westliche Zusammenarbeit, die hier so hoch gepriesen wird, entwickelt hat.

In der unmittelbaren Nachkriegszeit ging es zunächst fast ausschließlich um die Wirtschaftsproblematik, weniger um politische oder um Sicherheitsprobleme. Die Aufgabe stellte sich damals in vieler Hinsicht nicht völlig anders als heute. Die Volkswirtschaften in Europa waren durch den Krieg zerstört und das Verlangen nach einem Wiederaufbau der Ökonomien und nach einer Wiederherstellung der Zusammenarbeit war groß, um auf diese Weise auch die Konflikte der Vergangenheit zu überwinden. Das ist recht ähnlich dem, worüber wir bislang gesprochen haben.

Denken Sie nur an die drei wichtigsten Maßnahmen, die nach dem Krieg ergriffen wurden. Zwei von ihnen wurden fast gleichzeitig ins Leben gerufen: der Marshallplan und der häufig vergessene Vorläufer der OECD, die OEEC. Die Vereinigten Staaten erwarteten davon einen Anstoß für den Wiederaufbau Europas. Beim Marshallplan handelte es sich nicht um ausländische Hilfe seitens der Vereinigten Staaten per se, sondern um amerikanisches Kapital für europäische Programme, die in

letzter Instanz von der OEEC ausgearbeitet wurden. Das dritte Beispiel ist die Montanunion, die den Beginn der westeuropäischen Zusammenarbeit darstellt. In allen drei Fällen waren die wirtschaftlichen Notwendigkeiten die treibende Kraft. Zugleich fanden die beteiligten Länder aber heraus, daß ohne gemeinsame Ziele und Zusammenarbeit die wirtschaftlichen Probleme nicht zu lösen waren.

Eine zweite Aufgabe, die sich sehr schnell ergab, war die Einsicht in die Notwendigkeit militärischer Verteidigung mit der Bildung der NATO im Jahre 1949. Doch schon im ersten Artikel des NATO-Vertrages kommt klar zum Ausdruck - wohl eine Erkenntnis aus dem Zweiten Weltkrieg;- , daß ohne gemeinsame Zielsetzungen auch eine gemeinsame Verteidigung nicht funktionieren würde.

Das führte zu der dritten Aufgabe, die wir häufig vergessen haben, die aber während der fünfziger und selbst noch in den sechziger Jahren als eine Hauptaufgabe der westlichen Sicherheitspolitik betrachtet wurde: der Aufbau demokratischer Strukturen in Westeuropa. Deutschland stand damals natürlich im Mittelpunkt dieser Anstrengungen, aber nicht allein. Denn in vielen westeuropäischen Ländern war diese Sicherheitsaufgabe von vitalem Interesse. Wenn wir auf die Diskussionen zwischen den Vereinigten Staaten und Europa über das "burden sharing", die Lastenverteilung, Anfang der sechziger Jahre zurückblicken, so haben uns damals viele Europäer darauf hingewiesen - ich denke, zu Recht;- , daß einer ihrer Hauptbeiträge zur gemeinsamen Verteidigung der Aufbau demokratischer Strukturen war. Ich persönlich stimme dem absolut zu; denn das hat ebensoviel zum Zusammenhalt und zur Sicherheit des Westens beigetragen wie irgend etwas sonst, was getan wurde.

Wenn man über die verschiedenen Organisationen spricht und sich die gesamteuropäischen Strukturen anschaut, so ist der Schlüssel zu all dem das Verständnis gemeinsamer Ziele und das Vorhandensein gemeinsamer Verhaltensweisen. Es gibt die KSZE, die Vereinten Nationen und andere große Organisationen, die alle sehr nützlich sind, die aber nicht das leisten können, worüber wir hier sprechen, weil es ihnen an gemeinsamen Zielen fehlt.

Auf den wichtigsten Punkt hat Herr Teltschik hingewiesen, als er sagte, daß das Tempo der politischen Reform - nicht der wirtschaftlichen - in der Sowjetunion darüber entscheiden wird, ob sie Erfolg haben wird oder nicht. Ich sehe keine Chance für die Dinge, die hier angesprochen wurden, wenn das nicht einhergeht mit einer stetigen politischen Reform in der Sowjetunion.

Was wir sicher auch brauchen, ist guter Wille auf allen Seiten, und man kann gewiß sagen, daß dieser in meinem Land durchaus vorhanden ist. Aber guter Wille und alle möglichen guten Worte über die Zukunft reichen nicht aus. Es muß das hinzukommen, was NATO und EG so gut funktionieren ließ: die gemeinsam geteilte Überzeugung, daß man einander Souveränität abtreten kann.

Herr Teltschik hat mehrfach davon gesprochen, Deutschland habe jetzt seine volle Souveränität wiedergewonnen. Das Vertrauen in Deutschland besteht darin, daß es bereit ist - wie die deutsche Regierung immer wieder erklärt hat;- , diese wiedererlangte Souveränität wieder auf jemand anderen zu übertragen. Das ist das Erfolgsgeheimnis unserer Organisationen.

Die NATO ist keine supranationale Organisation per se, aber jedes Mitgliedsland einschließlich der Vereinigten Staaten hat an sie Souveränität abgegeben. Wir treffen jetzt gemeinsam wichtige Entscheidungen, die unsere nationale Sicherheit insgesamt berühren. Diese Bereitschaft, in diesem Sinne Souveränität abzugeben, sehe ich im Ost-West-Verhältnis auf absehbare Zeit nicht. Das wird aber letztlich der Schlüssel zum Erfolg sein.

Der Westen, insbesondere die Europäer werden nur dann bereit sein, Souveränität aufzugeben, wenn sie darauf vertrauen können, mit der Sowjetunion in einem "gemeinsamen Haus" auf der Grundlage gemeinsamer Ziele zu leben. Deshalb brauchen wir jetzt gar nicht darüber zu reden, wie das "gemeinsame Haus" aussehen soll, bevor nicht dieses Fundament gelegt worden ist. Die Grundlage muß in der Tat von der Sowjetunion geschaffen werden. Bis dahin wird man sicher große Kooperationsbemühungen unternehmen. Aber die Sowjetunion wird weiterhin als ein Land angesehen werden, das in die europäische Struktur nicht hineinpaßt - um es ganz deutlich zu sagen.

Das läßt sich auch an den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen aufzeigen, bei denen wir in den letzten zwei Jahren gewaltige Fortschritte gemacht haben. Wenn man sich das Statement ansieht, das unsere beiden Außenminister unterzeichnet haben und das letzte Woche in den Vereinten Nationen publiziert wurde, dann erkennt man, zumindest auf dem Papier, daß wir fast in eine weltweite Partnerschaft eingetreten sind, also gleiche Ziele auf weltweiter Basis verfolgen. Das ist ein gewaltiger Schritt nach vorn, wenn man das nur mit den beiden Jahren zuvor vergleicht. Doch diese weltweite Partnerschaft macht fürs erste halt an den Grenzen Europas, weil wir in Europa unterschiedliche Beziehungen entwickelt haben. Wir sind in Europa auch institutionell eingebunden und haben unsere nationale Politik darauf ausgerichtet, beim Aufbau eines bestimmten Europas zu helfen.

Die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen werden sich gewiß positiv weiterentwickeln, aber sie werden sich in Europa nur so schnell entwickeln können, wie die europäische Sache voranschreitet. Deshalb sollte man nicht allzu große Hoffnungen auf diese großartigen europäischen Strukturen setzen, die für die Sowjetunion letztlich nicht das bringen, was sie benötigt. Wenn wir hier über diese Strukturen sprechen, etwa darüber, daß wir die KSZE institutionalisieren werden, wird das im Ergebnis nicht zu jenen wirtschaftlichen und politischen Strukturen führen, die Sie brauchen, um wirklich das zu tun, was Sie wollen. Glauben Sie also bitte nicht, daß diese Strukturen alles und jedes lösen werden.

### **Meyer-Landrut**

Es schadet sicher nicht, in einer solchen Diskussion etwas Wasser in den Wein zu gießen. Auf der anderen Seite sollte man aber auch das Positive herausstellen, um die Entwicklung in diese Richtung zu ermutigen. Von daher ist Ihre Darstellung, Herr Kornblum, vielleicht doch ein wenig zu kritisch. Möglicherweise müssen wir zunächst ein Zwischenstadium zwischen Gegnerschaft und Wertegemeinschaft anstreben und uns erst einmal auf von allen akzeptierte Spielregeln im Zusammenleben beschränken. Das läßt sich mit Hilfe bestimmter Institutionen gewiß ein Stück weit fördern.

### **Kornblum**

Genau das wollte ich zum Ausdruck bringen, Herr Meyer-Landrut. Ich sehe in der Tat einen Ansatz in der Mitte, an dem wir sehr hart arbeiten müssen. Aber man sollte nicht glauben, damit nun alle Probleme lösen zu können. Wir müssen uns zweifellos konsequent um die KSZE und verschiedene andere Organisationen bemühen, die unsere sowjetischen Kollegen angesprochen haben; aber diese Dinge werden die Probleme nicht lösen. Die Erfahrungen des Westens zeigen, welche Voraussetzungen gegeben sein müssen, damit eine Sache Erfolg hat..

### **Foncillas**

Angesichts der gegenwärtigen Veränderungen in Europa erscheint es uns Südeuropäern sehr wichtig, daß die EG und die NATO gefestigt werden. Denn wenn diese beiden Institutionen durch die neue Lage in Europa verwaschen werden, bringt das eine gewisse Unsicherheit für uns mit sich.

Insofern hören wir auch die Aussprüche einiger sowjetischer Politiker mit Skepsis, wenn sie von der neuen Rolle Deutschlands als Weltmacht reden. Das macht uns unruhig. Ausgerechnet die Sowjetunion, die bis vor kurzem die Bundesrepublik als ein imperialistisches Land und als einen Hort des Kapitalismus angeprangert hat, weist den Deutschen jetzt eine Rolle zu, die diese selbst gar nicht wollen. Das wäre auch nicht gut für die weitere Entwicklung Europas und auch nicht für die NATO. Ich würde gern von Herrn Portugalow wissen, was er sich unter Deutschland als Weltmacht vorstellt.

### **Portugalow**

Ich kann hier auf Ihre Frage, Herr Botschafter Foncillas, nur ein wenig holzschnittartig antworten.

Ohne Ihnen nahetreten zu wollen, möchte ich doch betonen, es ist schon einige Zeit her, daß wir Deutschland, erst recht das heutige vereinte Deutschland, als imperialistische Macht oder wie die Parolen alle hießen, bezeichnet haben. Das tun wir schon lange nicht mehr.

Deutschland als Weltmacht, das hat mit dem zweimal gescheiterten Griff nach der Weltmacht überhaupt nichts zu tun. Die neue Weltmachtrolle kommt dem vereinten Deutschland vielmehr zwangsläufig zu. Nicht von ungefähr hat der "Spiegel" in seiner vorletzten Ausgabe die Frage nach der künftigen Weltmacht Deutschland gestellt. Wer in aller Welt hat gesagt, das einzige Kriterium für eine Weltmacht sei der Besitz von Atomwaffen? Dieses Thema wird allmählich obsolet.

Die Weltmachtrolle, die auf das vereinte Deutschland zwangsläufig zukommt, wird vor allem bestimmt durch sein enormes wirtschaftliches Potential, sein nahezu perfektes Sozialnetz für fast 80 Millionen Menschen und nicht zuletzt durch seine gefestigten demokratischen Institutionen. Ich meine auch, daß man den Deutschen, nach der Zäsur von 1968, in dieser Hinsicht ruhig über den Weg trauen darf. Hier handelt es sich um eine Weltmacht moderner Prägung.

Wenn ich an eine globalpolitische Funktion denke, die dem vereinten Deutschland zuwächst, so denke ich vor allem an die bereits von Herrn Below erwähnte Brückenfunktion. Aber lassen Sie uns das Kind doch beim Namen nennen, auch wenn das ein wenig zu allgemein und zu plakativ klingen mag: Es geht dabei um die marktwirtschaftliche Erschließung Osteuropas, insbesondere der Sowjetunion. Die ökonomische Ausstrahlung der großmächtigen deutschen Wirtschaft läßt sich nicht abstreiten. Gerade die Möglichkeiten des vereinten Deutschlands, die marktwirtschaftliche

Erschließung des Ostens unseres Kontinents entscheidend voranzubringen, machen die globale Funktion des vereinten Deutschlands aus.

Wie ist das zu verstehen? Alle Programme, die wir jetzt bereit sind, aus dem Boden zu stampfen, können ohne ein freies Unternehmertum, ohne eine zumindest partiell konvertierbare Währung und ohne private Investitionen in Milliardenhöhe nicht verwirklicht werden. Die Deutschen, das vereinte Deutschland, und zwar im europäischen Gewände, ist geradezu prädestiniert, dafür den entscheidenden Beitrag zu leisten. Ich verweise hier auf die jahrhundertelange Tradition sich ständig wiederholender Perioden einer fast symbiotischen Existenz unserer beiden Staaten seit der Zeit des 14. Jahrhunderts, als Nowgorod der Hanse angehörte, über Peter dem Großen, bis in unsere Tage. Was daran beunruhigend sein soll, ist mir schleierhaft.

### **Foncillas**

Ich habe den Eindruck, Herr Portugalow, Sie sehen Deutschland allzusehr außerhalb der Europäischen Gemeinschaft. Das wirtschaftliche Potential Deutschlands ist doch nur im Rahmen der Integration in der westeuropäischen Wirtschaft wirksam.

### **Portugalow**

Nur und ausschließlich - sind Sie da so sicher, Herr Botschafter? Wenn wir nur auf die westeuropäische Integration blicken, dann erscheint mir das Korsett ein bißchen zu eng. Daran vermag ich nicht so recht zu glauben. Selbstverständlich, das habe ich doch betont, tritt das vereinte Deutschland im europäischen Gewände auf. Aber daß die deutsche Entwicklung nur in diesem etwas zu engen Rahmen, auch in wirtschaftlicher Hinsicht, möglich ist, da sind Zweifel angebracht. Ein Wirtschaftspotential von dieser Größenordnung läßt sich da nicht hineinzwingen.

Ich habe ja nichts dagegen, wenn man die Europäische Gemeinschaft, so wie das Präsident Mitterrand vorschwebt, als den eigentlichen Kern der künftigen gesamteuropäischen Integration bezeichnet. Aber man wird doch wohl sagen dürfen, daß die Deutschen nun endlich in die Lage gekommen sind, ein gesundes Verhältnis zu ihrem Nationalstaat zu entwickeln. Das war schon lange überfällig. Ich wiederhole, daß die Völker Europas, ja der ganzen Welt den Deutschen durchaus über den Weg trauen dürfen, auch einem deutschen Nationalstaat. De Gaulle hat einmal gesagt, und das findet meine volle Zustimmung, Integrationsstrukturen hin, Integrationsstrukturen her, der Nationalstaat, besonders was die Großmächte anbetrifft, wird noch Jahrhunderte überdauern.

### **Senghaas**

Ich bleibe bei dieser Frage nach einer potentiellen Weltmachtrolle Deutschlands und will darauf eine Antwort in vier Schritten versuchen. Von dieser Weltmachtrolle wird ja heute mehr im Ausland gesprochen als bei uns, und ich frage mich, ob unser Selbstbild, in dem eine potentielle Weltmachtrolle Deutschlands gar nicht vorkommt, oder das Bild, das man in Teilen des Auslandes hat, mehr den Tatsachen entspricht.

In der bisherigen Geschichte der Neuzeit hat es nach meiner Einschätzung wohl nur zwei wirkliche Weltmächte gegeben, nämlich Großbritannien im 19. Jahrhundert und die Vereinigten Staaten nach 1945, letztere für knapp 25 Jahre. Eine moderne Weltmacht - und das ist mein erster Punkt - muß imstande sein, die Spielregeln der internationalen Politik festzulegen. Nach 1945 prägten beispielsweise die USA das internationale Handelssystem, das internationale Währungssystem und viele andere Institutionen maßgeblich nach den eigenen liberal-kosmopolitischen Vorstellungen, und zwar auch gegen den Widerstand zum Beispiel der Engländer und der Franzosen in der unmittelbaren Nachkriegszeit.

Wenn man in dieser Hinsicht die Frage stellt: Wird Deutschland in absehbarer Zeit, sagen wir, in den nächsten 25 Jahren, die Fähigkeit haben, Spielregeln der internationalen Politik zu formulieren und durchzusetzen, dann muß man das von vornherein verneinen. Ich füge aber gleich hinzu, in Zukunft wird wohl keine Macht mehr die Fähigkeit haben, nach eigenem Gutdünken und den eigenen Interessen folgend Spielregeln der internationalen Politik zu formulieren und erfolgreich durchzusetzen.

### **Seebacher-Brandt**

Schon heute nicht mehr.

### **Senghaas**

Richtig, auch heute schon nicht mehr!

Solche hegemonial durchgesetzten Spielregeln etwa für das gesamte internationale Wirtschaftssystem, also nicht nur dessen westlichen Teil, sondern auch für die der Nord-Süd-Beziehungen, sind nicht mehr vorstellbar.

Im Unterschied zur Zeit des klassischen Imperialismus von vor hundert Jahren sehen wir uns heute einer Welt gegenüber, in der überall mehr oder weniger unabhängige, nicht mehr so ohne weiteres kontrollierbare Akteure auftreten, vielleicht mit Ausnahme weniger Bereiche wie Schwarzafrika, das sich noch in gewisser Hinsicht in überkommener quasi kolonialer Abhängigkeit befindet.

Dieses Deutschland wird also in keiner Weise in der Lage sein, der Welt Spielregeln aufzuzwingen, so wenig wie irgendeine andere Macht noch diese Fähigkeit besitzen wird. Am Rande gesagt, die gleiche Diskussion gibt es ja auch in Japan und hinsichtlich Japans Rolle in der Weltpolitik.

Die zweite Dimension, die man klassischerweise mit Weltmachtrolle verbindet, ist das militärische Potential. Wie Sie wissen, ist das vereinte Deutschland, das erst noch zu vereinbarenden erste Wiener Abrüstungsabkommen vorwegnehmend, gewissermaßen eine Selbstverpflichtung eingegangen: Es wird sein Militärpotential um 40 bis 45 Prozent reduzieren. Um im Falle weiterer Abrüstung in Europa werden aus den jetzt vereinbarten 370 000 Soldaten möglicherweise 300 000, vielleicht sogar nur 250 000. Schon von daher ist eine Weltmachtrolle unwahrscheinlich.

Hinzu kommt, daß die alte Vorstellung, Militärmacht werde sich in politischen Einfluß übersetzen, in der internationalen Politik der Gegenwart immer mehr an Realitätsgehalt verliert. Diese Vorstellung trifft noch auf Marginalbereiche zu, aber nicht mehr auf die Kernbereiche der internationalen Politik. Sie gilt übrigens auch nicht mehr für Nuklearwaffen, die, was ihre Bedeutung für politischen Einfluß angeht, ausgesprochen stumpf und wirkungslos sind.

Zu der klassischen Weltmacht gehörte, drittens, eine zivilisatorische Ausstrahlungskraft. Das war nach 1945 der "American way of life", der weltweit von großer Bedeutung war. Herr Portugalow sagt, dieses Deutschland werde durch seine Wirtschaftskraft, sein Sozialnetz, durch seine demokratischen Institutionen eine solche Ausstrahlungskraft haben. Das wird in Europa, insbesondere in Osteuropa, tatsächlich so der Fall sein, trifft aber kaum weltweit zu.

Die vierte und entscheidende Dimension ist die ökonomische. Ich möchte hier nur ein paar Daten nennen: Es ist der deutschen und ausländischen Öffentlichkeit kaum bewußt, wie sehr die bundesrepublikanische Wirtschaft - wenn jetzt die DDR hinzukommt, ändert das an den Größenordnungen der Sache nichts - mit den westlichen OECD-Ökonomien vernetzt ist, also nicht nur mit der EG. In den letzten zehn Jahren gingen im Durchschnitt 86 Prozent unserer Exporte in die westlich-hochindustrialisierten OECD-Länder, darin allein 50 Prozent in EG-Länder; die anderen 36 Prozent gingen nach Nordamerika (USA, Kanada), Japan, Australien, Neuseeland und in die EFTA-Länder. Vier Prozent gingen nach Osteuropa und in die Sowjetunion; zehn Prozent in die dritte Welt, darin neun Prozent in zehn große Länder wie Brasilien, Mexiko und so fort und ein Prozent in circa hundert andere Länder, was man volkswirtschaftlich gesehen vernachlässigen kann. Und wenn man die Frage stellt, wie diese Verteilung in zehn Jahren aussehen wird, als Folge der Wiedervereinigung, dann wird sich an diesen Relationen nichts Wesentliches geändert haben. Ich sehe überhaupt keine Gründe dafür, daß sich diese Prozentzahlen mehr als nur marginal verschieben könnten.

Warum? Weil die Erfahrungen der letzten zehn Jahre zeigen, daß die ökonomischen Ströme hochindustrialisierter Länder, insbesondere eines Landes wie der Bundesrepublik, in Länder gehen, die sich durch vier Merkmale auszeichnen: durch politische Stabilität, durch Rechtssicherheit, insbesondere was die Eigentumsverhältnisse angeht, durch eine intakte Infrastruktur oder eine Infrastruktur, die schnell verbesserungsfähig ist, und durch Märkte mit kaufkräftiger Nachfrage. Diese Merkmale finden sich in den westlichen Hochlohnländern gebündelt: 86 Prozent unserer Warenströme gehen genau in solche Länder. Herr Portugalow sprach von der marktwirtschaftlichen Erschließung Osteuropas und der Sowjetunion. Dort aber finden sich die genannten Merkmale nicht: Politische Stabilität - Fragezeichen, Rechtssicherheit immer noch Fragezeichen, Infrastruktur - viele Probleme, und sicher handelt es sich nicht um Hochlohnländer; das heißt, es gibt in diesen Ländern des Ostens keine kaufkräftige Nachfrage gerade für die Güter, die typischerweise in westlichen hochindustrialisierten Ländern produziert werden und auf die sich auch ein entsprechender Technologietransfer spezialisieren müßte.

Von daher gesehen ist die Einbindung Deutschlands in die westliche Ökonomie, in die Welt der OECD, ohne jegliche ernst zu nehmende Alternative. Selbst wenn man sich in der Politik die marktwirtschaftliche Erschließung Osteuropas und der Sowjetunion zum Ziele setzen würde, kann ich mir nicht vorstellen, daß sich die Privatwirtschaft auf diese Fährte locken ließe, weil ihre eigentliche

Dynamik alternativlos in die OECD-Welt eingebunden ist. Dort liegt ihr Schwergewicht, und aus dieser spezifischen Einbindung ergibt sich der bemerkenswerte Wohlstand in der Bundesrepublik. Osteuropa und die Sowjetunion können allerhöchstens von ergänzender Bedeutung sein. Das würde aber erfolgreiche Reformen vor Ort voraussetzen.

Insofern bin ich auch äußerst skeptisch, Herr Kornblum, wenn Sie von einem Dreieck USA, Deutschland, Sowjetunion sprechen. Ich glaube nicht, daß das vereinte Deutschland in dieser Hinsicht irgendeine Option hat. Für dieses Deutschland gibt es schon aus den eben dargestellten wirtschaftlichen Tatbeständen heraus keine andere Option als die Westbindung, die Vertiefung der Integration.

Lassen Sie mich abschließend noch einen weiteren Gedanken anfügen: Obwohl das Schwergewicht in einer westorientierten Ökonomie beruht, und Herr Weidenfeld meinte, die EG und die NATO seien derzeit die einzigen handlungsfähigen Akteure, halte ich die KSZE, also die gesamteuropäische Dimension, politisch für außerordentlich wichtig. Dies ist nicht deshalb der Fall, Herr Schmidt-Häuer, weil es den einheitlichen Rechtsraum, Wirtschaftsraum, Sozialraum oder Kulturraum - letzteren vielleicht am ehesten - in diesem Gesamteuropa heute schon gibt, sondern weil es die Aufgabe ist, von der KSZE und der EG aus diesen Raum institutionell und materiell zu erschließen, um den osteuropäischen Ländern überhaupt eine Chance zu geben, sich in diesen Raum einzubringen. Deshalb stimme ich Herrn Weidenfeld zu, als er davon sprach, man brauche einen demokratiestabilisierenden Horizont, so wie im Falle Spaniens nach 1975/76 hinsichtlich Westeuropas. Genau das ist heute die vergleichbare Situation Osteuropas hinsichtlich Westeuropas.

Summa summarum: Diese Überlegungen zugrunde gelegt, bin ich ganz sicher, daß Deutschland keine Weltmachtrolle zuwachsen wird. Und wenn Deutschland eine solche Rolle anstreben sollte, würde es sich rundum nur die eigene Nase wundstoßen. In Deutschland gibt es zur Zeit auch keine politische Kraft, die eine solche Weltmachtrolle anstrebt.

### **Teltschik**

Ich stimme Ihnen zu, Herr Senghaas, daß die Diskussion über die zukünftige Rolle des geeinten Deutschlands und die Frage der Weltmachtrolle im wesentlichen von außen her geführt wird. Das zeigt aber auch, welche Erwartungen sich jetzt auf dieses Deutschland richten. Michail Gorbatschow spricht seit 1988, als der Bundeskanzler hier in Moskau war, ständig von der Schlüsselrolle Deutschlands. Oder nehmen Sie das Wort von George Bush, der immer wieder das Wort vom "partner in leadership" im Munde führt. Oder die Aussage von François Mitterrand, der zum Bundeskanzler gesagt hat: Sie halten die Fäden in Europa in der Hand. Meine Erfahrung ist, daß viele Vertreter der dritten Welt, die nach Bonn kommen, ganz selbstverständlich von der Weltmacht Deutschland sprechen. Wenn man diese Bewertung zu lässig wegwischt, kann man leicht unglaubwürdig werden, so als wollten wir Verantwortung abschieben.

Wir haben uns lange Zeit mit der Rolle zufrieden gegeben, zwar ökonomisch ein Riese, aber politisch ein Zwerg zu sein. Das ist jetzt nicht mehr möglich. Wir müssen aufgrund dieser internationalen Diskussion sehen, daß die Erwartungen an Deutschland, internationale Verpflichtungen zu übernehmen, wachsen. Unsere Aufgabe ist es nunmehr, uns darüber klarzuwerden, was wir eigentlich wollen und leisten können. Dieser Diskussion weichen wir in der Bundesrepublik Deutschland noch weitgehend aus, beziehungsweise reduzieren sie, zum Teil aus sehr vordergründigen partei- oder innenpolitischen Gründen, auf die Frage des Militäreinsatzes. Das sollten wir erst einmal unter uns klären.

### **Weidenfeld**

Es besteht Konsens in dieser Runde, daß die Sowjetunion vor der größten Modernisierungsaufgabe ihrer Geschichte steht, zu deren Bewältigung unter den gegenwärtigen programmatischen Vorzeichen nur wenig Zeit bleibt.

Vor einem solchen Hintergrund bin ich doch etwas verwundert, wie manches von sowjetischer Seite so im Ton einer Warnung gesagt wird. Also Warnung vor dem Kapital, wo doch völlig klar ist, wenn nicht Kapital im großen Stil in die Sowjetunion fließt, werden Sie Ihre Wirtschaft nicht modernisieren können. Warnung vor der Internationalisierung. Herr Below hat gesagt, nur sowjetische Experten können das sowjetische Wirtschaftssystem reformieren. Dabei ist doch völlig klar, wenn die Sowjetunion nicht radikal internationalisiert, wie das andere erfolgreiche Wirtschaften auch getan haben, wird die sowjetische Wirtschaft nicht hochkommen.

Ich habe auch nicht gesagt, die Sowjetunion solle der NATO und der EG beitreten, sondern nur von der politischen Handlungsfähigkeit dieser beiden Institutionen gesprochen. Aber es müßte doch im sowjetischen Interesse liegen, jetzt eine vorbehaltlose Diskussion darüber zu beginnen, wie die Beziehungen etwa zur EG zu gestalten seien, und ob eine Mitgliedschaft auf mittlere Sicht für die Sowjetunion in Frage komme oder nicht. Ich meine, Sie können sich in der gegenwärtigen Lage gar keine Tabus mehr leisten.

Nun zum Thema: Weltmachtrolle Deutschlands. Als ich Ihre Interviews las, Herr Portugalow, fand ich diese Statuszuweisung zunächst amüsant. Mir ist auch klar, daß man mit dieser zügigen Begrifflichkeit auch ein taktisches Kalkül verfolgt. Ich erinnere mich noch sehr gut, wie wir in diesem Kreis vor einigen Jahren über die Nachrüstung gestritten haben - mit ganz anderen Vorzeichen, was die deutsche Rolle anging. Ich meine also, im Sinne einer gewissen intellektuellen Kontinuität, sollten wir hier nicht allzu rasch bestimmte Positionen wechseln. Das schafft nicht jene Zuverlässigkeit, die wir morgen und übermorgen brauchen werden. Deshalb ist mir auch ein wenig unbehaglich bei Ihrer Darstellung.

Man kann dieses Thema nicht unter dem Gesichtspunkt diskutieren, ob Deutschland jetzt eine Weltmacht sei oder nicht, sondern, da stimme ich Herrn Senghaas voll zu, alle Länder müssen von solchen Weltmachtstatusüberlegungen Abschied nehmen. Ich vertrete die Gegenthese: Es wird in Zukunft keine einzige Weltmacht mehr geben, weil es auch keine prägende Struktur der Weltpolitik mehr gibt. Das ist alles sehr viel situationsorientierter geworden. Hatten die USA Weltmachtgefühle, als es ihnen nicht gelang, die Geiseln im Iran zu befreien? Denken Sie, daß irgend jemand Weltmachtgefühle entwickeln kann, wenn es zu einem Krieg zwischen Pakistan und Indien kommen würde? Das zeigt, daß es für alle Akteure der Weltpolitik nur noch sehr partielle, situationsorientierte Einwirkungsmöglichkeiten geben wird. Der Begriff "Weltmacht" gehört einer Zeit an, die vergangen ist.

### **Below**

Ich möchte nur präzisieren, Herr Weidenfeld. Ich habe gesagt, die Sowjetunion müsse ein eigenes Konzept für ihre wirtschaftliche Entwicklung erarbeiten. Dafür fehlt es uns leider an vielerlei Erfahrungen, und wir befinden uns erst ganz am Anfang. Aber wir können nicht einfach übernehmen, was amerikanische und westeuropäische Experten uns anbieten, weil das häufig gar nicht unseren Gegebenheiten entspricht. Natürlich liegt unser Weg in Richtung Internationalisierung. Aber in den vergangenen Jahren haben wir versucht, diesen Weg mit Kommandomethoden zu gehen. Das konnte nicht gutgehen. Jetzt kommt es darauf an, für die Betriebe, also für die Entscheidungsträger, derartige Rahmenbedingungen zu schaffen, daß eine Internationalisierung möglich wird.

Was die Europäische Gemeinschaft anbetrifft: Wir haben ein Abkommen mit der EG geschlossen, und wir werden unsere Beziehungen weiter ausbauen. Hier werden uns auch die Beziehungen zu Deutschland helfen mit den Sonderregelungen für Ostdeutschland in der Übergangsperiode. Es werden auch neue Formen der Zusammenarbeit angestrebt. Die Verhandlungen darüber sind bereits abgeschlossen.

Wenn ich die Rahmenbedingungen für unsere Entscheidungsträger anspreche, die sie für ihre Zusammenarbeit mit der EG benötigen, dann geht es auch darum, unsere Betriebe nicht zu diskriminieren. Denn das könnte auch ein Hindernis auf diesem Wege sein.

### **Achtamsjan**

Zur Diskussion über Deutschland als Großmacht habe ich die Aussagen von Präsident Gorbatschow über die Schlüsselrolle Deutschlands in Europa so verstanden, daß dem vereinten Deutschland ein wichtiger Platz in Europa zukommt. Das gilt vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht angesichts des ökonomischen Potentials Deutschlands. Von daher bewerten wir die Vereinigung Deutschlands auch weniger nach Kriterien der Vergangenheit als vielmehr der Zukunft und sehen darin eine progressive Entwicklung. Das gilt generell für die Veränderungen in Europa, die sich ohne Krieg und große Konflikte vollzogen haben. Wir hoffen, daß dieser Kurs auch in Zukunft so fortgesetzt wird. Mit anderen Worten: Wir respektieren nicht nur die Größe der deutschen Nation, sondern sehen in ihr auch die Garantie für einen dauerhaften Frieden in Europa.

Wir sehen die neue Rolle Deutschlands also vor dem Hintergrund der Veränderungen in Europa und in der Welt. Von daher stimme ich auch Herrn Schenajew zu, daß die bisherigen Strukturen nicht nur im Osten, sondern in ganz Europa verändert werden müssen, weil die Aufteilung in Ost und West ihren Sinn verloren hat. Die Sowjetunion hat daraus ja auch bereits Konsequenzen gezogen, um den Charakter von RGW und Warschauer Vertrag grundlegend zu ändern. Entsprechende Schritte auf

westlicher Seite, auch von der Bundesrepublik, vermissen wir noch. Das kann den ganzen Prozeß erschweren und gefährden.

Auf der anderen Seite kann man die über Jahrzehnte gewachsenen Gesellschaftsstrukturen in meinem Land nicht einfach ignorieren; denn sie stellen eine objektive Realität dar. Herr Meyer-Landrut kennt die staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse in der Sowjetunion gut genug, um mir sicher zuzustimmen, daß sich diese Strukturen nicht von heute auf morgen verändern lassen. Das ist ein langfristiger Prozeß, und die angestrebten wirtschaftlichen, sozialen und politischen Veränderungen müssen auch in den Augen der Bürger gerechtfertigt sein und von ihnen akzeptiert werden.

Von westlichen Experten wird immer wieder die Frage erörtert, ob die Sowjetunion zu Europa gehört, ungeachtet der Tatsache, daß sie im KSZE-Prozeß in den 70er Jahren stets eine aktive Rolle gespielt hat. Man sollte sich also nicht nur fragen, ob Deutschland Weltmacht wird, sondern auch ob die Interessen der Sowjetunion als Weltmacht in angemessener Weise berücksichtigt werden.

Wenn unsere politische Führung jetzt mutig Abschied von den Dogmen der Vergangenheit nimmt, beispielsweise vom Klassenstandpunkt abgerückt ist und dafür sogenannte allgemeinmenschliche Werte propagiert, dann ist das für weite Kreise der Bevölkerung, auch der Wissenschaft, nicht so schnell nachzuvollziehen. Hinzu kommen die unterschiedlichen nationalen Interessen in den einzelnen sowjetischen Republiken. Dies alles wird von den westlichen Experten meist vernachlässigt, die uns lediglich auffordern: Wenn ihr zu Europa gehören wollt, müßt ihr unsere Spielregeln beachten. Aber ich bin sicher, trotz aller Schwierigkeiten, die wir gegenwärtig mit der Wirtschaftsreform haben, wird sich die Sowjetunion als Weltmacht früher oder später konsolidieren. Selbst in Fußlappen wird Rußland eine Weltmacht bleiben - wenn auch nicht im überkommenen Sinne eines Imperiums. Aber wir sind im Osten Europas und in Asien ein Staat von immerhin 285 Millionen Menschen!

Zweifellos haben wir zur Zeit Schwierigkeiten. Aber je schneller wir sie überwinden mit Hilfe des, wie es hier anklang, zivilisierten Westens, um so besser für Europa und die Welt. Übrigens sollte man nicht verkennen, daß auch andere Zivilisationen durchaus für sich in Anspruch nehmen können, für zivilisiert zu gelten. Die Vorbehalte und Ausflüchte des Westens, wenn es etwa heißt, man könne Kapital nur unter bestimmten Vorbedingungen zur Verfügung stellen, bringen unsere Reformpolitiker auch innenpolitisch in eine schwierige Lage. Dann werden sofort Stimmen laut, die die Frage stellen: Sollen wir unsere Reformen unter dem Diktat von Bush durchführen? Sollen wir das Kapital nur zu den Bedingungen des Westens annehmen?

Wir sind gegenwärtig dabei, internationale Normen und Regeln, wie sie in Jalta und in Potsdam formuliert wurden, außer Kraft zu setzen. Wir brauchen jetzt neue Regelungen, die die Interessen aller Seiten berücksichtigen. Wenn Skeptiker in unserem Land sagen, das Tempo der Wiedervereinigung Deutschlands und die Bedingungen für den Abzug der sowjetischen Streitkräfte aus Deutschland hätten anders terminiert werden müssen, dann kann man ihnen nur entgegenhalten, daß entsprechende Verträge bereits ausgearbeitet sind. Aber sie sind meines Wissens bisher weder von den Regierungen noch von der Legislative eingehend geprüft worden. Es wäre wichtig, der Öffentlichkeit diese Verträge in positivem Licht zu präsentieren, um bei ihr den Glauben an eine bessere Zukunft zu festigen. Wir sollten auch die Sicherheitsfragen aller europäischen Länder besonders sorgfältig erörtern.

### **Meyer-Landrut**

Für jemanden, der wie ich in den letzten 20 Jahren gewissermaßen mit einem Bein in der Sowjetunion gelebt hat, ist es natürlich schwer zu verstehen, wenn heute von der sowjetischen Führung gesagt wird, wir wollen Abschied von der Ideologie nehmen, wir wollen uns in die Weltwirtschaft integrieren, wir wollen Zusammenarbeit, und wir wollen internationales Kapital - und dann hinzugefügt wird: aber nicht zu Euren Bedingungen. Sie müssen schon verstehen, daß ein Unternehmer sein Geld nur da investiert, wo er einigermaßen sicher sein kann, daß sich die Investition lohnt und er sein Geld nicht verliert. Dafür braucht er akzeptable Rahmenbedingungen. Man kann den Leuten bei uns ja nicht einfach diktieren, wo sie sich ökonomisch engagieren wollen.

### **Kornblum**

Die Frage des deutschen Einflusses in der Welt wird doch seit mindestens 15 Jahren diskutiert. Vor etwa 10 Jahren habe ich auf einem Symposium im Wilson Centre in Washington die These vertreten: Deutschland hat ein gebrochenes Verhältnis zu seiner Macht. Anschließend kam ein deutscher Freund auf mich zu, der mir ganz aufgeregt vorwarf: Wie können Sie so etwas sagen! Wollen Sie, daß wir wieder wie die Nazis werden? Das ist, glaube ich, der entscheidende Punkt.

Herr Senghaas hat hier Kriterien für eine Weltmacht vorgegeben, die kein Staat der Welt erfüllen kann, auch die Vereinigten Staaten in ihren besten Tagen nicht. Das klingt fast so nach dem Motto: "Daß nicht sein kann, was nicht sein darf." Ich will Ihnen deutlich sagen, in den Vereinigten Staaten ist es keine Frage, daß Deutschland eine Großmacht ist - nicht Weltmacht; dieser Begriff, Herr Portugalow, ist wohl wirklich überholt. Aber daß Deutschland eine Großmacht ist, steht für meine Landsleute seit langem fest.

Worauf es entscheidend ankommt, ist genau das, was Herr Teltschik gesagt hat: Die Sowjetunion, Osteuropa, die dritte Welt erwarten die wirtschaftliche Rettung durch Deutschland. Die Vereinigten Staaten erwarten, Frau Seebacher-Brandt hat darauf hingewiesen, daß Deutschland ihre ausländischen Verpflichtungen mitfinanziert. Die EG setzt auf die Währungsunion mit Deutschland. Ob Sie das nun wollen oder nicht, Sie werden vom Ausland wie eine Großmacht betrachtet, und davor sollten Sie den Kopf nicht in den Sand stecken. Deutschland ist nicht das England des 19. Jahrhunderts. Daraus kann man aber nicht schlußfolgern: Also sind wir wie Belgien.

### **Seebacher-Brandt**

Eine Weltmachtrolle Deutschlands auszuschließen, ist das eine; viel schneller, als es uns vielleicht lieb ist, über unsere eigene Verantwortung in der Welt nachzudenken, das andere. Das schließt sich nicht aus, im Gegenteil. Diese Debatte, die binnen kurzem auf uns zukommt, wird gewiß sehr spannend, weil für einen großen Teil der deutschen Öffentlichkeit schon ein paar Blauhelme gleichgesetzt werden mit Größenwahn und ähnlichem. Das ist eine Erblast der alten Bundesrepublik, die wir schnell abschütteln werden.

Diese Debatte wird geführt werden, Herr Portugalow, auch über die Mitgliedschaft Deutschlands im UN-Sicherheitsrat, ein Thema, das Sie ebenfalls ins Spiel gebracht haben. Diese Frage richtet sich aber nicht allein an das vereinte Deutschland, sondern - man denke an alles, was Herr Senghaas ausgeführt hat - an die EG, an Japan, aber auch an Indien, um zwei große außereuropäische Mächte zu nennen. Wir haben hier doch nicht vergebens hervorgehoben, daß Deutschland eingebunden ist?

Kennzeichnend für die bisherige Diskussion ist ein verblüffender Eurozentrismus als bestehe die Welt immer noch aus Europa und allenfalls zwei halbeuropäischen Supermächten darum herum. So ist die Welt aber nicht mehr. Deshalb verwundert mich an Ihren Ausführungen, Herr Portugalow auch, daß Sie ein Weltbild aufrechterhalten, das dem zu Ende gehenden Jahrtausend nicht mehr entspricht, ein eurozentristisches, nationalstaatliches Weltbild aus dem 19. Jahrhundert und der ersten Hälfte des 20. Das ist aber nicht mehr die Realität von heute.

Ich frage mich überhaupt, was Sie bewogen hat, dieses Schreckgespenst einer deutschen Weltmacht zu beschwören. Ich schließe einmal aus, daß Sie die Welt aufschrecken wollten mit etwas, das möglicherweise bevorsteht. So bleibt als Grund eigentlich nur - und das betrifft nicht nur Sie, sondern auch andere Teilnehmer hier - eine rational nicht zu fassende Faszination, die Deutschland auf Sie ausübt. Dies mag ein Erbteil jahrhundertealter Traditionen sein; Sie verwiesen selbst darauf. Aber es kommt sicher hinzu, daß Sie alle Ihre Sorgen und Probleme jetzt in das vereinte Deutschland projizieren. Aber tun Sie sich damit eigentlich selbst einen Gefallen? Sie müssen doch wissen, daß Deutschland solche Erwartungen niemals erfüllen kann. Kein Land der Welt kann sie erfüllen.

### **Citron**

Vielleicht sollte man anstelle des offenkundig überholten Terminus Weltmacht besser von Verantwortungsmacht sprechen. Ohne Zweifel ist in Deutschland, aber auch in ganz Europa, das Gefühl gewachsen, daß wir eine gemeinsame Verantwortung für die globalen Probleme haben und nicht nur für Entwicklungen in Europa. Im Grundgesetz der Bundesrepublik heißt es in der Präambel: "... von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden in der Welt zu dienen." Dies entspricht der Verantwortung, die das vereinte Deutschland, auf das sich viele Erwartungen, aber auch Befürchtungen richten, übernehmen will. Angesichts der Befürchtungen, die manche uns gegenüber aufgrund der Vergangenheit noch hegen, treten wir zu Recht behutsam in unserer Außenpolitik auf und lehnen Statuszuweisungen wie Großmacht oder gar Weltmacht ab, ohne deshalb die Übernahme von Verantwortung zu verweigern.

Im Gegenteil. In den letzten Jahren hat sich doch gezeigt - und das wird auch in Zukunft der Fall sein;- , daß wir zusammen mit anderen, ich denke vor allem an die deutsch-französische Partnerschaft, Motor in Europa sein wollen, und zwar für eine ganze Reihe von Initiativen. Dazu gehören Ziele wie die politische Union, die Währungsunion, aber auch die Öffnung der EG nach Mittel-Osteuropa, wobei Deutschland sicher eine besonders wichtige Rolle zukommt.

Es ist bereits gesagt worden, daß kein Staat heute mehr in der Lage ist, irgend etwas allein zu bewegen, schon aufgrund der ökonomischen Realitäten nicht. Deutschland ist eingebunden in die Europäische Gemeinschaft. Mehr und mehr an Souveränität ist nach Brüssel abgegeben worden, und dies wird sich auf dem Wege zur politischen Union noch verstärken. In diesem zusammenwachsenden größeren Europa kann Deutschland Verantwortungsteilhaber sein, aber nicht mehr Alleinspieler. Das heißt, wir wachsen in eine Welt globaler Verantwortung hinein, wo kein Staat mehr allein etwas bewegen kann. Ich halte das für eine positive Entwicklung.

Wenn wir jetzt von einer gesamteuropäischen Politik und Verantwortung auch gegenüber Mittel- und Osteuropa sprechen, dann möchte ich in diesem Zusammenhang auf die KSZE zurückkommen, die sich in immer stärkerem Maße zu einer Wertegemeinschaft entwickelt. Ich denke dabei nicht nur an die Helsinki-Schlußakte, sondern auch an das Dokument von Kopenhagen, in dem hinsichtlich gemeinsamer Werte erstaunliche Dinge festgeschrieben sind. Also auch in dieser Richtung wächst Europa immer mehr zusammen.

Herr Senghaas sprach von einer gemeinsamen Verantwortung bei der Verwirklichung der Menschenrechte. Hier richtet sich die Hoffnung auf den Europarat und seine Menschenrechtsinstitutionen, daß sie für ganz Europa zuständig werden und mit Hilfe des europäischen Gerichtshofes die Menschenrechte schrittweise in ganz Europa einklagbar werden. Ich erwähne auch die Schaffung eines Konfliktzentrums, um bei der Konfliktverhütung voranzukommen, vor allem wenn es Konflikte in Mittelosteuropa gibt, wo die NATO nicht eingreifen kann.

Ich sehe also in Zukunft eine wichtige Rolle für die KSZE - neben EG und NATO.

### **Portugalow**

Herr Weidenfeld, wenn Sie sich dagegen wehren, hier einen Begriff von Weltmacht im überkommenen Sinne zu verwenden, dann stimme ich Ihnen uneingeschränkt zu. Mir fehlt eben ein besseres Wort für das, was ich ausdrücken möchte. Verantwortungsmacht, wie Herr Citron vorschlägt, scheint mir auch nicht ganz gelungen. Zu Herrn Weidenfeld möchte ich dann nur noch sagen: Sie sprechen hier mit einiger Süffisance davon, mein Beitrag sei für Sie recht amüsant gewesen. Ich muß Ihnen darauf antworten: Worum es mir geht, ist durchaus nicht amüsant, sondern blutiger Ernst.

Ich möchte jetzt noch einmal auf die vier Punkte von Herrn Senghaas zurückkommen. Die beiden ersten Punkte, also die Möglichkeit, die Spielregeln der internationalen Politik zu normieren, und alles, was mit der schimmernden Wehr zu tun hat, da bin ich völlig mit Ihnen einverstanden. Das zeigt sich gegenwärtig in der Golfkrise sehr eindringlich, wie wenig sich da mit Weltmachtattitüden alter Art ausrichten läßt. Aber gerade diese beiden Aspekte gehören meiner Ansicht nach nicht mehr zu den Merkmalen einer modernen Weltmacht oder, wenn Ihnen das besser zusagt, einer Großmacht.

Was die ökonomischen Voraussetzungen angeht, so sind mir die Daten, die Sie erwähnen, ebenfalls bestens vertraut. Natürlich weiß ich auch, daß sich das private Kapital, also die Investitionen, dahin wendet, wo politische Stabilität herrscht, wo die entsprechenden Infrastrukturen - angefangen beim Telefon - vorhanden sind und wo es sich um Hochlohnländer handelt. Und diese Voraussetzungen sind bei uns eben nicht vorhanden. In der Beziehung geht es uns sehr dreckig. Wenn Sie aber daraus den Schluß ziehen, dies würde sich auch in zehn Jahren noch nicht geändert haben, so würde ich das doch stark bezweifeln.

Wenn ich von marktwirtschaftlicher Erschließung spreche, dann meine ich damit in der Tat, Privatinvestitionen ins Land zu holen, und zwar unter den Bedingungen, die den privaten Investoren passen. Das kann aber nur der Westen sein, vor allem Deutschland. Das ist meine Überlegung. Andere könnten es vielleicht auch - Amerika, Japan;-, aber sie wollen nicht so recht. Und die Europäer, die gern mitmachen würden, könnten dies ohne deutsche Federführung kaum tun. Darum geht es. Ich behaupte einmal mehr: Deutschland ist durch seine Geschichte, seine Tradition, sein wirtschaftliches Potential, durch sein Einfühlungsvermögen in die russischen Verhältnisse geradezu prädestiniert, hier den entscheidenden Beitrag zu leisten.

Und was heißt Vorbedingungen. Sollte Kollege Achtamsjan politische Vorbedingungen gemeint haben, so kommt das ohnehin nicht in Frage. Wir müssen auch die ökonomischen Rahmenbedingungen schaffen. Es muß also eine konvertible Währung, zumindest partiell für die Privatinvestoren, eingeführt werden. Es müssen Steuerfreiheit, auf jeden Fall Steuererleichterungen für eine längere Zeit gewährt werden und anderes mehr. Das ist das A-B-C der Marktwirtschaft.

Worum es hier geht, ist, den Zerfall, die Desintegrationserscheinungen bei uns zu verhindern oder rückgängig zu machen. Sonst könnte das eintreten, was Präsident Gorbatschow gesagt hat, daß nämlich die Sowjetmacht in 15 Republiken zerfällt, jede militärisch ausgerüstet und vielleicht auch mit

eigenem Atompotential versehen. Und vor dieser Version graut es der Welt. Ich bin überzeugt, daß Deutschland am ehesten in der Lage ist, hier einen entscheidenden Beitrag zu leisten. Wenn das keine globalpolitische Funktion ist, was denn dann!

In der deutschen Presse war immer wieder zu lesen, das vereinte Deutschland werde sich noch für eine geraume Zeit gewisser Ängste -Begehrlichkeiten und Wünsche von außen zu erwehren haben. Das ist zu erwarten. Nun, Ängste bestehen bei uns nicht, auch keine Berührungsängste. Und Begehrlichkeiten würde ich das nicht nennen. Denn, Herr Senghaas, in 10 Jahren kann alles sehr viel anders kommen, als wir uns das heute ausmalen. Vielleicht wird man sich dann an den Kopf fassen, wenn man die Möglichkeiten, die sich heute bieten, nicht genutzt hat. Ich denke nur an unsere Erdölreserven, die wir zusammen erschließen könnten, und zwar auf marktwirtschaftlicher Basis.

Ich wiederhole noch einmal mit allem Nachdruck: Wenn ich von der Weltmacht Deutschland spreche - lassen wir den linguistischen Streit einmal beiseite;- , dann meine ich damit nicht einen Griff Deutschlands nach der Weltmacht, sondern hier wächst Deutschland eine bestimmte Rolle zu, die insbesondere in der marktwirtschaftlichen Erschließung des europäischen Ostens wirksam werden müßte, um den allgemeinen Zerfall, die Balkanisierung Osteuropas, die großen Unsicherheiten zu verhindern und eine echte Stabilität in Europa zu schaffen.

Es hat mich doch betroffen gemacht, Frau Seebacher-Brandt, daß Sie mir so quasi vorwerfen, ich wolle mit der Weltmachtdiskussion eine Art Schreckgespenst auf den Rest der Menschheit loslassen. Das will ich keineswegs. Ich befinde mich da auch durchaus in guter Gesellschaft. Ich denke etwa an die bundesdeutschen GRÜNEN, angeführt von Frau Antje Vollmer, der ja nun wirklich jede nationalistische Regung, jedes Großmachtdenken fremd ist. Aber sie spricht völlig unbeschwert und unverklemmt, ohne falsche oder echte Schuldgefühle, auch ohne Heuchelei darüber, was mit der auf Deutschland zukommenden Weltmachtrolle zu machen sei. Sie sprechen dann von Eurozentrismus. Nun, ich habe mich als Deutschlandexperte auf Deutschland und Europa konzentriert. Selbstverständlich müßte man Japan, Indien, Brasilien und wen sonst noch in unsere Überlegungen mit einbeziehen. Dazu blieb hier keine Zeit, und dazu fehlt mir auch die Kompetenz.

Ich sage abschließend: Das Hemd ist mir nun einmal näher als der Rock, wie man im Deutschen sagt, und ich bekenne mich dazu. Vielleicht ist es ein wenig überzogen, wenn ich die Erschließung und Stabilisierung des osteuropäischen Raumes, die Verhinderung der Balkanisierung und die Eröffnung von Möglichkeiten, unsere bis dato leeren Regale zunächst halbvoll und dann voll zu machen, als globalpolitische Funktion der werdenden Großmacht Deutschland bezeichnet habe. Aber ich meine es ehrlich so.

### **Bereshkow**

Die Weltmachtkonzeption ist gegenwärtig am Persischen Golf ja ernsthaft herausgefordert. Sogar die vereinten Bemühungen beider Weltmächte sind da in eine Sackgasse geraten. Nun ist der Persische Golf nicht Panama, obwohl die Amerikaner behaupten, sie könnten den Irak in zwei Wochen vernichten oder kampfunfähig machen. Das hätte aber unabsehbare Konsequenzen. Denn wie die arabische Welt und viele Länder der dritten Welt darauf reagieren würden und wie sich dann die Beziehungen zwischen Nord und Süd künftig überhaupt gestalten werden, weiß heute niemand zu sagen.

Wenn es nicht zu einer militärischen Auseinandersetzung kommt, dürfte sich aber die Bereitschaft, bestimmte Maßnahmen durchzuhalten, allmählich abschwächen, und es ist kaum anzunehmen, daß die Blockade Hussein zwingen wird, Kuwait zu verlassen. Die Folge wird sein, daß in einigen westlichen Ländern, auch in den USA, die Proteste zunehmen werden, weiterhin Druck auf den Irak auszuüben. Mit anderen Worten: alles wird beim alten bleiben. Das untergräbt natürlich die Position der Weltmächte ganz erheblich, und dadurch wird das ganze Sicherheitssystem bedroht.

Probleme gibt es auch bei der Nichtverbreitung von Kernwaffen und dem Bestreben, Kernwaffenversuche zu begrenzen. Heute sind viele kleinere Länder in der Lage, Kernwaffen zu produzieren und auch zu testen. Auf diese Weise könnte auch ein kleines Land in Versuchung geraten, einen Krieg vom Zaun zu brechen.

Der Warschauer Pakt ist weitgehend zusammengebrochen. In einigen Sowjetrepubliken fordert man die Schaffung eigener nationaler Streitkräfte, die dann nur auf dem eigenen Territorium stationiert werden sollen. Wir ziehen Atomwaffen aus Gegenden ab, in denen die politische Lage instabil geworden ist, während wir zuvor als Weltmacht glaubten, dort unbedingt diese Waffen aufstellen zu müssen. Aber wenn wir aus dem Baltikum oder dem Kaukasus die Waffen abziehen, schwächen wir damit unsere Position als Weltmacht.

Wir brauchen unbedingt neue Konzeptionen und Ideen. Vielleicht verliert der Begriff Weltmacht im militärischen Sinn ja überhaupt seinen Sinn und gewinnen Wirtschaft, Technik und Kultur an Bedeutung. Dann würde in der Tat auch das vereinte Deutschland einen Großmachtstatus erhalten.

Herrn Achtamsjan kann ich nicht zustimmen, wenn er meint, wir hätten unser eigenes System. Der Westen müsse uns /war helfen, doch über die Anwendung müßten wir schon selbst entscheiden. Aber wir selber wollen doch dieses System verändern, weil wir immer wieder feststellen, daß wir nicht in der Lage sind, die Hilfsgüter an den Verbraucher zu bringen. Herr Skalski erwähnte vorhin die Kredite, die Polen vom Westen erhalten hat und die es gar nicht richtig nutzen konnte. Die Sowjetunion hat zwar keine großen Kredite erhalten, dafür hatten wir aber fast 200 Milliarden Dollar Einnahmen aus unseren Erdölexporten. Was haben uns diese Gelder gebracht? Denn unsere Lage ist mindestens so schlimm wie die in Polen, wenn nicht noch schrecklicher. In Polen gibt es wenigstens noch Waren in den Geschäften. Bei uns dagegen sind die Regale leer.

Ich verstehe ja unsere Nostalgie. Einst waren wir eine Weltmacht; jetzt brauchen wir Hilfe von außen und müssen unser System umgestalten. Das neue Konzept für die Wirtschaft wird bei uns zur Zeit eingehend diskutiert und demnächst wohl verabschiedet werden. Auf das alte System können wir nicht mehr bauen. Aber wir müssen auch verstehen, daß diejenigen, die bereit sind, uns mit Krediten zu unterstützen, nicht wollen, daß ihr Geld so sinnlos verpulvert wird wie unsere Erdölmilliarden.

### **Meurice**

Herr Schenajew sagte, wir sollten die gemeinsame Zukunft Europas auf der Grundlage der NATO errichten, und Herr Kornblum führte aus, daß die Strukturen allein überhaupt nichts lösen. Wenn Sie mit Ihrer Feststellung meinen, Herr Schenajew, daß wir im Westen das Gewicht jener beiden Institutionen verringern, schwächen oder lockern sollten, auf die wir zuerst unsere Sicherheit und dann unseren Wohlstand gegründet haben, würde ich das für einen großen Fehler halten, und zwar nicht nur von unserem Standpunkt aus, sondern auch aus der Sicht der Sowjetunion und der anderen ost-mittleuropäischen Länder.

Ich darf Sie daran erinnern, was ein Sicherheitssystem ist. Zwischen den beiden Weltkriegen wurde der Versuch unternommen, ein Sicherheitssystem auf der Grundlage des Völkerbundes zu schaffen. Dieses sehr schwache System brach zusammen und konnte niemandem Sicherheit bieten. Nach dem Zweiten Weltkrieg versuchten wir, die Vereinten Nationen als ein Sicherheitssystem aufzubauen, das dazu gedacht war, den Frieden in der Welt zu bewahren und eine friedliche Beilegung von Konflikten und Unterstützung im Falle von Aggressionen anzubieten. Doch auch dieses System hatte seine Begrenzungen und Schwächen. Unter den ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates, die ein Vetorecht ausüben konnten, herrschte Uneinigkeit, so daß jedermann wußte, wie schwer wirkliche Aktionen zustande zu bringen waren. Tatsächlich waren die Vereinten Nationen jahrelang nicht imstande, etwas zu bewirken.

Dennoch erlaubte es die Charta der Vereinten Nationen den Mitgliedsländern, Verteidigungsbündnisse einzugehen. Das ist immer noch der Fall und gilt auch für die NATO. In der gegenwärtigen Golfkrise sind sich die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates glücklicherweise einmal einig. Aber wie weit reicht das, und wie lange hält dieser Zustand an? Das kann niemand sagen. Möglicherweise stimmen sie in anderen Situationen nicht mehr überein.

Für die Zukunft Europas ist die Aufrechterhaltung eines Verteidigungsbündnisses wie der NATO sicherlich nötig. Wir wissen nicht genau, wie die Zukunft der Sowjetunion aussehen wird, und wir wissen auch nicht, wie es um das Gleichgewicht der Kräfte in Europa bestellt sein wird. Genausowenig wissen wir, welche Möglichkeiten Europa hat, um im Falle äußerer Bedrohung gemeinsam zu handeln.

Um auf die EG zurückzukommen. Sie findet mehr und mehr Zustimmung bei unseren sowjetischen Freunden, die Abmachungen mit der EG eingegangen sind. Die EG wird sicher zur Unterstützung Ost- und Mitteleuropas benötigt. Aber die Ausführungen von Herrn Portugalow zeigen, daß die Rolle der EG als Integrationsmechanismus noch nicht richtig verstanden wird. Wenn ich höre, wie hier noch in Begriffen des Nationalstaates gedacht wird, dann halte ich das in Europa für überholt.

Wenn wir die neue europäische Ordnung auf der Grundlage der Nationen errichten wollten, wäre das äußerst gefährlich. Wir würden sofort auf den Zustand des Völkerbundes zurückfallen und in eine Situation geraten, in der es keine Bindungen, keine Integration und keine Union zwischen den Ländern gäbe. Europa sollte aber soweit wie möglich auf Integration aufbauen. Je mehr die EG integriert ist, desto mehr wird sie - im Gegensatz zu dem, was viele Leute meinen - sich nicht nur mit

sich selbst beschäftigen, sondern nach außen wenden, und um so eher wird sie auch in der Lage sein, anderen zu helfen. Darauf wird es in nächster Zukunft besonders ankommen.

Ich hoffe deshalb, daß auf sowjetischer Seite die EG als dauerhafter Integrationsprozeß wahrgenommen wird. Die nächsten Schritte werden in Richtung Politische Union, Währungsunion und so weiter gehen.

Dann ein Wort zu dem, was hier über gesamteuropäische Strukturen gesagt wurde. Offensichtlich ist es nicht möglich, ein Sicherheitssystem auf gesamteuropäischer Ebene zu entwickeln, das uns die gleichen Garantien verschafft, wie dies die NATO für die westlichen Länder tut. Wenn der Warschauer Pakt auseinanderfällt, so ist das nicht unsere Schuld. Gleiches gilt für das COMECON. Und wir sollten uns hüten, das Auseinanderfallen von Warschauer Pakt und COMECON zum Anlaß zu nehmen, unsere eigenen Organisationen zu schwächen. Wir haben nichts gegen die Weiterexistenz des Warschauer Paktes, wenn es sich dabei um ein reines Verteidigungsbündnis handelt.

Wir hatten Vorbehalte gegen den Warschauer Pakt, weil wir der Meinung waren und das war wohl zutreffend;-, daß dieses Bündnis von den Bevölkerungen der beteiligten Länder nicht akzeptiert wurde und es sich nicht um eine demokratische Verbindung von Ländern handelte. Das gleiche gilt für das COMECON. Aber wenn man in Ost- und Mitteleuropa, wenn man zwischen der Sowjetunion und den anderen Ländern gegenseitige Unterstützung auf der Grundlage der Freiheit der Menschen entwickeln will, warum denn nicht? Das bleibt ihnen überlassen. Es scheint indes nicht der Trend zu sein. Viele dieser Länder schauen mehr in Richtung EG, als daß sie eine Fortführung des COMECON wünschen. Aber alles, was dem freien Willen der Bevölkerungen entspricht, wird von unseren Demokratien begrüßt.

Das läßt weiten Raum für neue Strukturen auf europäischer Ebene. Ich wiederhole: Sie werden nicht so stark sein wie die im Westen. Aber die nächste KSZE-Konferenz kann einige Agenturen und Institutionen auf den Weg bringen, die hilfreich sein werden. Wir sollten keine Illusionen hegen, aber in jedem Fall gemeinsam versuchen, diese gesamteuropäische Zusammenarbeit und Sicherheit so gut wie möglich zustande zu bringen.

Lassen Sie mich zum Schluß noch etwas aufgrund meiner persönlichen Erfahrungen in der Sowjetunion sagen. Ich bin außerordentlich beeindruckt von den jüngsten Veränderungen, und ich bin davon überzeugt, daß sie zum Besseren führen werden. Was mich bei unseren sowjetrussischen Freunden sehr berührt hat, ist, daß sie sagen, sie wollten mehr und mehr wie zivilisierte Menschen leben. Daraus kann man schließen, daß sie selbst das Gefühl hatten, in einer anderen Welt zu leben und sich nun wieder unserer Welt anschließen wollen. Das wird zweifellos ein äußerst schwieriger Weg werden. Aber wir sollten alles tun, um ihnen zu helfen, sich der gemeinsamen Zivilisation anzuschließen, dieser gemeinsamen Welt der Demokratien und freien Wirtschaften. Ich meine, wir müßten mehr in dieser Richtung tun, wozu wir durchaus in der Lage wären.

Was wir nicht tun sollten, ist, Kredite wie Blankoschecks zu geben. Das hat keinen Sinn. Ich habe hier Äußerungen vernommen, die mehr oder weniger gerade darauf hinausliefen. Wir können heute wahrscheinlich mehr auf dem Gebiet von Training und Ausbildung erreichen, um die Struktur der sowjetischen Wirtschaft zu verändern. Dazu brauchen wir einen gesetzlichen Rahmen.

Wir haben gestern von Herrn Lukjanow und anderen gehört, daß sich hier in den nächsten Monaten solche Rechtsstrukturen entwickeln werden. Als jemand, der Investoren berät, also Bankiers, Industrielle und andere Geschäftsleute, die in der Sowjetunion investieren wollen, kann ich Ihnen nur sagen: Solange es diesen rechtlichen Rahmen nicht gibt, sind wir nicht in der Lage zu investieren. Deshalb sollten Sie in dieser Hinsicht schnell handeln; sonst wird es mit Hilfeleistungen und Investitionen außerordentlich schwierig werden.

Wir tun auch nicht genug in bezug auf unsere ost-mitteleuropäischen Freunde. Hier ist insbesondere die Europäische Gemeinschaft gefordert. Der kommende Winter wird hart werden. Die Herausforderung ist groß, und ich hoffe, wir können ihr gerecht werden.

### **Karaganow**

Ich möchte mit der Feststellung beginnen, daß das außenpolitische Denken in der Sowjetunion weitgehend veraltet ist. Wir haben uns in unserer Politik zu sehr auf einzelne Länder bezogen und dabei die multilaterale Diplomatie vernachlässigt, was wir zur Zeit zu beheben versuchen. Aber der Rückstand ist offensichtlich, wobei der schwerwiegendste Fehler der sowjetischen Außenpolitik die Unterschätzung der NATO und der EG gewesen ist. Dies hat auch zu einer Fehleinschätzung der deutschen Frage geführt.

Das Ganze hat verschiedene Ursachen. Eine davon mutet geradezu lächerlich an: Es gibt in unserem gesamten Staatsapparat, nicht einmal im Außenministerium, eine Stelle, die sich mit europäischen Institutionen befaßt. Das erklärt vielleicht auch die Schwankungen unserer Politik, die sich einmal stärker in Richtung USA, einmal in Richtung Frankreich, dann in Richtung Deutschland bewegte. Die Vorstellung, das Heil aus irgendeiner bestimmten Richtung zu erwarten, war ein wenig abwegig; denn die Rettung konnte nicht von Deutschland, Frankreich, den USA oder gar von Großbritannien kommen. Erfolg hatten wir erst, als wir zu einer multilateralen Außenpolitik übergangen und die Beziehungen zu den verschiedenen Ländern im Zusammenhang sahen. Wir hätten unser Verhältnis zu den USA nicht verbessern können, ohne gleichzeitig das Verhältnis zu Deutschland in Ordnung zu bringen. Aus dem Grunde glaube ich auch nicht, daß wir Deutschland fürchten müssen.

Wir müssen also unsere Beziehungen zur EG und zur NATO intensivieren. Das vereinte Deutschland ist dabei kein Hindernis. Und wenn eines Tages in einem Falle wie der Golfkrise Deutschland in Abstimmung mit den USA im Rahmen der NATO und mit der Sowjetunion im Rahmen des europäischen Integrationsprozesses Truppen in solche Regionen entsenden sollte, würde ich darin kaum eine Bedrohung sehen. Anders wäre das, wenn Deutschland seine Truppen ohne vorherige Abstimmung mit den anderen Ländern schicken würde.

Unsere Außenpolitik hat auch darunter gelitten, daß wir immer wieder bestimmte Institutionen favorisierten. Es gab eine Zeit, wo wir eine Vorliebe für den Europarat entwickelten und unsere Politik danach ausrichteten, obwohl die dort vorhandenen Möglichkeiten doch recht begrenzt sind. Jetzt setzen wir größere Hoffnungen auf die Zusammenarbeit mit der NATO, wofür ich seit Jahren eintrete. Aber auch das sollten wir nicht übertreiben - vielleicht in der Hoffnung, Deutschland damit stärker einbinden zu können;-, zumal die Bedeutung der Militärbündnisse ohnehin abnimmt.

Wenn wir aber in Kooperation mit der NATO den KSZE-Prozeß weiterentwickeln und politisch und wirtschaftlich mit der Europäischen Gemeinschaft zusammenarbeiten, dann wachsen wir langsam in ein größeres Europa hinein und gewinnen das richtige Verständnis dafür. In dem Falle hätten wir auch mehr Möglichkeiten, über die NATO und die EG auf Deutschland und andere Länder Einfluß zu nehmen und eine gesunde Partnerschaft zu fördern. Davon kann die Sowjetunion nur profitieren.

Mein letzter Punkt betrifft die künftige Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und dem vereinten Deutschland. Für eine solche Kooperation sehe ich eine Reihe wichtiger Komplexe. Dazu zählt vor allem der militärische Bereich und die Rüstungsindustrie. Auf diese Weise könnte es gelingen, die Militärs in die Veränderungsprozesse, die in Europa stattfinden, miteinzubeziehen und ihnen die Furcht vor einer möglichen Bedrohung zu nehmen. Auch eine Zusammenarbeit mit der westlichen Industrie bei der Abrüstung unter Einsatz deutschen Kapitals würde sich für uns politisch und wirtschaftlich positiv auswirken und die Vorbehalte abbauen helfen, die bei uns gegenüber diesen Prozessen noch bestehen. Als weitere Bereiche der Zusammenarbeit sehe ich die Energiewirtschaft und die Nahrungsmittelindustrie, was aber politisch nicht die gleiche Bedeutung hat, wie bei der Rüstungskonversion.

### **Meyer-Landrut**

Die militärische Komponente der Zusammenarbeit ist ohne Frage ein wichtiger Punkt, Herr Karaganow, und ich kann Sie beruhigen, an militärische Alleingänge in der dritten Welt denkt bei uns nun wirklich niemand. Es geht lediglich um die Frage, die auch Frau Seebacher-Brandt angesprochen hat, inwieweit deutsches Militär im Rahmen der UNO bei friedenserhaltenden Maßnahmen eingesetzt werden kann.

### **von Arnim**

Wir haben hier in Moskau im vergangenen halben Jahr immer wieder festgestellt, daß die Prozesse zwischen West und Ost in Europa, insbesondere das, was mit der Einigung Deutschlands zusammenhing, auch in die sowjetische Innenpolitik hineingeraten ist und zu innenpolitischen Zwecken, die im Grunde mit der Außenpolitik wenig zu tun haben, benutzt wurden.

Dahinter steht für mein Gefühl ein sehr viel grundlegenderes Problem, das mit den Zielen der Perestroika zusammenhängen könnte. Wenn ich es richtig sehe, geht es bei der Perestroika letztlich darum, die natürlichen und menschlichen Potentiale in diesem Land endlich zu befreien, um sie sinnvoll nutzen zu können. Es geht also nicht darum, daß Sie unsere Spielregeln übernehmen, sondern daß Sie jene Spielregeln anwenden, die sich in anderen Ländern als äußerst erfolgreich erwiesen haben. Hierfür vermisse ich in der hiesigen innenpolitischen Diskussion noch das rechte Verständnis.

Aber auch auf unserer Seite hat man die veränderte weltpolitische Situation vielfach noch nicht richtig begriffen. Da heißt es immer wieder: Die NATO bleibt die NATO, ohne zu berücksichtigen, was sich an tatsächlichen Veränderungen bereits vollzogen hat und beinahe täglich weiter vollzieht. Ich denke nur daran, daß mit dem Beschluß, die deutschen Streitkräfte auf 370 000 Mann zu reduzieren, zwangsläufig eine Veränderung der NATO-Strategie verbunden ist. Das hat man vielerorts auch bei uns noch nicht nachvollzogen, wieviel weniger kann man erwarten, daß dies in der Sowjetunion schon allgemein so gesehen wird.

Ähnlich wie Herr Froment Meurice war auch ich über die Feststellung von Herrn Kornblum überrascht, mit Institutionen und Strukturen könne man im Grunde gar nichts bewirken. Sicher, letztlich kommt es auf die Inhalte an. Aber die Strukturen sind unverzichtbar, wenn es darum geht, Prozesse, wie zum Beispiel den Wertewandel in der Sowjetunion, international zu bewältigen. Es wurde ja auch bereits eine Reihe wichtiger neuer Strukturen geschaffen, die allmählich neben die sich verändernde NATO und neben die sich verändernde Europäische Gemeinschaft treten und die vielleicht in der Lage sind, jene ungeheueren Bewegungen, die in den vergangenen zwei Jahren angestoßen wurden, aufzufangen.

Es geht also nicht darum, von unserer Seite irgendwelche politischen Bedingungen und Forderungen zu stellen, sondern der Erfolg dieser ganzen Bewegung in der Sowjetunion hängt nicht zuletzt davon ab, daß der eingeleitete politische Wertewandel in diesem Lande fortgesetzt wird. Anderenfalls gerät die innere Entwicklung in der Sowjetunion in große Schwierigkeiten, die nichts mit irgendwelchen Einwirkungen von außen zu tun haben. Das heißt, inwieweit die neu geschaffenen Möglichkeiten tatsächlich genutzt werden können, hängt im Grunde viel mehr von der Sowjetunion ab als von uns.

### **Kotyk**

Im Zusammenhang mit der Hilfe für Mittel- und Osteuropa ist mitunter von einem neuen Marshallplan die Rede. Dabei wird übersehen, daß die heutige Situation sich von derjenigen unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg vollkommen unterscheidet. Damals waren die Volkswirtschaften in Westeuropa und auch in Deutschland zwar vollkommen zerstört, aber es handelte sich um das gleiche marktwirtschaftliche System wie in den USA, die den Marshallplan initiiert hatten. In Osteuropa dagegen haben wir diese Marktwirtschaft im Laufe von Jahrzehnten völlig zerstört. Aus diesem Grunde brauchen wir andersartige Hilfsmaßnahmen, die der veränderten Situation entsprechen.

Auch die Integration mittel- und osteuropäischer Länder in die EG ist von daher ein äußerst schwieriger Prozeß, der auch in Westeuropa umstritten ist. So hat Mrs. Thatcher, die von einem EG-Beitritt Mittel- und Osteuropas - aber ohne die Sowjetunion - gesprochen hat, zugleich betont, es sei wichtiger, Mittel- und Osteuropa den baldigen Beitritt zur EG zu ermöglichen und statt dessen den Prozeß der politischen Integration abzubremsen. Also auch vom Standpunkt der westeuropäischen Länder aus ist unser Beitritt nicht so einfach, wie das auf den ersten Blick scheint.

Noch ein Wort zur NATO. Ich halte es für wenig realistisch, daß demnächst eine Einladung an die Osteuropäer ergeht, der NATO beizutreten. Aber ich verkenne nicht, daß die NATO derzeit in Europa eine positive Rolle spielt, auch was die Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands in der NATO angeht. Es gibt zur Zeit keine andere Organisation, die eine gewisse Sicherheit gegen mögliche Konflikte in Europa garantiert. Dennoch müssen wir uns ernsthaft über ein neues Sicherheitssystem in Europa Gedanken machen, an dem die USA und die Sowjetunion beteiligt sind.

### **Skalski**

Ich möchte doch einigen Äußerungen hier, besonders von sowjetischer Seite, entschieden widersprechen. Wenn zum Beispiel gesagt wurde, Ost und West müßten auf der Grundlage zusammenarbeiten, daß es weder Sieger noch Besiegte gibt, dann wissen wir alle sehr genau, daß es sowohl Besiegte als auch Sieger gibt. Der kalte Krieg, der über 40 Jahre in Europa und in der ganzen Welt ausgetragen wurde, hat mit dem Sieg der einen Seite und der Niederlage der anderen geendet. Und verloren haben wir, die östlichen Länder, die im Herrschaftsbereich der kommunistischen Ideologie lagen und dieses grandiose mißlungene historische Experiment mitmachen mußten. Das System hat sich in der Theorie als unhaltbar und in der Praxis als verbrecherisch erwiesen. Es hat total abgewirtschaftet und fällt jetzt überall auseinander. Bevor wir das nicht ganz und gar eingesehen und auch unseren Gesellschaften klargemacht haben, kann man nichts sinnvoll Neues aufbauen. In Polen herrscht darüber schon seit langem Klarheit. Den Sowjetrussen wird man das noch eine Weile erklären müssen; doch in der Praxis fühlen sie es schon - das Sein bestimmt ja bekanntlich das Bewußtsein; nur geht das eben nicht so schnell.

Die Herren Schenajew und Below haben - versucht, einige Bruchstücke des alten Systems zu retten. Das wird auch zunächst notwendig sein, solange wir noch nicht gelernt haben, in einem neuen System zu leben. Vielleicht brauchen wir zur Zeit auch noch einige Restbestände des RGW. Aber ich nehme an, bis zum Beginn des nächsten Jahres wird der RGW nur noch ein Phantom sein. Wir werden unseren Handel auf Dollarbasis abwickeln, und der RGW wird dabei keine Rolle mehr spielen. Auch der Warschauer Vertrag gleicht nur noch einem Gespenst und hat praktisch aufgehört zu existieren. Wegen der NATO halten wir ihn der Form halber noch am Leben. Ich meine, es lohnt sich nicht, sich an diese Überreste zu klammern, obwohl wir uns darüber klar sein sollten, daß die NATO blüht, wächst und gedeiht.

Natürlich müssen wir im Vorzimmer der EG noch etwas warten. Auch Länder wie Spanien, Griechenland und Portugal haben lange gewartet. Die Wartezeit ist keine Bestrafung für den Kommunismus, sondern eine Folge unserer Rückständigkeit. In diesem Vorzimmer müssen wir noch einiges lernen, vor allem die Spielregeln, nach denen die Beziehungen in der entwickelten Welt Westeuropas geregelt sind. Darüber sollten wir auch nicht beleidigt sein; denn die Fehler haben wir selbst begangen. Wir standen auf der falschen Seite und haben jetzt dafür zu zahlen und müssen dankbar dafür sein, wenn man uns großmütig behandelt.

Welche praktische Auswirkung das hat, läßt sich am Beispiel Polens deutlich machen - wir sind ja der Sowjetunion zeitlich um ein oder zwei Jahre voraus. Vor zwei Jahren haben wir dem Westen gegenüber auch erklärt, man müsse uns unterstützen, dürfe uns aber keine Bedingungen diktieren; denn unsere Lage sei eben sehr kompliziert und für Außenstehende schwer verständlich. Aber so argumentieren alle rückständigen Länder der Welt und meinen, bei ihnen sei es am schlimmsten und niemand könne ihre Lage richtig einschätzen. Das stimmt aber nicht; denn Rückständigkeit weist in vielen Ländern die gleichen Ursachen auf, und die westlichen Experten, die in Lateinamerika, Afrika oder auch in Osteuropa gearbeitet haben, kennen sich ganz gut damit aus. Sie wissen, wie man uns helfen kann.

Das größte Problem ist, daß wir diese Hilfe vielfach gar nicht richtig nutzen können, weil wir nicht wissen, was wir mit den erhaltenen Geldern anfangen sollen. Das heißt, die westlichen Länder üben kein Diktat aus, sondern sie sind nur weitsichtig. In den 70er Jahren war das anders. Um beim Beispiel Polens zu bleiben: Damals haben wir Riesensummen vom Westen, vor allem von der Bundesrepublik, erhalten und ausgegeben. Aber das hat uns überhaupt nichts genützt. Im Grunde war das ganze Geld für die Katz, um es nicht noch drastischer auszudrücken. Deswegen schuldet Polen der westlichen Welt jetzt 46 Milliarden Dollar. Das heißt, wir haben das ganze Geld verpulvert. Auf dieser Grundlage lehnen wir neue Kredite für den polnischen Staat ab, und Gott sei Dank will uns zu diesen Bedingungen auch niemand mehr Geld zur Verfügung stellen.

Der Westen wäre also gut beraten, der Sowjetunion kein Geld zu überlassen; es wäre auch besser für die Sowjetunion selbst. Natürlich wird man vom Westen verschiedene Projekte finanziell unterstützen. Aber da geht es um Geschäfte, und dabei sollte der großrussische Stolz ein wenig zurückstehen. Mehr Bescheidenheit auf unserer Seite bringt uns sehr viel mehr Nutzen.

### **Schmidt-Häuer**

Was in dieser Diskussion immer wieder deutlich wird, sind die ungeheuren Erwartungen, die sich auf die Marktwirtschaft richten. Und mich irritiert die Apologie, mit der dieses Thema hier von allen Seiten behandelt wird, ohne einmal zu hinterfragen, wie es eigentlich um eben diese Marktwirtschaft selbst steht. Natürlich sehe ich auch die ungeheure Modernisierungsproblematik, mit der die Sowjetunion und Osteuropa konfrontiert sind, aber wir können deshalb doch nicht die globalen Probleme Umweltfragen, Ressourcenknappheit und anderes mehr - einfach ausklammern.

Um nicht in den Ruf zu geraten, der letzte Sozialist in diesem Raum zu sein, stimme ich voll dem zu, was Herr Skalski eben über die Verlierer und ihr tragisches Schicksal gesagt hat. Auf der anderen Seite sehe ich im Scheitern des Sozialismus nicht allein wegen der furchtbaren Folgelasten nur einen geringen Anlaß zur Freude. Nicht zuletzt ist mit dem Bankrott des Sozialismus auch das Jahrhundertexperiment gescheitert, die Wirtschaft, sagen wir, ethisch zu steuern. So sehr der Sozialismus auch entartet ist - sein Ansatz war nicht so falsch.

Wir dürfen uns durch dieses Scheitern nicht blenden lassen und meinen, jetzt könne mit der Marktwirtschaft endgültig das Reich der Freiheit geschaffen werden in Deutschland und um Deutschland herum. Die Marktwirtschaft bleibt bei allen unbestrittenen Erfolgen ein zerbrechliches Ding. Was geschieht zum Beispiel, wenn sich durch Spekulationen auf den internationalen Finanzmärkten schneller Geld verdienen läßt als mit Investitionen in Produktionsmittel, die infolge der langen technologischen Entwicklungsprozesse natürlich sehr viel längere Zeit benötigen? Und wo

sollen die riesigen Kapitalmengen herkommen, um etwa die Umstellung der Technologie im Energiebereich durchzuführen? Ich könnte viele weitere Beispiele anführen, die mich für die Zukunft mit Sorge erfüllen und bei denen ich nicht glaube, daß die Marktwirtschaft das Allheilmittel ist.

### **Meyer-Landrut**

Über das Thema Marktwirtschaft müßten wir natürlich sehr viel ausführlicher diskutieren und dann auch jene Regulative erwähnen, die der sozialen Marktwirtschaft inhärent sind. Sicher, bei den Kapitalflüssen gibt es Fehlentwicklungen, Herr Schmidt-Häuer, das läßt sich in einer freien Wirtschaft auch kaum verhindern. Aber es gibt doch auch gewisse Steuerungselemente durch Organisationen wie IWF, Weltbank und so weiter, die nicht unterschätzt werden sollten.

### **Sagladin**

Unsere Diskussion hat einmal mehr deutlich gemacht, daß wir in einer sich schnell verändernden Welt leben, in der vieles noch offen ist und zahlreiche Fragen bislang noch ohne Antwort sind. Das hat auch unser Gespräch beeinflußt. Manche Antworten sind hier etwas vage, teilweise sogar widersprüchlich ausgefallen. Nun, die Zeit wird uns darauf ihre eigenen Antworten geben, die uns dann mehr Klarheit verschaffen.

Herr Körber hatte zu Beginn eine Reihe von Fragen gestellt, auf die wir nur zum Teil eingegangen sind. Zunächst: Wie sieht die Sowjetunion ihre Sicherheit, vor allem im Rahmen der wachsenden Interdependenzen in der Welt? Dabei hat Sicherheit nicht nur eine militärische Komponente. Vielmehr brauchen wir ein neues Sicherheitskonzept, das auch die anderen Lebensbereiche berücksichtigt, von denen Gefahren für Völker, Länder und Staatenbünde, ja, für die Menschheit insgesamt ausgehen können. Zweifellos wird der militärische Faktor nach wie vor eine große Rolle spielen, wenn man dabei nicht mehr primär auf die Beziehungen zwischen Ost und Weste abstellt, sondern auch das Nord-Süd-Verhältnis mit einbezieht. Hierfür brauchen wir neue Konzepte, die wir nur gemeinsam verarbeiten können. Gerade diese Gemeinsamkeit ist eine wichtige Komponente unserer zukünftigen Sicherheit, worauf Herr Karaganow eben hingewiesen hat. Wir müssen vermeiden, uns allzusehr auf einzelne Länder oder Ländergruppen zu konzentrieren, sondern europa- und weltweit zusammenarbeiten. Das gilt auch für ein Thema wie die Rüstungskonversion.

Was die militärische Seite unserer Sicherheit betrifft, so haben sich die Bedingungen für uns grundlegend verändert. Der Warschauer Vertrag in seiner früheren Form hat heute so gut wie aufgehört zu existieren. Wir konzentrieren jetzt zum einen auf die einseitige Durchführung militärischer Reformen, die teilweise schon im Gang sind. Gleichzeitig müssen wir aber auch die veränderten sicherheitspolitischen Beziehungen zu anderen Ländern und zu Institutionen wie NATO und EG beachten. Die Zukunft unserer Sicherheit sehen wir in einer Kombination unserer eigenen Bemühungen in Verbindung mit dem allgemeinen Sicherheitssystem in Ost und West und künftig wohl auch im euroasiatischen Raum. Denn wir können hier weder Japan noch den südlichen Raum ausnehmen.

Das ist eine ungeheure Arbeit, die erst beginnt. Es liegen dafür noch keine Konzeptionen vor. Wohl gibt es für Europa bereits einige Ideen, aber für einen größeren Raum noch nicht. Diese zu entwickeln, sehe ich als unsere gemeinsame Aufgabe an.

Herr Körber fragte dann, wie sich die Beziehungen zwischen den USA und der UdSSR darstellen. Jedes dieser beiden großen Länder spielt seine eigene Rolle und hat eigene Interessen. Aber wir sind davon überzeugt, daß die grundlegenden Interessen der USA, der UdSSR und vieler anderer Länder weitgehend übereinstimmen und zu einer weiteren Vertiefung unserer Beziehungen führen werden.

Herr Citron hat zu Recht gesagt, daß die Begriffe Großmacht und Weltmacht in erster Linie mit der weltweiten Verantwortung dieser Länder zusammenhängen. Die USA und die UdSSR wissen um diese Verantwortung. Darüber ist zwischen unseren Präsidenten und Außenministern viel gesprochen worden, und unsere Zusammenarbeit zielt darauf ab, diese Verantwortung in die Praxis umzusetzen. Die Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA werden auch in Zukunft eine bedeutende Rolle für Europa und die übrige Welt spielen, was indes nicht heißt, daß wir irgend jemandem unseren Willen aufzwingen wollen. Bush und Gorbatschow haben beide erklärt, daß es um eine gleichberechtigte Zusammenarbeit im Hinblick auf gemeinsame Friedensziele geht.

Die Frage, ob Deutschland eine Großmacht, eine Weltmacht ist, steht für mich nicht im Vordergrund. Deutschland war schon immer eine große Nation. Sie ist mitunter vom Weg einer friedlichen Entwicklung abgekommen. Jetzt aber hat sie einen neuen Weg eingeschlagen, der ihre Weltgeltung erneut unter Beweis stellen wird. Ich meine, dieses Deutschland wird zum Entstehen einer neuen,

friedlichen Welt einen bedeutenden Beitrag leisten. Unsere noch bestehenden Ängste vor Deutschland werden wir überwinden müssen. Ich persönlich habe solche Angst nicht.

Wie sieht die Sowjetunion Europa? Herr Kornblum hat die Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen der UdSSR, den USA und der EG hervorgehoben. Davon wird die Ausgestaltung der Beziehungen auf dem europäischen Kontinent entscheidend abhängen. Das kann nicht Sache einzelner Länder oder nur einer Ländergruppe sein, sondern hier müssen alle drei Komponenten zusammenwirken, ohne daß damit die bilateralen Beziehungen unwichtig werden, etwa zwischen Frankreich und der Bundesrepublik oder der UdSSR zu Frankreich und zu Deutschland. Ich will damit die anderen europäischen Länder nicht diskriminieren, aber der Achse Frankreich Deutschland - Sowjetunion kommt historisch gesehen nun einmal eine wichtige Rolle zu. Darüber hinaus wird jedoch die gesamteuropäische Zusammenarbeit unter Einbeziehung der USA die zukünftige Europapolitik maßgeblich beeinflussen.

Herr Kornblum und andere haben zu Recht darauf hingewiesen, daß für die Annäherung und Zusammenarbeit zwischen Ost und West die Frage der Vereinbarkeit bestimmter Grundwerte eine wichtige Rolle spielt. Wenn hier von sowjetischer Seite betont wurde, wir hätten unser eigenes Wertesystem, dann trifft diese Feststellung im Grunde auf alle Länder zu. Denn jedes Land hat neben den allgemeinen Werten auch ein spezifisch eigenes Wertesystem und eigene Traditionen, die zu berücksichtigen sind.

Herrn Bereshkow stimme ich zu, wenn er fordert, wir müßten unser System ändern, und zwar wegen der Fehler aus unserer Vergangenheit. Lassen Sie mich in dem Zusammenhang zwei Dinge herausgreifen. Erstens haben wir bestimmte Werte, die allgemeinmenschlichen Charakter haben, einfach zu sozialistischen Werten umdeklariert, das heißt, mit unserem System, so wie es bei uns realisiert war, identifiziert. Und wenn Herr Schmidt-Häuer vom Zusammenbruch des Sozialismus spricht, dann antworte ich ihm: Es kann nicht etwas zusammenbrechen, was es gar nicht gegeben hat. Wir wollten eine sozialistische Gesellschaft bauen, aber wir haben die Ziele, die wir uns gesetzt hatten, nicht erreicht und auch das Wertesystem nicht realisieren können, das wir uns 1917 geschaffen hatten und das wir auch jetzt noch für richtig halten.

Im übrigen haben wir auf diese Werte kein Monopol. Viele soziale Werte sind in Deutschland, auch in Schweden oder Frankreich, besser verwirklicht worden als bei uns. Wir müssen voneinander lernen. Um eine Gesellschaftsordnung zu schaffen, in der die sozialen und allgemeinmenschlichen Werte verwirklicht sind, dürfen wir indes nicht nur die europäische, sondern müssen die gesamte Weltzivilisation im Auge haben. Denn Europa und die USA machen nicht die gesamte Zivilisation aus.

Einiges haben wir bei uns ja schon geändert. Denken Sie an die Ideologie. Bisher erhoben wir den Anspruch, allein recht zu haben, während alle anderen unrecht hatten. Dieses Monopol auf die Wahrheit war die Grundlage unserer Ideologie. Das ist heute nicht mehr der Fall. Wir meinen statt dessen, daß man die Wahrheit nur im Dialog mit anderen erkennen kann, auch mit jenen, die gegenteilige Auffassungen vertreten. Die Wahrheit muß man gemeinsam suchen. Wir haben jetzt keine von oben verordnete Staatsideologie mehr, sondern einen politischen und geistigen Pluralismus, der auch ein Nebeneinander von unterschiedlichen Ideologien akzeptiert. Dabei hat es in unserem Lande neben den sozialistischen Ideen ja immer auch die Religion gegeben.

Unsere Gesellschaft befindet sich im Wandel, ohne daß sich dadurch das Gewicht und die Rolle unseres Landes als Großmacht verringern würden. Alle Staaten haben schwere Zeiten durchgemacht, ob sie nun Großmächte waren oder nicht. Wir haben derzeit ernste Schwierigkeiten, die sich aber aus dem Prozeß der Erneuerung ergeben und nach deren Überwindung unser Land wieder die Rolle wird spielen können, die ihm die Geschichte zugewiesen hat, und zwar gemeinsam mit anderen Ländern. Wir werden diese Rolle besser spielen, als es in der Vergangenheit der Fall war. Das zeigt schon unser Wunsch, mit allen Ländern zusammenzuarbeiten, um im gemeinsamen Bemühen eine Welt zu bauen, in der wir alle leben möchten.

### **Meyer-Landrut**

Wir kommen zum Ende dieser 91. Sitzung des Bergedorfer Gesprächskreises, der unter dem Thema stand: Europa im Aufbruch - auf dem Wege zu einer neuen Friedensordnung. Wir danken Herrn Körber für seine Initiative. Ich meine, wir alle können interessante Anregungen aus dieser Diskussion mit nach Hause nehmen und darüber weiter nachdenken.

### **Körber**

Der Bergedorfer Gesprächskreis hat sich seit 30 Jahren zum Ziel gesetzt, Antworten auf Kernfragen in unserer Gesellschaft zu suchen. Unser Themenkatalog für die Zukunft richtet sich dabei natürlich vor allem auf die Weltprobleme an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, wie zum Beispiel die Bevölkerungsexplosion, die Energieversorgung und in deren Gefolge die Umweltzerstörung und nicht zuletzt die auf uns zukommende Völkerwanderung der Armen in die Länder der Reichen.

Wenn ich unser heutiges Gespräch Revue passieren lasse, dann meine ich, daß ein Problem von globalem Ausmaß hinzugekommen ist, nämlich die aktuelle politische und wirtschaftliche Situation in der Sowjetunion und deren Weiterentwicklung. Zu dieser Thematik biete ich ein weiteres Bergedorfer Gespräch an, das schon in den nächsten Monaten hier in Moskau stattfinden sollte. Damit wollen wir einen Beitrag zur Bewältigung der anstehenden Reformen leisten. Dabei geht es im wesentlichen um die Frage, welchen Beitrag Deutschland bei der Einführung der Marktwirtschaft in der Sowjetunion leisten kann.

Lassen Sie mich noch ein kurzes Resümee aus unserem interessanten zweitägigen Gespräch ziehen.

Erstens. Herr Sagladin und Herr Teltschik haben beide unterstrichen, daß die 45 Jahre lange Konfrontation zwischen Ost und West beendet ist und daß Westeuropäer und Osteuropäer sich nicht länger als Gegner sehen, sondern als Partner in der Zusammenarbeit betrachten. NATO und Warschauer Pakt sind sich einig in der Zielsetzung von Abrüstung und Rüstungskontrolle. Herr Sagladin hat des weiteren darauf hingewiesen, daß mit der Entideologisierung der sowjetischen Politik zugleich der Anspruch aufgegeben wird, ein Monopol auf die Wahrheit zu besitzen.

Zweitens. Die in diesen Tagen vollzogene deutsche Vereinigung wird von allen Nachbarn im Westen und im Osten gebilligt. Gelegentlich geäußerten Besorgnissen vor einem zu mächtig werdenden Deutschland in der Mitte Europas wurde vor allem von sowjetischen Teilnehmern entgegengehalten, daß sich vor dem neuen Deutschland von heute niemand mehr zu fürchten brauche.

In diesem Zusammenhang ist die von Herrn Porugalow ausgelöste Diskussion um Deutschland als Weltmacht dahingehend beantwortet worden, daß dem größeren Deutschland mehr politische Verantwortung zukommt als in der Vergangenheit. Zugleich hat aber Herr Senghaas überzeugend aufgezeigt, daß unter den gegenwärtigen Bedingungen kein Staat der Welt mehr in der Lage ist, die Spielregeln der internationalen Politik allein zu bestimmen und durchzusetzen. In diesem Sinne sind auch die USA und die UdSSR keine Weltmächte mehr; um wieviel weniger das vereinigte Deutschland.

Drittens. Unsere sowjetischen Gesprächspartner haben deutlich gemacht, daß mit dem Ende der Ost-West-Konfrontation die historischen Probleme in Form von nationalistischen Bestrebungen in Osteuropa zurückkehren und eine Eigendynamik entwickeln. Herr Karaganow sprach von potentieller Instabilität und einer Stimmung, die in offene Feindschaft umschlagen kann. Während die Bedrohung von außen weitgehend verschwunden ist, lösen die internen Spannungen in und zwischen den Sowjetrepubliken eine tiefgreifende Beunruhigung aus, die wiederum nach außen strahlt. Die Frage blieb offen, ob die aufkommenden Konflikte in Osteuropa friedlich zu regeln sind.

Viertens. Von Herrn Falin haben wir gehört, welche ungeheuren Aufgaben die Sowjetunion zukünftig zu bewältigen hat. Dabei geht es nicht nur um grundlegende Veränderungen des ökonomischen Systems, sondern auch der gesellschaftlichen und der Rechtsgrundlagen. Die Frage ist, ob die Sowjetunion in der Lage ist, ihre politischen und ökonomischen Reformen erfolgreich umzusetzen; denn es besteht eine Wechselwirkung zwischen diesem Reformprozeß und der internationalen Zusammenarbeit.

Fünftens. Angesichts der bedrohlichen Wirtschaftslage in ganz Osteuropa, besonders aber in der Sowjetunion, ist der Westen aufgerufen, umfassende Hilfe zu leisten. Herr Froment Meurice betonte in diesem Zusammenhang: Wenn der Weg dieser Länder zu Demokratie und Marktwirtschaft scheitert, wird Europa in eine ernste Krise geraten. Bei der Bewältigung der Probleme kommt der EG zweifellos eine Schlüsselrolle zu. Ist Osteuropa aber überhaupt in der Lage, die angebotene westliche Hilfe, zum Beispiel Kredite und Warenlieferungen, so zu nutzen, daß sie den Menschen zugute kommt? Herr Skalski hat hierzu aus polnischer Sicht erhebliche Zweifel angemeldet. Von deutscher Seite wurde an den Fleischskandal erinnert, wo EG-Lieferungen wochenlang an der Grenze zur Sowjetunion zurückgehalten wurden, bis große Teile verdorben waren.

Mit anderen Worten: In diesen Ländern müssen - gegen Lethargie und Sabotage unabdingbar die marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit die Hilfe zur Selbsthilfe wirksam werden kann. Dabei ist es sicher bedenklich, wenn auch die Reformanhänger in der Sowjetunion den Reformern nicht zutrauen, die Wirtschaftskrise bewältigen zu können.

Trotz aller Schwierigkeiten, Bedenken und Probleme sollten wir, so meine ich, die Veränderungen in Europa optimistisch einschätzen. Wir alle sollten unseren Beitrag dazu leisten, daß das "gemeinsame europäische Haus", das Gorbatschow als Zielvorstellung seiner Politik propagiert, in sämtlichen "Wohnungen" Lebensbedingungen erhält, in denen sich alle seine Bewohner wohl fühlen können.